

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1982.

Freitag, den 7. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
eine oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Berammlungs-Anzeigen 25 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
gebundene) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Monatlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
vierteljährlich 2,80 M., frei ins Haus.  
Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnemente: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Belegungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Mittelalter.

In vergangenen Jahrhunderten fällt dynastischer Streit ein gut Stück der politischen Geschichte. Fürsten waren Besitzer der Länder und Staaten. Durch Heirat in andere Dynastien wurde der Besitz gemehrt, durch Verdrängung der Erbfolge wurden vieljährige Kriege geführt, welche die Landkarte umstalteten.

Das neue Deutschland, das mit so vielerlei Vermordetem erblich belastet, hat mit dem Feudalismus auch die Erbmonarchie übernommen und zwar in reichster Musterform. Deutschland ist aus den bisherigen Kämpfen um Volksrechte und um Anteilnahme des Volkes an der Regierung kaum erheblich über die Staatsform des Absolutismus hinausgewachsen, die sonst in Europa nur in den rückständigsten Staaten, in Rußland und der Türkei, besteht.

Deutschland ist das monarchische Land der Welt. Sein Monarchismus ist zahllos und mächtig. Deutschland rühmt sich der stattlichen Zahl von 22 Thronen, von denen aus Könige, Großherzöge, Herzöge und Fürsten ihre Lande regieren. Einer darunter, der König des größten Staates, ist zugleich Präsident des deutschen Bundes, König und Kaiser zugleich. Alle diese Herrscher gelten als von Gottes Gnaden und üben in ihren Staaten Rechte, wie sie kein anderer Sterblicher kennt, wie sie die erwählten Vertretungen des Volkes nicht kennen; und ihre Rechte übertragen sich von Vater auf Sohn als unwandbarer Familienanspruch. Die deutschen Monarchen haben zwar mit der neueren Zeit das Kompromiß der Verfassungen schließen müssen, doch die Volksvertretungen, welche die deutsche bürgerliche Entwicklung schuf, liehen ihnen eine Stellung von weit größerer Macht, als sie in anderen europäischen konstitutionellen Monarchien bestanden. Die deutschen Monarchen ernennen ihre Minister unabhängig von der Volksvertretung, ohne ihre Zustimmung darf kein Gesetz entstehen, mag es der Wunsch des Volkes noch so dringend erfordern, sie sind die Herren der ausführenden Gewalt. So sehr natürlich auch in Deutschland die Monarchie ein Glied in der Gesamtheit der herrschenden Macht-faktoren ist, so sehr sie nur ein Organ der herrschenden Klassen sein kann, mit denen sie sich in der Macht teilt, so ist ihr gleichwohl eine starke Eigenmacht verblieben, ein weiter Spielraum für persönliche Betätigung.

Bei solcher Entwicklung des Monarchismus kann es unmöglich ausbleiben, daß diese mittelalterliche Staatsform nur allzu leicht in Konflikt gerät mit den Entwicklungen und Anschauungen des heutigen Zeitalters. Wenn jetzt durch die Presse fast aller bürgerlichen Parteien laute Erregung tobt über die Geschehnisse in Lippe, über die Protesterklärung des deutschen Kaisers, so vergißt diese bürgerliche Presse, so berechtigt ihre Klage an sich ist, nur allzu sehr, wie schwer es, dank der mittelalterlichen Verfassungszustände, die das deutsche Bürgerium gebildet, erhalten und geschaffen hat, wie schwer es ist, in diesen Verfassungszuständen und Eigenartigkeiten des deutschen Monarchismus alles in guter Ordnung zu erhalten. Wie können beispielsweise Schwierigkeiten ausbleiben, wenn durch das Prinzip der Erblichkeit gewisse kranke Throne bestiegen! Wir haben deren in Deutschland eine erkleckliche Zahl und man erträgt diesen Zustand gelassen; man begreift in München alljährlich das Geburtsfest des Königs Otto, der eine Gestalt des Erbprinzens ist, aber zugleich der König des zweitgrößten Staates in Deutschland. In Lippe war es nicht anders. Der jetzige Streit hat darin seinen Ursprung, daß der Erbfolger Alexander gleichfalls unheilbarer Geisteskrankheit verfallen ist. Da aber ein ordentliches deutsches Land ohne Fürsten nicht existieren kann, so entstand der Streit unter den Familienmitgliedern, die sich erberechtigt glaubten und die Befähigung für den erhabenen Herrscherberuf in sich fühlten.

Wenn nun Wilhelm II. in plötzlichem Telegramm in den Erbfolgestreit eingreift, das Recht des durch die Landesgesetzgebung berechtigten Graf-Regenten bestreitet, die Vereidigung der Truppen verbietet und für die Erbberichtigung des Mannes seiner Schwester Stellung nimmt, so löst der Mohnmuth dieser gebührendes Wädeln, die nun plötzlich im Chor gegen den Eingriff, gegen das persönliche Regiment sich gewaltig empören. Auch ein Berliner Universitätslehrer, Professor Kahl, spricht aus tiefster Gewissensnot für das Recht des Grafregenten von Lippe gegen den Einspruch des Kaisers. Doch alle diese erregten Fürsprecher für das Recht eines deutschen Bundesfürsten bedenken nicht die milderen Umstände, die gerechterweise dem Kaiser zuzusprechen sind.

Wilhelm II. fühlt sich als Enkel des „großen Wilhelm“, wie er ihn genannt hat. Er ist von seiner weltgeschichtlichen Aufgabe unendlich durchdrungen. Er hat übergroße verfassungsrechtliche Macht in Preußen und im Reich. Er vermag in die Gesetzgebung einzugreifen. Er hat seit seinem Regierungsantritt überall hin eingegriffen. Er fühlt sich als verantwortlicher Verwalter aller Dinge. Er hat in Wissenschaft und Kunst, in Kunst und Theologie Leistungen gegeben. Er hat gegen ganze Bevölkerungsklassen und große Parteien seine Anfechtungen des Mißfallens gerichtet. Das alles hat die deutsche Nation ohne Widerstand gehen und geschehen lassen, so daß der Glaube an den übermenschlich erhabenen Verus im Kaiser naturgemäß tief gefestigt werden mußte!

Nun ist dieser Monarch in der seltsamen Lage, 21 Fürsten neben sich zu haben, die nach der Verfassung gleichberechtigt sind, deren Macht aber winzig, zum Teil völlig nichtig ist. Es ließe allzu große Anforderungen stellen, daß der Mächtigste, wenn er glaubt im Rechte zu sein, sich nicht an diese seltsamen Verfassungsverhältnisse des Deutschen Reiches stoßen soll! So hat der Kaiser gemeint, sein Schwager, der Schaumburger, sei berechtigt in der Erbfolge von Lippe. Er hält ihn für einen trefflichen Mann, hat er ihn doch schon im Jahre 1897, da

derselbe die ihm abgesprochene Regentenschaft aufgeben mußte, in den höchsten Tönen gefeiert als einen Regenten, wie ihn das Land Lippe würdiger nie besessen habe und nie besitzen werde. Wie sollte er da nicht eintreten für ihn! Man hat ihm die größte Macht im Reich gegeben und nun soll er vor den Geringsfügigkeiten der Lippe-schen Landesgesetzgebung sich beugen?

„Recht muß Recht bleiben“ — so hält es in den liberalen Zeitungen, in den Zentrumsblättern, ja in den konservativen Blättern. „Auch die „Post“ schreibt in der schönen Pose des Rechtschutzes!

Gewiß, Recht soll Recht bleiben auch für das geringe Ländchen Lippe. Doch in den Massen der arbeitenden Nation ersticht staunende Verwunderung, um welcherlei Recht plötzlich die bürgerliche Welt sich erhebt. Es ist Gesetz und Recht von den Gesezen und Rechten, die sich „wie eine ewige Klarheit“ aus verwesten Jahrhunderten fortgerbt. Um Nummernrecht geht der groteske Streit und nichts ist im Spiel von dem lebendigen Recht der lebendigen kämpfenden Menschheit.

Ein mittelalterlich Stück geht über die Bühne der Gegenwart.

Die oben erwähnten Erklärungen des Staatsrechtslehrers der Berliner Universität, Justizrats und Professors Kahl gipfeln in dieser „allergetreuesten Opposition“ gegen den Kaiser:

„Man hält uns entgegen, daß auch der Kaiser die Thron-solgefähigkeit der Söhne des Grafen Ernst nicht anerkennt. Ich bin geneigt, ebenso ehrenhaftig als freimüthig darüber zu reden. Wie schwer mir dieser Konflikt ist, kann ich nicht sagen. Denn ich bin Kaisertroubadour bis in die Knochen und den letzten Blutstropfen. Aber eben deshalb darf ich nicht schweigen. Es gibt eine zweifache Art der Opposition, eine Opposition der Untreue und der Treue. Die meine ist und will nur sein die der Treue. Wo ich innerlich überzeugt sein muß, daß die Rechtsauffassung meines allergnädigsten, höchsten irdischen Herrn nicht die richtige ist, muß ich reden, wenn ich Verus dazu habe. Verus dazu habe ich als Lehrer des öffentlichen Rechts, als solcher kann ich nicht vertreten oder geschweigen lassen, was mir als öffentliches Unrecht erscheinen will. Diesen Standpunkt haben die beiden Reichsanwälter Widmarck und Hohenlohe, welche auch sachlich überzeugte Anhänger des Westfälischer Rechts gewesen sind, vollaus getilgt. Was ich selbst in der Sache fördern kann, schätze ich ungemein gering ein. Aber ich rechne auf die vornehmsten Hilfskräfte. Ich vertraue unerschütterlich auf den Gerechtigkeitsginst meines Kaisers, auf die Einsicht des Bundesrates und des Reichstages. Ich rechne auf die patriotische öffentliche Meinung und die objektive Mitwirkung meiner wissenschaftlichen Kollegen. Einen gerechten Richter können Gegner und Freunde nicht versagen. Um diese Bitte handelt es sich jetzt ganz allein. Alles andere ist spätere Sorge.“

Professor Kahl ruft also die Universitätskollegen auf zum Feldzug für das Westfälischer Recht. Die gesamte öffentliche Meinung soll sich gegen das öffentliche Unrecht wenden.

Welch Rechtsgewalt erfüllt die deutsche Rechtsgelehrsamkeit. Als geschäbe das allererstmal öffentliches Unrecht in deutschen Staaten. Die „Rechtsordnung“ der Gegenwart raubt dem Volke nicht etwa ein Erb, das mühe- und verbienlos dem Abstammung zufällt, sie raubt den täglichen Ertrag der eigenen Mühe, des eigenen Verdienstes, der eigenen Arbeit, den Genuß des Lebens, der Kultur. Doch dieses unendliche Unrecht, das ein ganzes Volk bedrückt, ist nicht die Sorge der „patriotischen öffentlichen Meinung“. Sie sorget um Schutz und Moder.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober.

Erwünschte Wirkungen.

Zur Auswandererfrage erhält das „Verl. Tageblatt“ folgendes Telegramm aus New York:

„Die gesamte angesehenere Presse warnt eindringlich die osteuropäischen Auswanderer, mit Willets für die Cunard-Linie, die Route über Deutschland nehmen zu wollen.“

Da infolge des Einflusses deutscher Schiffsahrtsgesellschaften auf die deutsche Regierung jenen Auswanderern die Grenze gesperrt, wird ihnen der Weg über Libau oder Ruma empfohlen.“

Dazu bemerkt das „Verliner Tageblatt“:  
Bei einiger Einsicht hätten sich die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften sagen können, daß diese Warnung unausbleiblich sein würde, und es würde uns nicht wundern, wenn entsprechende Warnungen auch in den osteuropäischen Ländern verbreitet werden sollten. Und was ist alsdann die Folge, wenn ein erheblicher Teil des Auswandererstromes über Libau oder Ruma abgelenkt wird? Sind erst einmal solche neuen Linien in Aufnahme gekommen, dann bleiben sie auch unter veränderten Verhältnissen in Flor. Das werden die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften an eigenen Leibe alsdann zu spüren haben. Leidtragend ist in jedem Fall aber auch die preussische Staatsbahnverwaltung. Denn ihr entgehen die Einnahmen, die aus der Bewegung von Auswanderern fließen, die sich auf Reutauende und Gehntausende belaufen. So rächt sich eine Volktil, die weder unter dem wirtschaftlichen noch unter dem humanen Gesichtspunkt zu rechtfertigen ist.

Wozu die Aufregung? Nach allen Rechtfertigungen, die bisher für die Schiffsahrtsgesellschaften — auch im „Verliner Tageblatt“ — veröffentlicht wurden, muß doch diese Wirkung der Auswandererbehandlung in Deutschland den Gesellschaften wie der Regierung nur erwünscht sein.

Was wurde denn als Zweck und Grund der Maßregeln angegeben?

Deutschland vor der Ueberschwemmung mit kranken und mittel-losen russischen Auswanderern zu schützen.

Die Schiffsahrtsgesellschaften vor den Kosten des Rücktransportes zurückgewiesener Auswanderer zu schützen.

Und drittens, daß den im Pool vereinigten Gesellschaften, die die Kosten der Kontrollstationen tragen, nicht zugemutet werden könne, Auswanderer mit Karten der Cunardlinie, welche zu den Kosten der Kontrollstationen nichts beitragen, in diesen zu beherbergen und zu unterstutzen.

Das alles wird erreicht, wenn die Warnungen der amerikanischen Presse Erfolg haben. Man sollte also doch der amerikanischen Presse dankbar sein, wenn sie dafür sorgt, daß der Auswandererstrom über Deutschland abgeschwächt wird. —

### Verrat deutscher Marinegeheimnisse.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ macht in ihrer letzten Nummer über den Fall Barkemeyer Enthüllungen, die einiges Aufsehen erregen dürften. Schon vor einiger Zeit wurde ja gemeldet, daß ein Geheimsekretär der im Besitze der Firma Krupp befindlichen Germaniawerft in Kiel verhaftet worden sei, weil er Marinegeheimnisse verraten habe. Später wurde diese Nachricht dann dementiert und behauptet, daß es sich nur um gewöhnliche Veruntreuungen des Barkemeyer gehandelt habe.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ erklärt nun, offenbar auf Grund zuverlässigster Informationen, daß Barkemeyer tatsächlich wegen Verrats von Marinegeheimnissen des Kaisers, also wegen einer hochverrätherischen Handlung, verhaftet worden sei. Diese Tatsache ergebe sich schon daraus, daß der Staatsanwalt, der die Sache bearbeitet habe, die Akten versiegelt an das Reichsgericht in Leipzig abgegeben habe.

Das Reichsgericht habe aber mit Straftaten nur dann zu tun, wenn es sich dabei um Hochverrat oder eine Handlung im Sinne der §§ 90—93 des Reichs-Strafgesetzbuches handle. Und in der Tat habe es sich um solche Vergehen gehandelt. Es seien nämlich „Ablieferungszeichnungen“ des vorletzten auf der Germania-Werft hergestellten Schiffes, des Vanzers erster Klasse „Braunschweig“, verschwunden. Unter Ablieferungszeichnungen verstehe man die Zeichnungen eines Schiffes, auf denen auch die allerfeinsten Einzelheiten der Schiffs-konstruktion klar und deutlich ersichtlich seien. Wenn solche Ablieferungszeichnungen in die Hände einer fremden Macht gerieten, so seien damit die Geheimnisse eines solchen Schiffstyps verraten. Bei der Ablieferungszeichnung der „Braunschweig“ aber habe es sich um den längsten und wichtigsten Schiffstyp der deutschen Kriegsflotte gehandelt, dessen Vorzüge so sehr gerühmt worden seien. Der Verdacht, daß die verschwundenen Ablieferungszeichnungen in die Hand einer fremden Macht geraten seien, habe seine Befähigung gefunden, und zwar werde der Geheimsekretär Barkemeyer bezichtigt, diesen Verrat geübt zu haben. Unser Kieler Bruderorgan fügt hinzu, daß nicht Frankreich oder Rußland der Käufer dieser Marinegeheimnisse gewesen sei, sondern England.

Barkemeyer, der ein Monatsgehalt von 600 M. bezogen habe, sei tagelang durch einen Berliner Kriminalbeamten beobachtet worden. Auch seine Verhaftung sei durch einen Berliner Beamten erfolgt. Hieraus sei wohl zu folgern, daß der polizeiliche Eingriff auf Veranlassung des Reichs-Marineamts erfolgt sei. —

Dieser Enthüllung läßt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ noch eine zweite folgen. Sie erklärt, daß zurzeit zwei verschiedene Arten von Unterseebooten auf der Marine-werft gebaut würden. Während der eine Typus dieser Boote auf eigene Rechnung der Germaniawerft zu Versuchszwecken gebaut werde, werde der andere Typ in drei Exemplaren für Rußland fertiggestellt. Die Firma Germaniawerft in Kiel mache sich dadurch also eines großen Neutralitätsbruchs schuldig, daß sie für die Zwecke der russischen Kriegsmarine auf neutralem Boden den Bau von drei sehr wichtigen Kriegsfahrzeugen vornehme!

Unser Kieler Bruderorgan schließt seine Enthüllungen mit den Worten: So viel für heute. Sollte man den Mut haben, die von uns gedachten Tatsachen zu bestreiten, so sind wir zu weiteren Enthüllungen bereit. —

### Deutsches Reich.

Literatur-Polizei.

Herr Doktor Blumenthal hat in Berlin hundert Triumphe des Spießbürgerthums gefeiert. Jetzt aber ist seine Muse vom „toten Löwen“ vertrieben und schuf ein historisches Stück, das nicht im mindesten wichtig sein soll. Daß Herr Blumenthal also den wahren Verus, den Philister zu ergötzen, vermag, vermag die Aufsichtsinstitution für Berliner Literatur jedoch nicht zu ertragen. Herr v. Vorries, der Polizeipräsident und Literaturkennner, verbietet die Aufführung der neuesten Blumenthalschen Leistung. Er sandte der Direktion des „Verliner Theater“ diesen Erlaß:

„Auf Ihren Antrag vom 9. September d. J. eröffne ich Ihnen, daß ich mich genötigt sehe, meine Genehmigung zur öffentlichen Aufführung des Blumenthalschen Dramas „Der tote Löwe“ in Ihrem Theater nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts als ordnungspolizeilichen Gründen zu versagen.“

Die Behandlung des gewählten Stoffes macht trotz der würdigen Form, die ihm von dem Verfasser gegeben ist, wegen der unverkennbaren Darstellung bestimmter Vorgänge aus der zeitgenössischen Geschichte das Verbot gerade in der Reichshauptstadt notwendig, wo die Erinnerung an die selbst erlebten Ereignisse eine noch unmittelbare ist. gez. v. Vorries.“

„Der tote Löwe“ behandelt, wie man erzählt, den Gegensatz zwischen einem jungen, talentvollen spanischen Hertzog aus dem 14. Jahrhundert und seinem übermächtigen Minister; beide können nicht nebeneinander herrschen, der Alte muß dem Jungen weichen, er wird der „tote Löwe“. Blumenthal erzählt in der Vor-

rede zu seinem Stütz, daß er Vorgänge der jüngsten Vergangenheit, also den Gegenstand zwischen Kaiser und Bismarck dabei vor sich gesehen: er wollte die Tragödie des ruhmvollen Alters schreiben, das an der latenten Jugend zerbricht; das Geschick eines Starren zeichnen, der an der Loslösung aus seinem Lebens-Netz zugrunde geht.

Dies Stück aus dem spanischen 14. Jahrhundert mit Erinnerungen an neuere Vorgänge will der Polizeipräsident auf der Berliner Bühne nicht dulden. Zwar geschieht er selbst die „würdige Form“ der Darstellung zu, so daß sicherlich nicht vermutet werden kann — wobei ohnedem die Persönlichkeit des Verfassers sicher — es könnten unliebsame Anzüglichkeiten wider den Kaiser darin enthalten sein. Aber Berlin soll vor der bühnenwirksamen Erinnerung „an die selbstverlebten Ereignisse“ bewahrt werden. Und gerade Berlin. In andern deutschen Städten darf das Stück nach der deutlich bekundeten Ansicht des Polizeipräsidenten über die Bühne gehen, nur die Berliner, denen der Kaiser so nahe wohnt, könnten von Blumenthals dramatischer Gewalt mächtig entzückt, die Störung der „Ordnung“ unternehmen. Denn aus „ordnungspolizeilichen Gründen“ verbietet der Zensur das Stück. Zwar ist der „rote Löwe“ tot und auch sein Sprößling und Erbe ist tot, so daß die Bismarck begeisterten Berliner nicht leicht die durch den neuen Herrn geschaffene Ordnung umfärben dürften, aber gleichwohl — „aus ordnungspolizeilichen Gründen.“

Da es dem Autor des „Weißen Röhl“ gelüftet, die eraste Bühne der Weltbescheidenheit zu bestiegen, rührt ihm Herr v. Vorries unerbittlich die lauteste Trommel der Klame. Wie eifrig wird das Stück nun auf den Bühnen außerhalb Berlins gespielt werden! Und wenn erst die oberen Instanzen die Berliner Aufführung genehmigt haben werden, wie wird Berlin fröhnen, das Wunder des verbotenen Blumenthal zu schauen!

Die Berliner Literatur-Polizei, die sich an echten Kunstwerken befleißigt und oft den Unwillen aller Ernsthaften erregt, begeht einen belustigenden Pöfensstreich, da sie Herrn Blumenthal hindert, die Post zu verlassen und sich in historischen Ernst zu betätigen. —

### Behördliche Freiheitsberaubung.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen veröffentlicht in der „Frankf. Zig.“ folgenden Vorfall:

Der Anwalt Joseph (N.) stand bei dem Gutbesitzer Milbradt in Kuchheim, Kreis Roggins, Provinz Posen, in Diensten. Am 6. Juli dieses Jahres kam es zwischen beiden zu einem Wortwechsel. Der Prothier Milbradt ließ den N. seine Sachen nehmen und schickte ihn fort. Da N. nicht instand war, den schweren Koffer mit seinen Habsgeldern allein zu tragen, ließ Milbradt seinen anderen Knecht den N. seinen Koffer auf die Dorfstraße hinaustragen, worauf N. sich davonmachte. Einige Tage darauf kam N. vom Distriktsamt in Palsch eine Aufforderung, bei Vermeidung einer Haftstrafe den Dienst bei Milbradt wieder anzutreten, da er ihn unbefugt verlassen habe.

N. beschritt den Rechtsweg. Das Distriktsamt ließ jedoch, ohne das gerichtliche Verfahren abzuwarten, den N. am 2. September er. verhaften und behielt ihn bis 21. September in Polizeihaft in Palsch. Da am 22. September Verhandlungstermin in der Gefindefreischade N. vor dem Landgerichte Gnesen stattfand, so wurde ihm für den 22. Urlaub von der Haft erteilt; es wurde ihm jedoch vom Kommissarius eingeschärft, daß er am folgenden Tage um 8 Uhr morgens sich wieder im Polizeigefängnis zur Fortsetzung seiner Polizeihaft einzufinden habe.

Im Verhandlungstermine am 22. September wurde N. unter Mitwirkung seines Verteidigers von der Strafkammer des Landgerichts Gnesen wegen unbefugten Verlassens des Dienstes freigesprochen, weil das Gericht auf Grund von Zeugenaussagen feststellte, daß der Dienstherr Milbradt selbst den N. entlassen hatte. Infolge des Freispruchs instruierte der Verteidiger den N., daß er sich zur Polizeihaft in Palsch nicht mehr zu stellen brauche, weil er freigesprochen sei und der Rechtsvertreter seine an demselben Tage das Distriktsamt in Palsch über den Freispruch mittels eingeschriebenen Briefes in Kenntnis. Trotzdem wurde N. am 24. September bei seinen Eltern verhaftet, nach dem eine Reise entzerrten Palsch als Gefangener transportiert und wurde erst auf die Wache des Verteidigers beim Landratsamt Roggins am 29. September aus der Haft entlassen.

Dem Rechtsanwalte wurde dies mit folgendem Briefe kundgegeben: „In der Gefindefreischade des Anwalts N. ist heute früh das Distriktsamt N. telephonisch angewiesen worden, den N. sogleich aus der Haft zu entlassen. Von dem rechtskräftigen Urteile der Strafkammer habe das Distriktsamt keine amtliche (1) Mitteilung erhalten.“ Es war natürlich unnötig, telephonisch bei Gericht über das Resultat der Verhandlung Erkundigungen einzuziehen, nachdem der Verteidiger Mitteilung von dem Freispruche machte.

N. hat somit im ganzen 24 Tage unschuld in Haft zugebracht. Die Polizei hat ihn durch Zwangsstrafen anhalten wollen, den Dienst anzutreten, bevor er obwohl das Gericht feststellte, daß N. den Dienst nicht anzutreten brauchte. Soweit der Tatbestand, dessen Unrichtigkeit schwer nachzuweisen sein wird! —

**Freiheit — oder fünf Jahre Zuchthaus.** Am Tage der Kontrollversammlung hatte sich zwischen Kontrollpflichtigen in Hochdorf bei Sprottau in Schlesien ein Streit entsponnen, weil der Glasmacher N. den Maurer G. beim Biertrinken mit „Du“ angeredet hatte. In diesem Tage war aber der Maurer Unteroffizier der Reserve, während der Glasmacher nur den Rang eines Gefreiten bekleidete. Er vertrat sich also das vertrauliche „Du“ und machte auf seinen Vorgesetztenrang aufmerksam. Diesen respektierte der Glasmacher aber nicht, da N. keinerlei Abzeichen trug und ihm unbekannt war. Es kam zum Handgemenge und zu einer solemn Keilerei. Wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und militärischen Aufruhrs standen jetzt der Glasmacher und ein weiterer Reserveoffizier, der Aufseher St., vor dem Kriegsgericht in Glogau. Der Anklagebelegte beantragt gegen N. fünf Jahre, gegen St. sechs Jahre Zuchthaus! Der Unteroffizier sollte freigesprochen werden. Das Gericht konnte den militärischen Charakter des ganzen Vorganges doch nicht anerkennen und sprach alle Angeklagten frei. —

**Russischer Schiffbau.** Der Stettiner „Sulkan“, so wird uns berichtet, ist für die russische Kriegsmarine fortwährend tätig. Ende August schon war der „Sulkan“ bemüht, die deutsche Neutralität gegen England und Japan dadurch zu wahren, daß er für russische Rechnung die Maschinen für 4 Marinefahrzeuge anfertigte. So wurden 8 Stück Hauptmaschinen, 16 Stück Ventilationsmaschinen, 8 Stück Zirkulationspumpenmaschinen und 8 Stück Umsteuerungsmaschinen zunächst fertiggestellt. Ferner sind seitdem nachbestellt worden die Maschinen für 2 Marinefahrzeuge, die auch zum größten Teil bereits fertiggestellt sind, resp. zur Ablieferung kamen. Sämtliche fertiggestellten Arbeiten werden in Gegenwart von Steuerbeamten in einzelnen Teilen in Kisten verpackt oder mit Holzbleidung versehen. Diese ganzen Arbeiten werden durchnäht als solche betrachtet und die dabei beschäftigten Arbeiter müssen fast täglich Überstunden machen.

Wer sonst noch Lust hatte, sich von der Wahrung der Neutralität des „Sulkan“ zu überzeugen, der konnte in der „Kesselhude“ auf dem Oberhof die Schornsteine für russische Torpedoboote in einer Reihe aufgerichtet sehen sehen. —

**Ein Nachspiel zum oberösterreichischen „Vorwärts“-Prozess.**

Kattowitz D. Schl., 5. Oktober 1904.  
Vor dem hiesigen Schöffengericht spielte sich heute nachmittags eine Verhandlung ab, welche auf die leitenden Zentrumskreise in Oberösterreich ein eigenartiges Licht wirft. In den Artikeln, die der „Vorwärts“ nach dem Luraufsturz Strauß veröffentlichte, wurde behauptet, daß die Hauptkämpfer an den bewaffneten Vorgängen die gewalttätigen Zentrumsgeistlichen zu tragen hätten, welche sich nicht geschämt hätten, Kanzel und Reichstisch zu politischen Zentrumsreden zu mißbrauchen, verschiedentlich in provozierender Weise in den Wahlkampf einzugreifen — und damit die

Bevölkerung bis zur Stubeheize aufgeregt hätten. Diese vom „Vorwärts“ zuerst im Zusammenhange mit dem Luraufsturz Strauß belaudeten Tatsachen wurden dann haarig in dem deutlicheren Prozeß bewiesen. Ueber dieselben Tatsachen belaudeten zeugendich in dem gegen den „Vorwärts“ angestregten Beleidigungsprozeß die Redakteure der polnischen oberösterreichischen Blätter, Kowaleczyl, Dr. Karas und Siemianowski. Daraufhin veröffentlichte das polnische Organ der oberösterreichischen Geistlichkeit, die „Gazeta Katolicka“, am 23. Januar 1904 einen Artikel, in dem es unter anderem hieß: Kowaleczyl habe in der Verhandlung behauptet, daß die Geistlichen die Kanzel zur Agitation für das Zentrum mißbraucht hätten, daß Zentrumsagitation in und bei der Kirche getrieben worden sei, daß der Reichstisch zu Wahlzwecken mißbraucht worden sei, daß die Geistlichen den Leuten, die einem Polen bei der Reichstagswahl die Stimme gegeben, die Absolution verweigert hätten, daß die Geistlichen laut zu Gewalttätigkeiten gegen die polnischen Stimmzettelverleiher angereizt hätten. Das verheben wir nicht — hieß es in dem Blatt der oberösterreichischen Geistlichkeit weiter —, weshalb diese Aussagen notwendig waren in einem Prozeß, in dem es sich um die Beleidigung eines Geistlichen handelte; wir verstehen nicht, wie man Zeugen nehmen konnte, die Segner der Geistlichkeit sind, und wir verstehen nicht, wie Kowaleczyl die Aussage über die Absolution abgeben konnte. Weiz denn Kowaleczyl nicht, was der Eid bedeutet. Wie kann er seine Behauptung vor seinem Gewissen verantworten. Man muß schon der Geistlichkeit so feindlich genommen sein, wie die Redakteure der „Gornoslagal“, um die Geistlichkeit so zu verleumdern. Man muß sich fragen, wie die Geistlichkeit sich vor solcher Niederträchtigkeit schützen kann. — Das war der ungefähre Inhalt des Artikels, in dem Kowaleczyl der verdächtige Vorwurf des bewachten Meineides gemacht wurde. Nach dem niederösterreichischen Ergebnisse des Weithener Prozesses war es für jedermann klar, daß es ausgeschlossen sei, dem Redakteur Kowaleczyl einen Meineid zu beweisen, daß es vielmehr nur der Vorwurf der Weithener Akten bedürfe, um die Aussage von Kowaleczyl, die er in Berlin noch dazu stets mit dem Vorbehalt „das ist mir erzählt, mitgeteilt worden“ gemacht hatte, okenmäßig zu beweisen. Das Organ des streitbaren Pfarrers Dr. Stephan gab sich aber noch nicht zufrieden und veränderte erst vor wenigen Tagen, der heutige Prozeß würde eine Revision der Weithener Verhandlung bedeuten, man würde die unwahren Aussagen nun gerichtlich richtig stellen. Wir waren gespannt. Die Verhandlung hat aber ergeben, daß derwegen Beleidigung angeklagte Redakteur der „Gazeta Katolicka“ — der übrigens zugab, daß Dr. Stephan den beleidigenden Artikel geschrieben hatte — nicht einmal den Versuch eines Wahrheitsbeweises machte und nicht eine Tatsache angab, um Kowaleczyls Zeugnis in Berlin und die zahllosen, für den Akten belaudeten Aussagen der Weithener Verhandlung zu erschüttern. Der Vertreter des belaudeten Redakteurs stellte sich einfach auf den Standpunkt, daß der Privatkläger Kowaleczyl die Nichtigkeit seiner Berliner Aussage zu beweisen habe, das heißt zu beweisen, daß er in Berlin keinen Meineid geleistet habe! Diese Zumutung wurde selbstverständlich vom Gericht und vom Privatkläger zurückgewiesen. Der Verteidiger des legeren, Rechtsanwalt Dr. Seyda, erklärte: „Der Privatkläger hat keinen Anlaß, den ganzen Schmutz, der tagelang während der Verhandlung vor der Weithener Strafkammer aufgerollt worden ist, noch einmal vorzuführen. Seine Behauptungen kann er aber zu jeder Zeit beweisen.“ Im Plaidoyer erklärte der Verteidiger des belaudeten Justizrat Sachs: Die oberösterreichische Geistlichkeit bestritt (noch dem Weithener Prozeß), daß irgend ein Geistlicher die Absolution verweigert hätte wegen der Stimmabgabe für einen Polen.

Dr. Seyda: Die oberösterreichische Geistlichkeit hat schon manches bestritten und nachher hat es sich doch gezeigt, daß es wahr war. (Anspielung auf den Weithener Prozeß.)

Das Urteil lautete: Der Angeklagte Dr. Labus, früherer Redakteur der „Gazeta Katolicka“, wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 150 Mark bzw. 30 Tage Haft verurteilt. Der Artikel enthalte schwere Beleidigungen, zumeist in dem Zweifel, ob Kowaleczyl unter seinem Eide in Berlin die Wahrheit gesagt habe. Ein Beweis hierfür sei von dem Belaudeten nicht einmal versucht worden.

Der Prozeß hat wiederum bewiesen, mit welchem — sagen wir — reichlichen Zentrumsführer schwere Beleidigungen mißliebiger politischer Gegner in die Welt setzen.

### Neue Zusammenstöße in Südwestafrika.

General v. Trotha meldet ab nordwestlich Epota, den 1. Oktober 8 Uhr 30 Min. nachm., ab Dshandja, den 5. Oktober 5 Uhr 30 Min. nachm., an Berlin, den 6. Oktober 5 Uhr 20 Min. nachm.: Ich ging 28. September mit Storff, Volkman und Bühlensfeld auf Epota vor, das in eisiger Nacht Eisabwärts von den Hereros geräumt wurde. Nach Patrouillen und Gefangenen-Aussagen sollten die Kapitäne Salatiel, Timotheus und andere noch bei Osombo-Windimbe, eine bisher noch unbekannt Wasserstelle 12 Kilometer nordöstlich Epota, sitzen. Setzte sofort mit Gewalt-Nachtmärchen Verfolgung fort und stieß bei Osombo-Windimbe auf schwache feindliche Nachhut, die nach kurzem Widerstande flüchtete. Beschloß darauf mit Artillerie Eisabwärts nach Nordosten abziehende Staubwolken, Härte 20. nordöstlich weiter auf und ließ durch Streifabteilungen in Umgebung von Osombo-Windimbe zahlreiche Vieh und Gefangene betreiben. Samuel Mahereros Waffen — aber ohne die mit voraus geschickten Kapitäne — sollten nach Gefangenen-Aussagen noch einen Tagesmarsch weiter südlich von Eisab bei Erindi-Ombato sitzen. Dortin wurde 30. früh 1 Uhr Verfolgung fortgesetzt. Weiteres zahlreiches, eingefangenes Vieh, ergriffene Gefangene, zurückgelassene Weiber und Kinder bestärkten frühere Gefangenen-Aussagen, daß Widerstand des Feindes gebrochen. Uneinigkeit soll unter den Kapitänen herrschen. Ein Teil des Volkes möchte sich ergeben, fürchtet aber Erschießen und Bestrafung. Der Feind soll schwer unter Wassermangel leiden. Leute selbst besseren Standes sollen zahlreich verdurftet sein. Entgegen allen bisherigen Schilderungen im Sandfeld keinerlei Rangel an Weide, auch frisch aufgemacht Wasserlöcher. Mit stärkeren Abteilungen operieren dafelst aber unumgänglich. Abteilung Storff wird Verfolgung des ins Sandfeld ausgewichenen Feindes übernehmen. Vermute, daß der größte Teil des Feindes wieder nach Westen zurückzuziehen versuchen wird, andere Teile nach Ganas durchzubrechen. Befehle daher die Wasserstellen Epulirofluß von Dshimanangoube bis Epuliro, in nordwestlicher Richtung von Sturmfeld bis Osomondulu, hieran nördlich anschließend Omuramba-Fluß durch die Abteilungen Fiedler und Volkman bis Dshitju. Konmando geht zunächst Epuliro.

Man wird gut tun, auch diese Erfolge nicht zu überschätzen, handelt es sich doch nicht um die Zerstreung geschlossener Hereromassen, sondern nur um die Erbeutung zurückgelassenen Viehes und die Gefangenenahme von Karoden oder Frauen und Kindern. Sehr möglich ist es, daß der Widerstand des Feindes in dem Sinne gebrochen ist, daß die Hereros zu keinem entscheidenden Gefecht mehr kommen lassen. Damit wüßte aber gleichzeitig die Gefahr, daß die Hereros sich in kleinere Trupps zerstreuen werden, wodurch ihre Verfolgung erst recht ungeheuerer Schwierigkeit machen wird!

Sehr beachtenswert ist der Satz des Telegramms, daß ein Teil des Volkes sich zu ergeben wünsche, aber Erschießen und Bestrafung fürchte. Wie wäre es denn, wenn man jetzt endlich Friedensunterhandlungen,

christlich gemeinte natürlich, anzuknüpfen versuchte? Sind doch zwischen genug Hereros getötet worden, so daß man jetzt dem Feinde Generalpardon zuteil werden lassen könnte. Namentlich, da sich das Material über die Gewalttätigkeiten, durch welches die Hereros erst zum Verzweiflungskampf getrieben worden, nachgerade bergehoch anhäuft! Man sollte auch im eigenen Interesse schon nachgiebiger sein, weil sich auch die Zahl unserer Toten erschreckend vermehrt. So berichtet die neueste Verlustliste, daß weitere zehn Mann verstorben seien, davon neun am Typhus.

Die Verlustliste lautet:  
Berlin, 6. Oktober. (Amtliche Meldung.) Sergeant Heinrich August Friedrich Keesje, früher Regiment 164, aus Ottenstein, Braunschweig, ist am 2. Oktober im Lazarett Waterberg infolge Verwundung an Herzschwäche gestorben. Jahrmehrerhauptant Klode, Feldtelegraphenabteilung, aus Breslau, erhielt durch Unfallsfall bei Karbona einen Schuß in die linke Brust; es besteht keine direkte Gefahr.

Am Typhus sind gestorben: Im Lazarett Djoebule am 23. September Reiter Hermann Frank, geboren zu Gemmingen, Württemberg, früher Artillerie-Regiment 65, — am 24. September Reiter Heinrich Pape, geboren zu Hamburg, früher Artillerie-Regiment 24; am 26. September Reiter Georg Geißlinger, geboren zu Niederstetten, Württemberg, früher Artillerie-Regiment 27. — Im Lazarett Djoebule am 1. Oktober Gefreiter Wilhelm Freer, geboren 3. September 1882 zu Ansbach-Gelle, früher Dragoner-Regiment 16. — Im Lazarett Dshandja am 4. Oktober Seesoldat Schmidt, 3. Kompanie Marine-Expeditionskorps, geboren 28. Januar 1883 zu Barant, Kreis Dresden. — Im Lazarett Dshandja am 24. September Schiefer Reinhard Urban, früher Militärärzterei Frankfurt a. D.; — am 28. September Reiter Hermann Hofe, geboren 12. März 1882 in Treuse. — Im Lazarett Epuliro am 24. September Reiter Richard Winifcher aus Niederostau. —

### Husland.

Chamberlain und Valfour. Auf die Rede, die Valfour am Montag in Edinburgh gehalten hat, hat am Donnerstag Chamberlain in der Stadthalle Luton geantwortet. Er erklärte:

Valfour wüßte freie Hand zu haben, um gegen den feindlichen Tarif und den unläuteren Wettbewerb aufzutreten, der durch Verschleuderung der Waren unter den Kostenpreis vom Auslande her betrieben werde. Valfour denke offenbar — und er (Chamberlain) halte es für sicher — daß durch eine Politik, wie sie Valfour vorschlägt, das Ausland gezwungen werde, etwas zu den englischen Ausgaben beizutragen. In Kanada und den Vereinigten Staaten sei bewiesen worden, daß die Fabrikanten nicht unter den Rollen litten, sondern sogar durch diese ihre Stellung gesichert hätten. England habe lange genug gegahnt und wolle jetzt Gegenmaßnahme haben. In Edinburgh sei Valfour weitergegangen als in Sheffield durch sein Versprechen, eine imperiale Konferenz einzuberufen. Er (Chamberlain) hoffe aber, daß der Premierminister nicht nur die selbständigen Kolonien und Indien, sondern auch die anderen Kronkolonien heranziehen werde. Wie verhalte sich die Opposition, so frage er, wenn diese Konferenz sich für die kommerzielle Union aussprechen werde? An Valfours sonst so trefflichem Plane gefalle ihm nur ein Punkt nicht, nämlich die Auffassung, daß, wenn die Konferenz sich geeinigt haben werde, Neuwahlen nötig seien. Vielmehr werde jedes Mitglied der Konferenz mit Recht erwarten, daß ein etwaiges Abkommen den gegehenden Körperschaften sofort unterbreitet werde. Würde dies nicht geschehen, so würde die weitere Entwicklung auf Jahre hinaus aufgehalten werden. Er hoffe, daß Valfour diesen Punkt nochmals erwägen werden. Man könne es den Kolonien sonst nicht verdenken, daß sie sich nicht zu einer solchen Konferenz bereit zeigen würden, wenn durch deren Beschlässe Neuwahlen erforderlich werden sollten. Im übrigen bilde Valfours Plan einen großen Fortschritt im Programm der unionistischen Partei und auf dem Wege der Verwirklichung des großen Gedankens der Union. Gelange der Plan zur Durchführung, so werde England von der großen Gefahr betroffen, daß seine Kolonien durch Nichterfüllung ihrer Wünsche Fremden in die Arme getrieben werden. —

### Schweiz.

Lehrer und Militärdienst. Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Lehrervereins hat folgende Beschlüsse gefaßt. In der künftigen Militärorganisation der Schweiz ist der Lehrer hinsichtlich der Rechte und Pflichten des Wehrmannes den übrigen Schweizerbürgern gleichzustellen, d. h. er ist grundsätzlich zum Dienst bei allen Truppengattungen und zur Beförderung als Unteroffizier und Offizier zuzulassen. Machen sich durch Militärdienst oder Lehrgänge Stellvertretungen nötig, so ist die Entschädigung der Stellvertretung Sache des Staates. —

### Frankreich.

#### Ein neues Scharmägel in Cluses.

Cluses ist jener kleine Ort, mit einer umfangreichen Uhren-Industrie, wo am 18. Juli d. J. die Söhne des Fabrikanten Cretiez aus dem Fenster ihres Wohnhauses heraus auf die Straße friedlich demonstrierender Arbeiter schossen und dabei mehrere töteten und verwundeten. Die Herren Fabrikantensöhne sind verhaftet worden und ihr Prozeß wird in aller nächster Zeit verhandelt werden. Herr Cretiez senior hatte gleich nach der Morde seiner Söhne die Stadt verlassen und war ihr bisher ferngeblieben. Jetzt am Vorabende des Prozesses hatte er den traurigen Mut, nach dem Schauplatz seiner und seiner Söhne Tätigkeit zurückzukehren. Die Masse der Bevölkerung ist noch heute über das beispiellose Verbrechen der Herren Fabrikantensöhne ungemein aufgebracht; der nahe Prozeß und das sichtbare Verstreben der Advokaten und der Behörden, die Mörder möglichst glimpflich davonkommen zu lassen, reizt selbstverständlich die Wunden von neuem auf. Es war denn ganz begreiflich, daß der Vater der Heldensöhne seitens der Bevölkerung nicht gerade mit Enthusiasmus empfangen wurde. Als man erfuhr, daß er zurückkäme, sammelte sich eine große Menge vor dem Wohnhause an und empfing ihn mit Pfeifen und Schreien. Alles wäre aber schließlich noch ruhig abgegangen, da zieht ein Dragoner-Leutnant seinen Säbel und verwundet einen der Umstehenden. Nun begann eine allgemeine Meuterei, die Dragoner stürzten sich auf die Menge und verwundeten zahlreiche Personen, u. a. ein Opfer des 18. Juli, das damals ein Auge verloren hat. Ueber diese neueste Bluttat der Soldateska, die noch immer seit dem 18. Juli dort stationiert ist, herrscht große Aufregung. —

### Italien.

Wird die Kammer aufgelöst werden? In den politischen Zirkeln Roms kommt man mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß eine baldige Auflösung der Kammer nicht zu erwarten ist. Giolitti, so heißt es in einer Notiz des „Avanti“ für deren Inhalt sich die Redaktion durchaus verbürgt, sei absoluter Gegner der Kammerauflösung und der Neuwahlen. Der Ministerpräsident ist eine ruhig überlegende, kaltsblütige Natur, die Augenblickeinblendungen nicht folgt. Er legt seine Hoffnung auf die alle Wunden heilende Zeit; je länger er die Entscheidung hinauschiebt, desto günstiger hofft er dabei abzuschneiden. —

### Rußland.

#### Der Prozeß gegen Kasprzak.

Der von uns nach der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ gebrachte Bericht über die Verhandlungen des Kriegsgerichts gegen den Genossen Kasprzak erweist sich, wie aus einem und zugegangenen Bericht aus Warschau hervorgeht, als in den wesentlichsten Punkten unrichtig. Weder haben die Sachverständigen Kasprzak für „unheilbar wahnsinnig“ erklärt — sie ließen vielmehr eine gegenteilige Meinung durchblicken, lehnten es aber vorläufig überhaupt ab, ein Gutachten abzugeben, da ihnen bis jetzt fast keine Gelegenheit geboten

wurde, Kasprzak zu beobachten — noch ist die Strafsache Kasprzaks vor ein Ziviltribunal verwiesen worden. Ebenso unrichtig sind die weiteren tatsächlichen Angaben des Wiener Gerichts. Wir bringen morgen einen Eigenbericht über die zweitägigen (nicht zweifelhafte) Verhandlungen, der seine Mitteilungen aus erster und durchaus zuverlässiger Quelle schöpft. —

### Amerika.

#### Zum Wahlkampf.

Die demokratische Presse erhebt laute Klagen gegen Cortelton, den Vorsitzenden des republikanischen Nationalkomitees, daß er bei der Ein Sammlung von Geldern für den Wahlfonds die Truhs und großen Korporationen ungeniert in Anspruch nehme. Die Regierung verlaufe sich somit den Truhs schon im Voraus, wenn sie wiedergewählt werde. Cortelton soll es schämlich treiben wie der selbige Marc Hanna, der 1896 und 1900 die Kinfels Wahlkampagne leitete und es meisterlich verstand, ungeheure Summen aufzubringen. Die Republikaner arbeiten übrigens in großem Eyle. Wahlliteratur wird in ungeheuren Mengen verbreitet; eine große Zahl von guten Rednern ist angestellt, von denen viele ein Honorar von hundert Dollar pro Woche und ihre Unterhaltungskosten erhalten; die Wahlveranstaltungen werden mit Musik eröffnet, die durch patriotische Reden eine helle Begeisterung entfacht; vor Beginn einer solchen Versammlung ziehen Paraden durch die Straßen, auf großen Plakatwagen werden die Redner angekündigt; an Feuerwerk und Musik wird nicht gespart, und so kommen denn imposante Massenveranstaltungen zustande. Kehtlich treiben es die Demokraten, die womöglich die Republikaner noch übertreffen wollen, sodas das Volk wie berauscht wird. Die Seite glaubt das Volk am leichtesten anzuziehen zu können, die den größten Spektakel macht. Dieser Wahlkampf steigert sich natürlich, je näher der Tag der Entscheidung rückt.

Die Republikaner rechnen zuversichtlich auf den Sieg und glauben sogar, in Colorado den Gouverneur Peabody wiedergewählen zu können. — Die beiden Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft haben ebenfalls ihre Annahmeschreiben der Presse übergeben, in denen aber nichts Neues vorgebracht wird. Was Davis, der demokratische Kandidat, gegen die Republikaner sagt, wird von diesen als „kindisch“ bezeichnet. Man macht sich unerbötlich lustig über Davis und nennt ihn nicht anders als „Grandpa“ (Großpapa), weil er schon 81 Jahre alt ist. — Große Wahlwetten werden gemacht im Verhältnis von Zwei zu Eins zugunsten von Roosevelt. Daß Roosevelt den Staat New York erobern wird, darauf ist an der Börse in New York nur in gleichem Verhältnis gewettet worden. Die Demokraten machen riesige Anstrengungen, New York zu gewinnen. —

### Australien.

#### Zum Sturz des australischen Arbeiter-Ministeriums.

Ueber die Art, wie das Ministerium Watson von den feindlichen Kräften der liberalen und konservativen Opposition zum Fall gebracht wurde, enthält der soeben eingetroffene „Worker“ (Der Arbeiter) recht interessante Einzelheiten. Nicht in offenem Kampfe ist danach das Arbeiter-Ministerium gefallen, sondern durch einen lang vorbereiteten Ueberfall aus dem Hinterhalte. Um die Tricks, welche die Opposition anwandte, um das Kabinett zu stürzen, recht zu verstehen, muß man zunächst die Geschäftsordnung des australischen Bundesparlaments etwas kennen lernen: Nach dieser wird über einen vorgelegten Gesetzentwurf zunächst die Generaldiskussion eröffnet. Sodann wird derselbe zusammen mit den hierzu eingebrachten Amendements und sonstigen Änderungsanträgen der Kommission überwiesen. Ist dies geschehen, so verläßt der Präsident seinen Sitz und dieser wird nacheinander vom Vorsitzenden der Kommission eingenommen und die Beratung beginnt über die einzelnen Artikel. In der Regel werden nun alle diejenigen Artikel, welche nicht nach den Wünschen des Ministeriums erledigt sind, vorläufig ausgeschaltet und später von neuem eingebracht. Damit wird der Regierung Gelegenheit gegeben, ihrerseits dem Parlamente entgegenzukommen und die betreffenden Artikel in veränderter Form wieder einzubringen.

Bei der Beratung des Schiedsgerichts-Gesetzes, über das bekanntlich das Ministerium Watson gestürzt ist, wandte sich die Opposition namentlich gegen den Artikel 48, durch welchen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Vortzug vor den anderen gegeben wurde. Im Plenum war dieser Artikel durch ein Amendement des konservativen Mac Coy dermaßen verächtelt worden, daß die Bevorzugung der Unionisten nur eine Farce bedeutete. Watson versuchte den gewöhnlichen Weg zu beschreiten, indem er zu seinem Entwurf neue Änderungsanträge einbrachte und deren Zulassung zur Diskussion verlangte. Die Opposition, die unter allen Umständen das Ministerium zu Fall bringen wollte, ließ diesen gewöhnlichen Weg nicht zu, obwohl die neue Fassung den Wünschen der Mehrheit weit entgegen kam. Gerade weil die Annahme des neuen Antrages sehr wahrscheinlich war, wurde die nochmalige Einbringung der Vorlage verworfen und so mußte das Ministerium Watson abtreten, da ihr erster Entwurf eine Wehrheit ja nicht gefunden hatte.

Wäre die nochmalige Einbringung des Entwurfs zugelassen worden, so wäre zwar eine heftige Auseinandersetzung über die Bevorzugung der Gewerkschaften entstanden, aber die endliche Verständigung war dann nicht ausgeschlossen; so wie die Dinge lagen, konnte Watson nicht seinen neuen Entwurf begründen und verteidigen, sondern lediglich für die gewöhnlichsmäßige Behandlung seiner Vorlage eintreten. Reid wollte aber an's Ruder, ihm waren alle Mittel, auch die schlechtesten, gut genug, sie gegen Watson auszuspielen. Deswegen wälzte er — wie es im australischen Parlaments-Jargon heißt — dem Ministerium Watson „Sandläde in den Weg“, über die dieses fallen mußte. Im übrigen habe, wie der „Worker“ mitteilt, Reid auch noch ein Mitsprachensvotum in Verehrhaft gehabt. — So ist das erste Arbeiterministerium nicht in offenem ehrlichen Kampfe gefallen, sondern es wurde in hinterlistiger Weise gemauchelt.

## Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

### Will Kuropatkin bei Mukden standhalten?

Petersburg, 6. Oktober. Der Korrespondent der „Wschewija Wjedomosti“ in Mukden telegraphiert seinem Blatte unter dem gestrigen Datum: Nach den vorbereiteten Verteidigungsarbeiten zu urteilen, kann man wohl annehmen, daß Kuropatkin nicht die Absicht hat, Mukden aufzugeben. Für die ganze Armee sind Erdhäuten gebaut worden, die bequem und warm sind. Täglich treffen in Mukden japanische Reiter ein, die General Michitschenko gefangen genommen hat. Ihr Aussehen ist erbarmendwert. Sie sind ausgehungert und starr vor Kälte. Wichtige Geschehnisse haben sich nicht ereignet.

Mukden, 6. Oktober. (Telegramm der Agence Havas.) Admiral Alejew ist hier eingetroffen, um mit Kuropatkin eine Besprechung zu haben.

Die Japaner organisieren in der Mongolei und in den Gegenden westlich von Mukden, die an der Grenze liegen, zahlreiche Chunghusenbanden, die von Japanern befehligt werden, um zu versuchen, die Eisenbahn zu zerstören und zu verhindern, daß die Russen sich in der Mongolei verproviantieren.

Petersburg, 6. Oktober. General Schacharow meldet dem Generalstab unter dem gestrigen Datum: Am 4. Oktober verdrängte eine feindliche Abteilung in Stärke von etwa 4 Kompagnien und einer Eskadron unsere Feldwache bei Hunlinpu nach Westen. In der Nähe der Eisenbahn erhielt die Feldwache Verstärkungen, und eine von unseren Kavallerie-Abteilungen rückte von Westen vor und fiel dem Feinde in den Rücken. Der Feind zog sich unter Verlusten zurück. — Eine von unseren Reconnoszierungs-Abteilungen näherte sich an denselben Tage den Steinofengruben von Jantai von Norden her bis auf 4 oder 5 Werst. Vier japanische Eskadrons und 3 Kompagnien gingen vor der Vorhut unserer Abteilung eilig zurück. Unsere Kavallerie-Abteilungen zogen sich gegen 8 Uhr abends, nachdem sie die Stellung des Gegners eingehend besichtigt hatten,

nach ihren Standorten zurück. Auf unserer Seite ist ein Kosak gefallen sowie 1 Offizier und 2 Kosaken verwundet worden. Der Feind hat einige Verluste erlitten. Zwei Japaner wurden gefangen genommen.

### Die Proviantzufuhr nach Port Arthur.

Tosio, 6. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Port Arthur blockierende japanische Flotte brachte eine Dschunke mit Lebensmitteln auf, welche in den Hafen einzufahren suchte. Aus Aussagen der Mannschaft geht hervor, daß eine aus achtzig Dschunken bestehende Flotte existiert, welche gebildet ist, um von der Umgegend von Tsingtau aus die Blockade zu brechen. Trotz der Wachsamkeit der Blockadeschiffe erreichen viele Dschunken die russischen Linien. Auf der unteren Halbinsel befindet sich eine Anzahl Landungsorte. Die Dschunken fahren des Nachts ein. Die russischen Geschütze und die Minenfelder gewähren ihnen einen Vorteil vor den Blockadeschiffen. Die Japaner hegen den Verdacht, daß auch Munition eingeschmuggelt wird. Bisher ist aber in den durchsuchten Dschunken, deren Zahl sich auf mehrere Hundert beläuft, keine Munition gefunden worden.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Oktober 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Dingerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr. Stadtv. Singer, der von seiner Erkrankung wiederhergestellt ist, nimmt heute an der Sitzung wieder teil.

Die seit 4 1/2 Jahren bestehende gemischte Deputation zur Vorberatung über die Lage bezw. die Neuordnung des höheren und mittleren Berliner

#### städtischen Schulwesens

hat ihre Beratungen beendet. Viel Positives ist dabei bekanntlich nicht herausgekommen. Die Vorschläge der Deputation gehen dahin, daß

1. keine der bestehenden höheren Lehranstalten geändert und
2. kein Reformgymnasium gegründet wird,
3. mit der Begründung einer 14. Realschule am Wedding, welche die Fläche zwischen dem Brunnenstraßenzuge und Raabit ausfüllen soll, und
4. mit der Begründung einer Ober-Realschule im Zuge der Neuen Königstraße eventuell der Greifswalderstraße, deren Unter- und Mittelbau die Form einer Berliner Realschule erhalten soll, vorgegangen, und
5. eine Mädchen-Realgymnasial-Abteilung im Anschlusse an eine höhere Mädchenschule errichtet wird.

Der Magistrat hat sich diesen Anträgen angeschlossen, nur will er zu Punkt 5 späterer Entscheidung vorbehalten, ob eine Mädchen-Gymnasial- oder Realgymnasial-Abteilung angegliedert wird. Zu diesen seinen Vorschlägen sucht er um das Einverständnis der Versammlung nach.

Stadtv. Kreitzing (N. L.): Wir können uns der Kritik, welche die Ablehnung der Errichtung eines Reformgymnasiums in der Öffentlichkeit erfahren hat, nicht anschließen. Es scheint uns bedenklich, mit dem Unterricht in Latein erst in Unter-Tertia zu beginnen, und noch bedenkllicher, daß der naturwissenschaftliche Unterricht aus diesem Gewebe über Gebühr beschränkt werden möchte. Wegen eines Verlusts hätten wir indes nichts einzuwenden. Wir werden für die Magistratsvorschläge stimmen.

Stadtv. Cassel (N. L.) schließt sich dem Vorredner an. Die Mannigfaltigkeit der Berliner höheren Schulsysteme sei groß genug; außerdem hätten sich die lateinlosen Realschulen, welche der breiten Weg zur höheren Schulbildung öffnen, durchaus bewährt.

Stadtv. Director Hellwig (N. L.) würde der Reformschule das Wort reden, wenn nicht unsere Realschulen, die mit dem fremdsprachlichen Unterricht erst in der vierten Klasse beginnen, für Berlin dieses Experiment überflüssig machten. Das System der Realschulen müsse aber ausgebaut werden; die 14. Schule, deren Errichtung in Aussicht siehe, genüge nicht. Die bestehenden Realschulen litten in bedenklicher Weise an Platzmangel; in der 13. Realschule am Schleswiger Ufer hätten jetzt zur Quarta 24 Anmeldungen vorgelegen, von denen nicht eine einzige berücksichtigt werden konnte (Hört! hört!), zur Sexta 92!

Stadtv. Dr. Friedemann (soz.-fortschr.) kann nicht gelten lassen, daß die lateinlose Realschule allein die Reformschule überflüssig mache.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die beiden ersten negativen Punkte des Magistratsvorschlages können unseren Beifall nicht finden. Wir können uns doch nicht auf solche negativen Beschlüsse festlegen, jedenfalls brauche man sich später um solche nicht zu kümmern. Und programmatisch aussprechen, daß keine Fortschritte gemacht werden dürfen, das kann unmöglich die Absicht des Magistrats sein. Die wichtigeren folgenden drei Vorschläge gehen uns nicht weit genug. Leider ist die Deputation nicht zu einem organischen Vorschlag eines einheitlichen Aufbaues unseres städtischen Schulunterrichts gekommen. Der Gedanke einer Einheitschule, der allen Klassen der Bevölkerung die gleiche Möglichkeit gibt, an der Bildung teilzunehmen, scheint in dem Ausblicke gar keine Wädigung gefunden zu haben. Natürlich werden wir der einen vorgeschlagenen neuen Realschule zustimmen, aber wir fordern gleichzeitig den Magistrat auf, sich die Abstellung der gerügten Mängel eifrigst angelegen sein zu lassen und auch zu erwägen, ob nicht die Zahl der Gemeindegymnasien ganz erheblich zu vermehren wäre. Ich hoffe, daß uns bald eine Vorlage kommt, welche uns eine ganze Reihe neuer Gemeindegymnasien, nicht bloß tropfenweise eine oder einige, zu errichten vorschlägt. Eine Verpflichtung, höhere Schulen zu errichten, besteht für die Stadtgemeinde überhaupt nicht, während für die Gemeindegymnasien in ausreichender Weise zu sorgen unsere rechtliche Verpflichtung ist. Das ersichtlichste ist an der Vorlage die Errichtung einer höheren Mädchen-Realgymnasial-Abteilung. Auch hier hätten wir ja die Einheitschule mehr in der Richtung gewahrt gesehen, daß den Mädchen aller Bevölkerungsklassen der Weg zur höheren Bildung eröffnet wird. An sich wäre ja auch hier die Verpflichtung des Staates gegeben; aber da von dieser Seite nichts geschieht, sind wir damit einverstanden, daß die Stadt diese Lücke ausfüllt. Es kommt nicht auf die verschiedenen Systeme und nicht auf die verschiedenen Namen an, es kommt darauf an, daß wir Menschen erziehen, die den Anforderungen des Lebens gewachsen sind. Wir können nichts Besseres tun, als die Kinder der Stadt körperlich und geistig kräftig zu machen. In diesem Sinne hoffen wir auf eine große Vorlage zur Organisation des städtischen Schulwesens. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Glöckl (Fr. Fr.): Wir nehmen den Magistratsantrag in allen seinen Teilen an. Nicht jede Schulreform, sondern speziell das Reformgymnasium mit seinem ganz bestimmten Lehrplan, den wir für erproblich nicht halten können, lehnen wir ab. Auch für die jungen Mädchen, welche die höheren Töchterchulen verlassen, ohne sich wissenschaftlich weiter bis zur Reife für die Universität ausbilden zu wollen, sollte die Schulverwaltung die Möglichkeit schaffen, sich für gewerbliche Berufe u. dergl. weiter vorzubilden, um auch auf diesen Gebieten sich selbständig machen zu können.

Stadtv. Dinsel (N. L.) beantragt, in die Nummern 1 und 2 ein „zurzeit“ einzufügen. Er will sich für jetzt mit dem wenigen begnügen, was die Vorlage bietet, hofft aber, daß eine nahe Zukunft mehr bringen wird, und glaubt mit dem „zurzeit“ den Bedenken des Stadtv. Stadthagen gerecht zu werden. Stadtschulrat Wischels: Die Vorlage ist scheinbar sehr bescheiden; es könnte scheinen, als ob nur etwas Nichtiges aus großen Anfängen herausgekommen wäre. Es ist hier aber nur ein Anfang mit dem notwendigsten gemacht; ich selbst habe demgemäß meine eigenen Wünsche, Pläne und Anträge eingeschränkt. Wir scheiden scharf zwischen Reformgymnasium und Reformrealgymnasium. Gegen ersteres haben Magistrat und Deputation momentan, für die Gegenwart entschieden. Jur-

zeit haben wir in Berlin kein Bedürfnis für ein Gymnasium; die Schülerzahl dieser Anstalten hat abgenommen. Für die Zukunft ist keine prinzipielle Abgabe an das Reformgymnasium, bestimmt nicht an das Reformrealgymnasium, in den Vorschlägen enthalten. Auch bezüglich der positiven Anträge ist nur dem notwendigsten Ausdruck verliehen. Die historische Entwicklung des Reformgymnasiums bietet kein übermäßig glänzendes Bild. Seit 12 Jahren sind in Preußen 13, im Reich noch 5 Reformgymnasien entstanden. Die Kombinerung mit Reform-Realgymnasien, wie sie vielfach beliebt ist, wäre für uns ganz unbrauchbar. Staatliche Reformgymnasien gibt es nur drei. Reform-Realgymnasien giebt es seit 1878 in Preußen 31, im übrigen Deutschland 13; diese Entwicklung ist schon erfreulicher, aber auch sie hält sich in bescheidenen Grenzen. Das Wort „zurzeit“ ist in unserer Redaction nur vorgehen; natürlich können nicht für die Dauer negative Beschlüsse gefaßt werden. Den Wünschen des Stadtv. Glöckl wird bei den Beratungen über das Mädchenhochschulwesen Berücksichtigung widerfahren. (Beifall.)

Damit schließt die Beratung. Ein Antrag Modler auf Streichung der Worte „im Zuge der Neuen Königstraße bezw. in der Greifswalderstraße“ wird angenommen, ebenso der Antrag Dinsel und mit diesen Änderungen der Magistratsantrag.

Es folgt die Beratung des Antrages Cassel u. Gen.: den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob es richtig ist, daß die Königl. Staatsregierung durch eine Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums die

#### Benutzung der Gemeindegymnasial-Grundstücke

zu ändern als Elementarbildungszweck von der vorgängigen Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde abhängig gemacht hat, und welche Schritte im Falle der Aufrechterhaltung einer solchen Verfügung der Magistrat zur Wahrung der Rechte der Stadtgemeinde und der Selbstverwaltung zu ergreifen gedenkt? Hierzu liegt der vom Magistrat mit der genannten Staatsbehörde gepflogene, bis November 1898 zurückreichende Schriftwechsel vor, den der Magistrat zur Kenntnis der Versammlung gebracht hat und den wir in der Dienstag-Nummer wiedergegeben haben.

Stadtv. Cassel: Der vorgelegte Schriftwechsel beweist die Existenz der vermuteten Verfügung und zugleich der mannigfachen Haltung des Magistrats dieser Zumutung gegenüber. Diese Haltung hat in der Bürgererschaft lebhafteste Anerkennung gefunden. (Allseitiger Beifall.) Den jahrelangen Bestrebungen, die auf Einengung und Verkümmern der Selbstverwaltung gerichtet sind, muß mit Entschiedenheit und Festigkeit begegnet werden. Hier ist es das staatliche Provinzialschulkollegium, welches von Berlin Maßnahmen verlangt, ohne deren rechtliche Zulässigkeit irgendwie zu begründen; man bezieht sich auf eine Verordnung von 1817 und im übrigen: *sic volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas*. Die Angelegenheit ist von mir im Landtage im Frühjahr zur Sprache gebracht worden. Ministerialdirektor Schwarzkopff stand schon damals die Existenz der Verfügung zu und nahm für die Schulaufsichtsbehörde auch das Recht der Aufsicht über die Verwendung der Schulgebäude in Anspruch. Er bezog sich außer auf die Verordnung von 1817 noch auf höchste Reichsentscheidungen. Diese hat er aber nicht angeführt. Tatsächlich sind der Staatsaufsicht in dieser Richtung Schranken gezogen. Durch die 1829 erfolgte Errichtung der Schuldeputation ist die Verordnung von 1817 überholt; § 56 der Städteordnung von 1833 spricht außerdem völlig klar aus, daß der Magistrat alle Anstalten der Gemeinde und deren Eigentum zu verwalten hat. Ganz abgesehen von diesen juristischen Fragen handelt es sich hier für uns nicht um eine Schulangelegenheit, sondern darum, ob wir über unser Eigentum frei verfügen können oder nicht zu Zwecken, die mit den Zwecken der Schule in keinerlei Beziehung stehen. Es handelt sich ja um die Benutzung der Schulgebäude außerhalb der Schulzeit und des Schulunterrichts. Auf dem Wege des Verwaltungsverfahrens können wir gegen die Verfügung nicht anfechten; es ist also vielleicht kein Zufall, daß man mit dieser Verfügung gegen uns vorgeht. Der Magistrat hat recht gehandelt, wenn er auch einem polnischen Lucreverein Schulräume überließ. Die Staatsregierung hat übrigens in Beziehung auf die polnische Frage früher ganz andere Anschauungen vertreten, und noch 1893 hat sie Herrn v. Rodzielski erklärt, daß sie gegen die Hergabe städtischer Schulräume in Berlin zur Erteilung polnischen Sprachunterrichts „keine Bedenken habe“. (Große Heiterkeit, Aufre: Admiralst.) Die Sache ist damals nicht zum Austrage gekommen, weil Herr v. Rodzielski plötzlich keine weiteren Anträge mehr stellte. In keinem Falle ist nachgewiesen oder nachzuweisen, daß in den fraglichen Fällen der Magistrat gegen Recht und Gesetz verstoßen hätte. In mehr als 50 Fällen sind evangelischen, katholischen und jüdischen Synoden und Vereinen städtische Schulräume für religiöse Handlungen und Andachtsübungen zur Verfügung gestellt. Mit welchem Recht könnte nun der Magistrat anderen Vereinigungen diese selben Räume verweigern? Der Magistrat hat sich treu nach dem preussischen Grundgesetz gehalten, daß in Preußen jeder nach seiner Fassung selbige werden könne. Aber wir haben hier lediglich ein neues Glied in der Kette der bedürftlichen Maßnahmen vor uns, die darauf ausgehen, die Geschäfte unserer Schulverwaltung an sich zu reißen. Unsere Schulinspektoren sind heute weit mehr von Amtswegen und gestellte Aufsicht und Späher (Bezeugung); wir sind fast nur noch Handlanger zur Ausführung der Befehle der Vorgesetzten! Der ständige Dezerent für einen großen Teil der äußeren Schulangelegenheiten im Magistrat hat es schon fast satt, weiter unter diesen Umständen zu amtieren. Die Inspektoren werden von uns besoldet; wir sollten überlegen, ob nicht die Mittel zu verweigern wären und dem Staat überlassen bliebe, sie zu bezahlen. (Zustimmung.) Wie weit die Mißachtung der Selbstverwaltung geht, beweisen die Fälle wieder, daß die Schuldner nicht mehr als Gemeinbedeante anerkannt werden und daß ein Erlaß besteht, wonach nur der Minister, aber nicht der Stadtschulrat, nicht der Magistrat, nicht der Oberbürgermeister einem Ausländer erlauben darf, unsere Schulen zu besichtigen! (Hört! hört! und große Bezeugung.) Die seltsame Form, deren sich die Behörde bedient, der Lon, dessen sich kein Landrat gegen einen Amtsvorsteher bedienen würde, läßt die Vermutung aufkommen, daß es sich hier um eine Absicht handelt, daß es darauf ankomme, die Berliner Selbstverwaltung vor dem Lande zu diskreditieren. Schreibe doch schon die Post, Berlin entwickele Souveränitätsgelüste und die mächtigen der Stadt ausgetrieben werden. Die Uebertragung des Verfügungsrechtes an die Schuldeputation, die dem Magistrat untersteht, ist die Krönung dieses wunderbaren behördlichen Gebäudes. Die Deputation hat denn auch das abgelehnt, und trotz der „Kreuz-Zeitung“ wird sie sich nicht fügen müssen. Wird Zwang ausgeübt, wir sehen dem ruhig entgegen. Ich bitte Sie, folgen den von mehr als 100 Stadtverordneten unterzeichneten Antrag anzunehmen:

Die Stadtverordneten-Versammlung spricht dem Magistrat ihre volle Zustimmung zu der Haltung aus, die derselbe in der Angelegenheit betreffend die Gewährung von Schulräumen zu anderen als zu Schulzwecken dem königlichen Provinzial-Schulkollegium gegenüber befolgt hat. Die Versammlung erwartet, indem sie dem Magistrat ihre Anerkennung für seine bisherigen Schritte hiermit auszudrücken Veranlassung nimmt, daß derselbe auch in Zukunft die Rechte der Stadtgemeinde und deren Selbstverwaltung unberechtigten Angriffen gegenüber mit Festigkeit und Entschiedenheit wahren wird.

Die Selbstverwaltung ist uns allen teuer. Wenn es aber nicht mehr möglich sein soll, mit der Wahrung der eigenen Würde diese Selbstverwaltung zu betätigen, wenn der Staat die Verwaltung an sich reißt und uns zu blinden Ausführern seiner Diktate machen will, dann wird die Selbstverwaltung nicht mehr bestehen können. Wahren wir aber unseren Rechtsstandpunkt, dann werden wir die schädlichen Folgen dieses Zustandes auf die zurückfallen lassen, die die Verantwortung dafür tragen! (Beifalliger Beifall.)

Oberbürgermeister Bischoff: Es ist heute ein vom 4. Oktober datierter Erlaß des Provinzial-Schulkollegiums in unsere Hände gelangt: „Da der Magistrat gegen die Ausübung unserer Verfügung

vom 1. September Bedenken erhoben hat, so haben wir uns zur Durchführung der ministeriellen Anordnung genötigt gesehen, die Turnvereine „Fichte“, der 21./24., 172./185. („Falle“), der 150./165. („Sokol“) und der 99. Schule (Freireligiöse Gemeinde) im Aufsichtsweg unmittelbar anzuweisen, die Turnhallen und die Aulsa für die beteiligten Vereine geschlossen zu halten und den Mitgliedern den Eintritt zu verweigern. (Große, andauernde Erregung. Rufe: Pflui!) Sie werden aus der Darstellung, die Sie vom Magistrat erhalten haben, entnehmen, daß die Schulaufsichtsbehörde in der Tat dieses Recht beansprucht. Sie werden ferner entnehmen, daß die Verhältnisse bereits weiter fortgeschritten sind, daß die Schulaufsichtsbehörde in drei Fällen die Benutzung untersagt hat, und daß wir jetzt an dem Punkte angekommen sind, daß die Schulaufsichtsbehörde die von der Stadt angestellten und besoldeten Direktoren, die von der Stadtgemeinde den Auftrag erhalten haben, die Schulgrundstücke nach deren Anweisungen zu verwalten, anzuweisen, gegen die Anweisung des Eigentümers ihr Grundstück zu verwalten (Rufe: Unerhört! Gemeinheit!). Es ist interessant, sich zu vergegenwärtigen, welchen Umfang der erhobene Anspruch hat. Es gibt 27 Gemeindefschulen im Werte von 82 1/2 Millionen. 1008 war in 400 Fällen eine fortwährende, in 108 Fällen eine einmalige Benutzung gewährt worden. Durch 88 Jahre hindurch unter den verschiedensten Kultusministerien hat diese Benutzung stattgefunden, ohne daß jemals die Schulaufsichtsbehörde auf den Gedanken gekommen ist, daß ihr ein solches Recht vorgängiger Genehmigung zustehe (Hört! hört!). Der bekannte Fall des Gesundheitsrats hat sich ereignet in einem Gymnasium, und die Remedur ist von uns und erfolgt. Es ist auch noch ein Fall vorgekommen, daß der Schulbetrieb durch diese Benutzung irgendwo gestört oder beeinträchtigt worden ist; nur ganz unerhört, gerade vor acht Tagen, hat ein staatlicher Revisor ein Konvolutum gezogen, er stellte fest, daß in der 163. Gemeindefschule ein Anschlag war: „Morgen Anschlag nach Lichtentzückung zu Kartoffeln und Hering!“ (Stürmische Heiterkeit. Rufe: Entsetzlich!) Ich habe dafür gesorgt, daß dieser gefährliche Anschlag entfernt wurde; aber sonst hat die Erfahrung von 82 Jahren gezeigt, daß zu einem derartigen Vorgehen nicht der mindeste Anlaß gegeben ist und auch in den jetzt angegriffenen Fällen ist in keiner Weise festgestellt, daß der Schulbetrieb in irgendwelcher Weise gelitten hat. Das war auch unmöglich; denn es handelt sich um den Sonntag und den Abend, wo kein Schulbetrieb stattfindet. Wir haben in jeder Beziehung ein gutes Gewissen. Es wird nicht untersagt die Benutzung durch den Turnverein „Fichte“, sondern durch die Jugendabteilung des Turnvereins „Fichte“; hier scheint eine Unklarheit unterlaufen zu sein bei der Verfügung, die wohl mit großer Schnelligkeit gemacht ist. Es scheinen die Schülerabteilungen gemeint zu sein. Den Schülerabteilungen haben wir drei Turnhallen eingeräumt. Man weiß nicht recht, ob diese Schüler sich politisch so verhalten haben, daß man ihnen die Hallen nicht überlassen kann (Heiterkeit) oder ob man den Verein meint. Einem oder mehreren nur das zu untersagen, was wir zahlreich anderen gewährt haben, wegen angeblich nicht angemessenen politischen Verhaltens, scheint mir der gesunde Logik zu entsprechen. Mit der gesellschaftlichen und politischen Bewegung hat der Magistrat keinerlei Sympathie; aber die Gemeindefälle haben wir nicht zu verbergen nach Sympathien, sondern nach Recht und Billigkeit. Was hätte es denn für einen Zweck, wenn wir drei Abende in der Woche den politischen Vereinen die städtischen Turnhallen schließen? Sie würden in andere Turnhallen gehen, wo sie unserer Aufsicht nicht unterworfen sind; und das würde jener Richtung gerade neue Anhänger zuführen. Das sind doch nur kleinliche Nebensächlichkeiten. Was die Freireligiöse Gemeinde betrifft, so hat der Magistrat früher bekanntlich eine andere Stellung eingenommen; wenn er seit einer Reihe von Jahren die Anschauung vertritt, daß dieser vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft dieselbe Behandlung wie anderen zuteil werden muß, so ist dieser Standpunkt durchaus gerechtfertigt. In Berlin, in der Stadt Friedrichs des Großen, sollte man doch davon absehen, Kritik auszusprechen darüber, welche religiöse Auffassung die richtige ist und nicht ein bestimmtes religiöses Bekenntnis zur Voraussetzung gleichen Rechts machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verneinen die Frage, ob die Regierung auch ein Verwaltungsrecht hat über die Schule und das Schuleigentum. Wir haben ferner als Gemeinde und das Benutzungsrecht der Schulgebäude, welche den Schulen eingeräumt sind, stets vorbehalten. Könnten wir die Frage vor einen unabhängigen Richter bringen, er würde sie zugunsten der Stadt entscheiden. Die Stadt will sich auch keineswegs jeder Aufsicht entziehen; es handelt sich nur um die Abgrenzung zwischen der Aufsicht der Schulbehörde und der Kommunal-Aufsichtsbehörde. Die Verfügungen des Ministers des Innern können wir angreifen, die Verfügungen des Kultusministers nicht; darum haben wir ein erhebliches Interesse, daß diese beiden Gebiete nicht verquirlt werden. Ueber die Fälle, welche Herr Cassel vorgetragen, ist er im ganzen richtig informiert gewesen. (Hört! hört!) Wir sind aufgefunden worden, die Schulgrundstücke auf den Namen der Schulen grundbuchlich einzutragen zu lassen. (Bewegung.) Wir sind auch gelegentlich belehrt worden, daß die Schuldiener an den höheren Schulen nicht Gemeindefälle, sondern Anstaltsbeamte seien unter der Disziplin der Schulaufsichtsbehörde, obwohl das Ortsstatut die Schuldiener ausdrücklich als Gemeindefälle aufführt. (Hört! hört!) Endlich ist uns unterlagt worden, die städtischen Schulen Ausländern zu zeigen (Heiterkeit). Im Juli 1893 erging bereits eine solche Anordnung bezüglich der höheren Lehranstalten mit der Motivierung, daß der Minister die Sache allein in der Hand behalten müsse, weil sonst leicht einmal bei städtischen Schulen die Erlaubnis erteilt, bei staatlichen verweigert werden könnte. (Erneute Heiterkeit.) In diesem Frühjahr ist der Erlass ausgedehnt worden auf die Gemeindefschulen. Der Ausländer vermag meine Bemerkungen, ihm die Lage auseinanderzusetzen, nicht zu verstehen, und er bekommt von der gerühmten Selbstverwaltung, die sogar der Staat ausbauen gesonnen haben soll, eine ganz andere Vorstellung. Was ich selbst darüber denke, darüber möchte ich hier lieber nicht reden. Ich verstehe nicht den Anlaß noch den Zweck der Maßregel. Die Bürgerchaft muß dauernd ihr Interesse der Schule zuwenden. Wir haben etwa 3000 Bürger im Lehramt, die doch freudig mitarbeiten sollen. Wird in dieser Weise fortgeschritten, so habe ich größte Bedenken gegen neue höhere Lehranstalten, denn wenn ich sie nun bezahlen soll, ohne irgend einen Einfluß darauf zu haben, dann muß ich sagen: Höhere Lehranstalten zu errichten ist Sache des Staates; möge er seine Pflicht tun! Ich sehe also nur eine Schädigung des Schulwesens, des höheren wie des niederen, und ich habe für meine Pflicht gehalten, darauf hier aufmerksam zu machen. Die zweite Frage des Antrages ist bereits beantwortet, mit den bisherigen Schritten sind Sie anscheinend einverstanden. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber unsere weiteren Schritte kann ich heute noch keine Magistratsklärung abgeben. Ich bitte Sie, zu dem Magistrat das Vertrauen zu haben, daß er in dieser ersten Situation, so weit, wie ich sie noch nicht erlebt habe, ruhig und gemessen, aber fest und bestimmt die Rechte der Selbstverwaltung wahrnimmt. Es wird ihm das möglich sein, wenn er vom Vertrauen der Bürgerchaft unterstützt wird. (Lebhafte anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Stadtv. Kreitzing: Ich kann mir wohl denken, daß die gemeldeten Redner noch gar manches zur Sache vorzubringen haben; aber nach der kraftvollen Begründung des Antrages und nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters bitte ich Sie, mit mir auf das Wort zu verzichten.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich nehme es als ein Recht jeder Gruppe der Versammlung in Anspruch, sich zu einer solchen Angelegenheit zu äußern und bitte Herrn Kreitzing, seinen Antrag zurückzuziehen.

Stadtv. Kreitzing: Ich habe nur einen Wunsch ausgesprochen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich bin in der für mich sehr angenehmen Lage, für meine Freunde erklären zu können, daß wir dem Verhalten des Magistrats voll zustimmen, daß wir uns freuen, daß er diejenige Entscheidung gefunden hat, die das einzige Mittel ist, den

Angriffen auf die Selbstverwaltung die gebührende Antwort zu erteilen. Als ich seinerzeit bei Gelegenheit des Wächterbrunnens das Wort vom „Märchen der Selbstverwaltung“ prägte, da haben sich in der Versammlung und wohl auch im Magistrat eine Reihe Zweifler gefunden. Nach den heute gehörten Ausführungen wird kein Mensch noch anders als von einem Märchen der Selbstverwaltung sprechen können. Der Wunsch, dieses Märchen vor der Öffentlichkeit zu zerlegen, hat den Magistrat zu solcher Nachgiebigkeit im Laufe der Zeit geführt, daß nach dem Wort: „Der Appetit kommt beim Essen“, jetzt auch das Aeußerste der Stadt geboten wird. Wir stehen nicht unter der Schulaufsicht, sondern unter dem Schulkommando der Regierung; wir dürfen nur dasjenige ausführen lassen, was die hohe Obrigkeit genehmigt hat. Eine so rückständige Politik, wie sie jetzt bei der preussischen Regierung auf allen Gebieten getrieben wird, daß sie den Magistrat zu Handlangern machen will, ist eine treffliche Illustration zu diesem Märchen. So sehr ich den Jörn und die Entzückung des Oberbürgermeisters begreife, so wäre es doch ein verhängnisvoller Fehler, wenn Magistrat und Versammlung an der Erledigung dieser Einzelheit ihre Befriedigung finden würden. Hier ist das System zu bekämpfen, das System der kleinlichen Nabelstiche. Ist es nicht eine Parodie, wenn man den Goethe verachtenden Hängler Hand in Hand mit Herrn v. Studt (Jurist: Er ist nicht adelig!) — nach seinen letzten Schritten wird er adelig werden — (Große Heiterkeit) diese Dinge so behandeln sieht? Etwas tragisch ist es, wenn wir sehen, wie die Regierung die Heiligkeit des Eigentums, wozu doch auch die Verfügung darüber gehört, der städtischen Verwaltung von Berlin in ihrem reaktionären Interesse bestrahlet. Ich will aber die Gegenseite nicht verschärfen; mir liegt daran, eine einmütige Demonstration gegenüber der Regierung zu erzielen; aber ich kann mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß auch das Verhalten der Mehrheit dieser Versammlung dem Auftreten der Regierung Vorschub geleistet hat. Wenn Herr Cassel sagt, die Liberalen würden sich nicht zu Schergen und Handlangern reaktionärer Politik machen lassen, so wünsche ich nur, daß die Meinung der ganzen Partei wäre, denn die Regierung hätte sich nie soweit vorgewagt, wenn sie nicht in der Halbheit und Laubheit der Verteidiger der Selbstverwaltung in dieser Versammlung eine Aufmunterung erblickt hätte. Das Verfahren gegen die tschechischen und polnischen Turnvereine reicht sich würdig der Ostmarkenpolitik an. Glaubt man, daß in den Schülerabteilungen des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ Politik getrieben wird? Wenn man den Standpunkt der Regierung konsequent weiter denkt, dann wird man auch dazu kommen, die Kataloge der Volksbibliotheken und der Bibliotheken der Regierung zur Genehmigung vorzulegen. Vielleicht dürfen auch öffentliche Wahlen dann nicht mehr in den Schulgebäuden stattfinden, zumal nicht für die dritte Abzählung, in der gewöhnlich Sozialdemokraten gewählt werden. (Sehr gut!) Was die Bemerkungen betrifft, was die Schulverwaltung abzunehmen, so gehen sie ja gerade ins Absurde. In einer Nachbargemeinde lehnte es ja ein Lehrer ab, vom Stadtkonrat Weisungen entgegenzunehmen, da sein Vorgesetzter der Kreis-Schulinspektor sei, und der Leiter der Berliner städtischen Weberschule mußte einem Mitgliede eines internationalen Kongresses, der hier tagte, erklären, er habe ihm die Befähigung nicht zu erlauben, da müsse er sich an die Regierung wenden. Wenn jetzt die Regierung die Redatoren antwortet, gegen die Anordnungen des Magistrats zu handeln, so weiß ich nicht, ob der Minister direkt dazu befugt ist; ist es der Fall, so ist das nichts als die Proklamierung der nackten Anarchie, wenn ein Dritter über den Kopf der nachgeordneten Behörde hinweg sich anmaßt, direkte Befehle zu erteilen. Ich weiß nicht, ob der Magistrat nun zu altem Widerstande übergehen wird; er wird sich ja dabei nicht zu Schritten herbeilassen, die er nicht vertreten kann. Aber mit den papierenen, mit mündlichen Protesten, mit den vorzeitlichen Reden ist die Sache wirklich nicht gemacht. (Sehr richtig!) Hier muß ein anderer Widerstand organisiert werden, entweder die Nichterfüllung des Befehls oder die Aufforderung an die Regierung, die Sache allein zu machen. Der Magistrat und die Stadtverordneten Berlins sollten es wagen sein, nur als Handlanger der reaktionären Regierung zu figurieren. Vorläufig haben wir keine Selbstverwaltung. Ich glaube, es ist wünschenswert, die Sache nicht durch die heutige Aussprache erledigt sein zu lassen, sondern Magistrat und Stadtverordnete sollten sich zusammen, und sich im Widerstand organisieren, der auch nach außen hin deutliche Fronten zeigt. Das erste wäre, den Betroffenen andere städtische Räume zur Verfügung zu stellen, wo das Provinzial-Schulkollegium „in to go“ hat; damit wird man die Würde und Ehre der Selbstverwaltung auch etwas machen. Wäre das der Erfolg dieser Zumutung eines unwürdigen Kulturverfalls, daß sich noch einmal das Gewissen des Liberalismus aufbäumt, dann können wir schließlich noch in die Lage, der Regierung für ihr Vorgehen zu danken. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Wommsen (Fr. Fr.): Die Rede des Kollegen Singer hat die Sache nicht gefördert und nicht fördern können. Ich habe den trefflichen Ausführungen Cassels und des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen und verzichte deshalb aufs Wort.

Auch die Stadtv. Rosenow (N. L.), dieser, weil er im Landtage noch Gelegenheiten haben werde, den Gegenstand zu besprechen, und Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.) verzichten.

Stadtv. Cassel: Ich beschränke mich darauf, den Vorwurf der Laubheit und Halbheit zurückzuweisen, den Herr Singer dieser Versammlung gemacht hat. Ich erkläre nur, wir haben zu allen Zeiten die Rechte der Stadtgemeinde gewahrt innerhalb der Befehle und soweit wir dazu imstande waren. Wir bestreiten den Rechten der Stadt etwas vergeben zu haben; wir haben einen solchen Vorwurf nicht verdient.

Damit schließt die Beratung.

Stadtv. Cassel zieht den ursprünglichen Antrag als erledigt zurück.

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung): Ohne uns mit dem Wortlaut des neuen Antrages Cassel zu identifizieren, werden wir für denselben stimmen.

Die Versammlung nimmt darauf den Antrag Cassel ein. Am 9 Uhr vertagt die Versammlung die Beratung aller übrigen Gegenstände.

## Gerichts-Zeitung.

Er hätte den Dienst verweigern sollen! Unter großem Andrang seiner Berufsgenossen fand gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I Verhandlung gegen den Lokomotivführer Wilhelm Guhn statt, welcher der Gefährdung eines Eisenbahntransportes beschuldigt war. Am Nachmittage des 16. April dieses Jahres stieß der von dem Angeklagten geführte Güterzug mit einem anderen Güterzuge zwischen den Stationen Wedding und Gesundbrunnen der Ringbahn zusammen. Die Lokomotiven beiderzüge und fünf Wagen wurden erheblich beschädigt. Der Lokomotivführer Schulz, welcher den zweiten Zug führte, sprang, um sich zu retten, von seiner Lokomotive ab, fiel dabei auf eine Weizenlaterne und brach den Arm. Der Angeklagte hatte das Haltsignal um etwa 50 Meter überfahren, es wird auf Mangel an Aufmerksamkeit zurückgeführt, daß er nicht rechtzeitig gebremst hat. Der Beschuldigte, der vom Rechtsanwalt Sonnenfeld verteidigt wurde, gab zu, das Vorfälle überhaupt nicht gesehen zu haben, weil er sich auf der Lokomotive gerade anderweitig beschäftigt habe. Das Hauptsignal habe er erst in einer Entfernung von 70 Metern gesehen. Weil es vorher wegen der vorstehenden Ueberführungsbrücke der Hochstraße und wegen der starken Kurve des Bahnhofs den Blicken entzogen sei. Er bestritt sich darüber, daß keine Knallpfeifen auf die Nähe des Hauptsignals aufmerksam machten. In der Beweisaufnahme bezeugten mehrere Zeugen, insbesondere der Führer des Gegenzuges Schulz und der Schaffner Rams, daß das Vorfälle sehr schlecht zu sehen sei und daß man das Hauptsignal selbst erst in einer Entfernung von 50 Metern sehen könne. Demgegenüber erklärte der Sachverständige, Regierungsrat Meyer, daß er die Sichtbarkeit des Hauptsignals auf die Entfernung

von 232 Metern festgestellt habe. Der von der Verteidigung geladene Sachverständige Oberbaurat Klose nahm an, daß das Vorfälle in einer Entfernung von 80—100 Metern vor dem Signal gegeben sei. Im übrigen sei der Angeklagte in einer schlimmen Lage gewesen mit Rücksicht auf die schwere Sichtbarkeit der Signale, es könne auch einem zu verlässigen Führer passieren, daß er unter solchen Umständen das Signal übersehen könne, zumal der Angeklagte jene Strecke nach Einführung der fraglichen Signale zum erstenmal befahren habe. Regierungsrat Meyer wollte dies als Entschuldigung nicht gelten lassen. Kannte der Angeklagte die Strecke nicht, so konnte er den Dienst verweigern oder einen Lokosten fordern. Das Hauptsignal hätte er rechtzeitig finden können, wenn er durch das Vorfälle auf dessen Nähe aufmerksam gemacht worden wäre. Während der Staatsanwalt auf Grund dieses Gutachtens die Verurteilung des Angeklagten beantragte, trat der Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld für Freisprechung ein. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark, weil er in dem Uebersehen des Vorfalles eine Fahrlässigkeit erblickte. Hätte der Angeklagte das Vorfälle gesehen, so würde er rechtzeitig gebremst haben und der Zusammenstoß wäre vermieden worden.

Es wäre eine Beantwortung der Frage erwünscht, ob der Angeklagte ohne Gefährdung seiner Stellung oder sonstige Nachteile den Dienst hätte verweigern dürfen.

Daß ein Schreibsachverständigen-Gutachten allein zur Beurteilung eines Angeklagten nicht ausreicht kann, hat die fünfte Strafkammer wieder einmal anerkannt und ausgesprochen. Das Schöffengericht hatte den Redner Ernst Bruno Käß e l wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe eventuell zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Ehefrau des Angeklagten war in dem Restaurant Neue Fischerhütte in Schlachensee als Kassiererin angestellt, war von dem Küchenchef mehrmals getadelt und schließlich entlassen worden. Sofort nachdem die Frau Kenntnis von der Entlassung erhalten hatte, erhielt die Küchenchef eine Postkarte, die von Verleumdungen sprach, aber mit einem Namen nicht unterzeichnet war. Etwas später erhielt der Besitzer des Restaurants einen Brief des Angeklagten, in welchem ihm dieser Vorstellungen über die Kündigung machte. Man glaubte nun herauszufinden, daß die Schriftzüge in dem Briefe viele Ähnlichkeiten und Uebereinstimmungen mit den Schriftzügen auf der Postkarte aufwiesen. Da der Schreibsachverständige Schulz a. D. Grabow mit Bestimmtheit begutachtet hatte, daß beide Schriftzüge von einer Hand, also vom Angeklagten herrührten, so kam das Schöffengericht zu dessen Verurteilung. Der Angeklagte, der von Anfang an seine Unschuld beteuert hatte, legte Verneiner ein. Vor der 5. Strafkammer wies Rechtsanwalt Leopold Meyer e r I darauf hin, daß die Gerichtspraxis schon zur Genüge ergeben habe, wie trügerisch solche Ähnlichkeit der Handschrift sei. Zahllose Fälle, die sich hier und außerhalb abgepielt haben, hätten die Gerichte dahin geführt, die begutachtete Schriftgleichheit mangels anderer Beweise in keinem Falle mehr für ausreichend zu erachten. In der Familie des Angeklagten seien beispielsweise schon die Schriftzeichen zweier verschiedener Personen überraschend ähnlich und solche Uebereinstimmungen seien überhaupt nicht selten. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, indem er darauf hinwies, daß nach der Behauptung der Ehefrau diese ihrem Manne von ihrer Entlassung erst Mitteilung gemacht habe, als die beleidigende Postkarte schon in der Hand des Empfängers gewesen sein muß. Der Gerichtshof kam zur Freisprechung des Angeklagten, indem auch er ein bloßes Schreibsachverständigen-Gutachten zur Ueberführung eines Angeklagten nicht für ausreichend erachtete.

Ein Nachspiel zu dem Giftmordprozeß des Barbiers Hugo Walther, der mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode endete, begann gestern, Donnerstag, vor dem Schwurgericht in Duisburg. In jenem Prozeß spielte ein Mädchen Namens Dina Klein aus Emmerich am Rhein als Zeugin eine Rolle. Bei ihren Eltern wohnte das Mädchen beschuldigte Walther längere Zeit. Es wurde nun behauptet, daß er seine Frau ermordet habe, um die Klein heiraten zu können. Wenn hiergegen eingewandt wurde, daß er zu diesem Ziel auch durch die Scheidung von seiner Frau hätte gelangen können, so wies man darauf hin, daß Walther als geschiedener Ehemann bei dem katholischen Mädchen doch wahrscheinlich auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Das Verhältnis zwischen dem Angeklagten und der Dina Klein war also für den Prozeß von sehr wesentlicher Bedeutung, weil aus ihm ein Verwegener für den Mord hergeleitet wurde. Daher strebte man danach, es nach allen Seiten möglichst aufzuklären. Hierbei fragte es sich nun auch, ob Walther mit dem Mädchen intimen Umgang gehabt habe. Er bestritt es zunächst, als ihm jedoch im Laufe der Vernehmungen Kriminalkommissar Rasse einmal sagte, er habe die Dina ja geschwängert, da gab er den intimen Verkehr zu und sagte auch, daß er daran gedacht habe, sie nach dem Tode seiner Frau zu heiraten. In der Hauptverhandlung vernahm Dina Klein unter dem Zeugeneide jeden geschlechtlichen Verkehr mit Walther und dieser wiederholte auch sein Geständnis mit der Behauptung, daß er es unter der Einwirkung des Kriminalkommissars abgelegt habe. Wegen Dina Klein wurde nun wegen ihrer Anklage ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet, und die Ermittlungen führten auch zur Erhebung der Anklage. Gestern begann vor dem Schwurgericht bei dem Landgericht zu Duisburg die Hauptverhandlung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deinold, 6. Oktober. (W. T. V.) Die für morgen vormittag anberaumte Sitzung des Landtags ist auf 3 1/2 Uhr nachmittags verschoben worden.

### Eisenbahn-Unfall.

Raumburg a. S., 6. Oktober. (W. T. V.) Zwischen Raumburg und Almerich ist dem „Raumburger Kreisblatt“ zufolge heute nachmittags ein Güterzug an einer in der Verbesserung begriffenen Gleisstelle entgleist. Eine der beiden Lokomotiven des Zuges ist beschädigt, drei Güterwagen wurden vollständig zertrümmert, ein vierter beschädigt. Ein Wehrer wurde leicht an den Beinen verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

### Eine Kulturart.

Leipzig, 6. Oktober. (W. T. V.) Der Landtag nahm einen von Stapski eingebrachten Dringlichkeitsantrag an, welcher sich gegen die Auslieferung in Belgien festgenommener russischer Deserteure an Rußland ausspricht.

### Australien und die Vorschläge Balfours.

Melbourne, 6. Oktober. (Wiedergabe des Reuterschen Bureau.) Die öffentliche Meinung in Australien stimmt im allgemeinen dem Vorschläge zu einer Konferenz mit den Kolonien zu, den Premierminister Balfour gestern in seiner in Edinburgh gehaltenen Rede gemacht hat, insofern es sich um eine pananglikanische Konferenz handeln würde, die sich im allgemeinen mit Angelegenheiten befassen soll, die das Reich betreffen. Man hält es hier jedoch für zwecklos, die Vorschläge zu besprechen, welche naturgemäß von dem Einflüsse der wechselnden britischen Parteipolitik abhängig sein müssen. In jedem Falle bezweifelt man, daß die Konferenz irgend ein praktisches Ergebnis haben könne, solange nicht die Stellungnahme des britischen Volkes durch die allgemeinen Wahlen festgelegt worden sei.

Paris, 6. Oktober. (W. T. V.) Jaurès hat dem Minister des Auswärtigen, Delcassé, schriftlich mitgeteilt, daß er beim Wiederzusammentritt der Deputiertenkammer eine Interpellation einbringen werde über die Politik Frankreichs bezüglich Marokkos und über die Bestrebungen, die dahin zielen, die Politik des friedlichen Vordringens in eine militärische Situation umzuwandeln.

Der Streit um die Einigkeit.

Paris, 3. Oktober. (Fig. Ber.)

Die Einigkeit des französischen Sozialismus, die der Amsterdamer Kongress als unumgängliches Strebenziel aufgestellt hat, stößt auf mannigfache schwere Hindernisse.

Das Haupthindernis bleibt nach wie vor die Bloc-Politik, an der Jaurès unbeteiligt festhält. Schon in seinem Artikel: „Die Bedingungen der Einigkeit“ („Humanité“ vom 21. September) schrieb er über die Zusammenarbeit seiner Partei mit den bürgerlichen Linksparteien, daß kein fellerischerer Vornahme sein kann...

Die Logik dieses Satzes ist ja ebenso unanfechtbar wie die Logik, die sich die bekannten sozialistischen Handlungen und Unterlassungen der jaurèsistischen Fraktion aus der Bloc-Politik ergeben haben.

Unter dem Titel: „Carmaug gegen Amsterdam“ schreibt Dubreuilh:

„Aus dem Himmel auf die Erde herabgezogen, bedeutet also die Resolution von Carmaug so viel: Der internationale Kongress hat uns eingeladen, den sozialistischen Bloc gegenüber und gegen alle bürgerlichen Blocs zu konstituieren.“

„So richtet sich Carmaug gegen Amsterdam auf, oder vielmehr ist es Jaurès allein, der gegen die Beschlüsse der Internationale und gegen sein eigenes Votum Einspruch erhebt.“

Dubreuilh's letzte Andeutung bezieht sich auf den linken Flügel der jaurèsistischen Partei, der allerdings das Haupthindernis auf dem Wege zur Einigkeit wegräumen könnte, wenn es ihm gelänge, die Mehrheit der P. S. F. für das Aufgeben der Bloc-Politik zu gewinnen.

Die Bloc-Frage hat aber auch bereits einen weiteren Gegensatz erzeugt in der beiderseitigen Stellungnahme zur Einigkeit. Der Gegensatz betrifft zunächst die organisatorische Form der Einigkeit.

Jaurès hat — aus Rücksicht auf die Fortführung der Bloc-Politik — unter seine „Bedingungen der Einigkeit“ die „etappenweise“ Verwirklichung derselben aufgenommen. Die erste Etappe wäre die Schaffung eines „Verständigungskomitees“, in welchem alle im übrigen autonom bleibenden Partei-Organisationen vertreten wären.

Ebenso begreiflich ist umgekehrt der Widerwille der P. S. de F. gegen den Etappenvorschlag von Jaurès. Der Zentralrat der P. S. de F. hat sich ja zuerst, schon am 30. August, einstimmig bereit erklärt, dem Einigkeitsbeschluss von Amsterdam sofort Folge zu geben, und zwar getreu im Sinne dieses Beschlusses, im Sinne der Schaffung einer einzigen sozialistischen Partei „auf Grundlage der von den internationalen Kongressen festgestellten Prinzipien“.

Nach einem Hinweis auf den Gegensatz zwischen der jaurèsischen Agitation für die sofortige vollständige Einigkeit in den Jahren 1898—1900 und seiner gegenwärtigen Zurückhaltung gegenüber der Einigkeit — fährt Dubreuilh also fort:

„Sehen Sie, die 1000 notwendige, unvermeidliche Einigkeit ist heute nicht mehr durchführbar, nicht mehr möglich. Jaurès begnügt sich und ladet uns ein, uns zu begnügen mit einer harmlosen Verständigung, in welcher die autonom gebliebenen Organisationen bloß zu Luxuszielen Nachbarschaft halten werden.“

„Denken wir doch ein wenig nach. Wie kann Jaurès annehmen, daß eine gemeinsame Propaganda betrieben werden könnte — das schlägt er ja vor — und sei es zu Ehren des hohen Ideals allein, einerseits von Männern, die in getreuer Beachtung der Beschlüsse der internationalen Kongresse das Proletariat auffordern würden, auf die bürgerliche Klasse und den bürgerlichen Staat einen stetigen Druck von außen auszuüben, und andererseits von Männern, die behaupten würden, daß Reformen nicht anders zu erreichen sind als auf dem Wege einer ständigen Zusammenarbeit mit der feindlichen Klasse und einer möglichst intimen Beteiligung an der Zentralregierung?“

Dubreuilh schließt unter Berufung auf den Wortlaut des Amsterdamer Einigkeitsbeschlusses: „Wir verlangen also die Einigkeit, nicht die Verständigung...“

Von den weiteren Schwierigkeiten kommt namentlich in Betracht die im „Socialiste“ bereits betonte Regelung des Verhältnisses der Privatzeitungen von Jaurès und Gérauld-Richard zur geeinigten Partei.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

- Altenburg (S.-A.), Wallstr. 9 I.
Altona, Große Bergstr. 204 I.
Berlin SO., Engel-Allee 15.
Bonn, Biemelhäuserstr. 38—42.
Bremen, Oberthorstr. 26 I.
Breslau, Messergasse 18/19 I.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Mühlengasse 80 I.
Darmstadt, Eitelbachstr. 31.
Darmstadt, 1. Kampstr. 78 I.
Duisburg, Sönnenwall 41.
Düsseldorf, Vergenstr. 8.
Essen, Kirchstr. 18.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
Gotha, Erntestraße (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Geisstr. 21.
Hamburg, Gärtnermarkt 35 II.
Hannau, Mühlstr. 2.
Hannover, Artilleriestr. 18.
Hamburg a. Ebe, Erste Bergstr. 72.
Hersfeld, Leichenstr. 15.
Jena, Saalbachstr. 3.
Kattowig, Nathausstr. 6.
Kiel, Gassstr. 24 parterre.
Köln a. Rh., Perlengraben 20 I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Leipzig, Härtelstr. 12, part.
Lübeck, Johannistr. 46, part.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hessl.), Offenbacherstr. 7.
München, Vauderstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Poststr. 1.
Nürnberg, Eybdielplatz 22.
Pforzheim, Waisenhausplatz 3.
Posen, Preitenstr. 21.
Reimscheid, Köhlerstr. 18.
St. Johann bei Saarbrücken, St. Johannesstr. 31.
Stettin, Birken-Allee 84.
Striegau, Hagenswähe.
Stuttgart, Göttingerstr. 17/19.
Waldeckburg-Altwasser.
Wolfsgr., Raarbrüderstr. 17, I.
Würzburg, Brücknerstr. 6, I.

Berlin, den 5. Oktober 1904. Der Parteivorstand. Kreuzbergstr. 30.

Zum Amsterdamer Kongress.

Wir werden im Veröffentlichen des Folgenden ersucht: Die Organisation der Sozialisten deutscher Junge in Paris, die sich „Club de lecture des socialistes allemands“ betitelt, hatte zum internationalen Sozialisten-Kongress nach Amsterdam einen Delegierten entsendet und nahm im Gefolge, wie unsere Parteigenossen in der Heimat, zu den Verhandlungen des Kongresses in mehreren öffentlichen Versammlungen Stellung.

In der am 24. September getagten, in welcher der interessanteste Punkt der Tagesordnung des Kongresses, nämlich die Frage der Taktik verhandelt wurde, gelangte folgende Resolution, die ich Ihnen, verehrliche Redaktion, im Auftrage der Versammlung einsehende und Sie bitte, dieselbe zu veröffentlichen, zu fast einstimmiger Annahme.

Resolution.

In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung die zu einer einheitlich geschlossenen Partei organisierte Arbeiterklasse ist;

in Erwägung, daß der Kampf der sozialistischen Parteien gegen den Kapitalismus bestimmt wird durch die Entwicklungsstadien der kapitalistischen Staaten, die Art des Vorgehens einer sozialistischen Partei also nicht immer die gleiche und gleichzeitig dieselbe sein muß wie die politische Augenblicksstellungnahme der sozialistischen Parteien aller Länder;

in Erwägung, daß gemäß der gleichen Tendenz aller kapitalistischen Staaten die Taktik der sozialistischen Parteien aller Länder begründet sein muß auf die Stärkung und Bedienung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher und ideeller Beziehung, setzen muß auf dem Klassenkampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, daß also alle Mittel zu verwerfen sind, welche der sozialistischen Bewegung den Charakter des Klassenkampfes nehmen oder verwischen, aber geeignet sind, den Kapitalismus in seiner Herrschaft zu befestigen, erklärt sich die Versammlung einverstanden mit der vom internationalen Sozialistenkongress zu Amsterdam angenommenen Resolution zur Taktik der sozialistischen Parteien.

Auch hier in diesem kleinen Kreise sah man zwei Strömungen in dieser Frage vorherrschen: Ein Teil — es waren dieses diejenigen Genossen, die schon jahrelang in Paris verweilen und somit die französischen Verhältnisse aus der Praxis kennen — vertrat die Ansicht, daß Genosse Jaurès den eigentlichen französischen Verhältnissen entsprechend durchaus richtig gehandelt habe, während ein anderer Teil — er rekrutierte sich aus den in den letzten zwei Jahren aus Ländern deutscher Zunge gekommenen Genossen — das Verhalten des Genossen Jaurès und seiner Anhänger verurteilte.

Anstellung eines Parteisekretärs. Die Parteigenossen in Augsburg sind die ersten, die von dem Beschlusse des Parteitages betreffend Anstellung eines Parteisekretärs Gebrauch machen. Sie beschließen in ihrer Parteiversammlung, beim Parteivorstande die Anstellung eines Parteisekretärs zu beantragen.

Ueber die Taktik der finnischen Sozialdemokratie wurde am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung von Finnen beraten, die im Volkshause zu Stockholm tagte. Die Versammlung war veranstaltet von einem Komitee, das vor einigen Wochen in einer Konferenz in Stockholm teilnehmender finnischer Sozialdemokraten gewählt worden war. Man hatte zur Versammlung auch die Angehörigen der bürgerlichen Parteien eingeladen, sie waren jedoch größtenteils nicht erschienen. Die Verhandlungen wurden geleitet von Taabetti Väinölä, einem als Redner bei den Arbeiterdemonstrationen in Helsinki wohlbekannten Parteigenossen. Das Referat hielt der Student Kaarle Rytö über das Thema: „Was wir Proletarier über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, über die Gesetze und die Wahlrechtsfrage sagen.“ Er propagierte die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Hinsichtlich der Landtagswahlen hielt er es für das Beste, wenn sich die Arbeiterklasse nicht daran beteiligte. In der Diskussion wurden scharfe Angriffe gegen die sogenannten „Alten“ und „Kittmännchen“ gerichtet. Es wurde die Meinung laut, daß unter den Männern des „passiven Widerstandes“ gegen die russische Unterdrückung solche wären, die ebenso wie Vobriloff geneigt seien, die Rede, Versammlungen und Koalitionsfreiheit zu erschöpfen. Von der Gegenpartei sprach nur der Student und Volkshochschul-lehrer Viandek. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist einstimmig der Meinung, daß der gegenwärtige sogenannte „passive Widerstand“ der Partei keinerlei Vorteile bringt, da gerade die Jungen, die enthusiastisch für die Sache arbeiten, gezwungen werden, aus dem Lande zu reisen, sondern daß eine geistig erweckende Arbeit auf Grundlage der Prinzipien der sozialdemokratischen Partei ausgeführt und die tiefe Schicht des Volkes zum Klassenkampf aufgerufen werden muß, um für sich selbst als Menschen Menschenrechte zu fordern.“

Soziales.

Der Kampf der Gefinde-Ordnung.

Ein Opfer der Gefinde-Ordnung, dieses reaktionären Gesetzesinstrumentes, dessen Fortexistenz die Regierung und alle bürgerlichen Parteien in gleicher Weise beschämt, stand am Mittwoch in Gestalt einer armen Tagelöhnerin vor der Strafkammer zu Breslau. Dieselbe war auf dem Dominium Rimtau beim Dresdener beschaftigt und erhielt als Tagelohn 60 Pfennige. Um diesen Hungerlohn etwas zu erhöhen, ließ sie zu ihren acht bis neun Kolleginnen und herbedete alle, am Montag der neuen Woche nicht mehr dresdener zu gehen, falls nicht ein Tagelohn von 70 Pfennigen bewilligt würde. Das geschah auch und die Inspektion forschte nun nach der rucklosen Aufheherin zu dieser Arbeitsverweigerung. Sie ermittelte diese Frau Kamenska h n e r t und trieb sie zunächst vom Hofe. Dann aber wurde ihre staatsgefährliche Tat zur Anzeige gebracht und die „Hegerin“ vor den Richter geschleppt. Die arme Landfrau mit begrenztem Gesichtskreis hatte natürlich keine Ahnung davon, daß sie sich gegen die Gefinde verging, das Breslauer Gericht aber urteilte sie wegen Vergehens gegen die Gefinde-Ordnung zu zehn Tagen Gefängnis. Zehn Tage Gefängnis muß die arme unbescholtenen Proletarierin, die in den gedrücktesten Verhältnissen lebt, absitzen, inzwischen bleiben drei Kinder, darunter ein krankes, sich selbst überlassen. Hätten die ausgebeugten Frauen am nächsten Tage nicht bereits die Arbeit wieder aufgenommen, dann wäre die Strafe härter ausgefallen, meinte der Richter.

Und das von Rechts wegen, deutsche Arbeiter!

Eine Episode aus dem Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie.

Einige Tage vor der Reichstags-Wahl im Kreise Frankfurt-Lebus hatte Genosse Hoch als Vertrauensmann des dritten Wahlkreises durch eine im „Vorwärts“ veröffentlichte Einladung die Genossen, welche bei der Hauptwahl in Frankfurt-Lebus tätig waren, und auch bei der Stichwahl helfen wollten, erlucht, sich zu einer Versprechung in den Arminshallen einzufinden. Diese Zusammenkunft fand am 18. Mai statt. Es war nichts weiter beabsichtigt, als den erkrankten Genossen mitzuteilen, in welche Orte des Kreises sie sich zu begeben und welche Eisenbahnzüge sie dazu zu benutzen hätten. Raum hatte Hoch mit dem Auftruf einiger Namen begonnen, da betrat der Polizeileutnant v. Schnorrenfeld in Begleitung zweier Hauptleute den Saal und verlangte von Hoch die Vorlegung der Anmeldebekundigung. Hoch hatte eine solche Bekundigung nicht, denn die Zusammenkunft war nicht angemeldet und brauchte auch nicht angemeldet werden, denn es war nicht beabsichtigt, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Die Polizei scheint es aber für selbstverständlich gehalten zu haben, daß hier öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, und obwohl nicht der geringste Beweis für diese Annahme vorlag, löste der Polizeileutnant die Versammlung auf. Hoch, Pohl und Dimmig wurden als Leiter der Versammlung angesehen, weil sie beim Eintritt

der Polizeibeamten an einem auf einem Podium stehenden Tische saßen. Das Schöffengericht hat die genannten Genossen als Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung und die Schankwirte Richard und Paul Rieck, weil sie das Lokal dazu hergaben, zu Geldstrafen von je 15 M. verurteilt. In einer Beurteilung konnte das Gericht natürlich nur kommen, wenn festgestellt war, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten.

Die Beurteilten legten Berufung ein und insoweit hatte sich die Berufungskammer am Donnerstag mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Als Zeugen waren neben dem Polizeileutnant nicht weniger als zehn Schulleute aufgetreten, die während und nach der Versammlungsauflösung das Lokal besetzt hielten. Rechtsanwalt Heine als Verteidiger der Angeklagten hielt eine Wiederholung der Beweisaufnahme nicht für erforderlich, da der Tatbestand nicht bestritten, sondern nur der rechtliche Standpunkt des Schöffengerichts angefochten wurde. Das Gericht trat aber doch in eine erneute Beweiserhebung ein, denn, sagte der Vorsitzende, es könne sich ja ergeben, daß den Angeklagten mehr zur Last falle als in der ersten Instanz festgestellt wurde.

Die Zeugenaussagen ergaben zwar, daß eine Zusammenkunft, die im Sinne des Gesetzes eine Versammlung ist, stattgefunden hat. Auch daß jemand einige Worte sprach, ist gehört worden. Was aber gesprochen wurde, und insbesondere ob über öffentliche Angelegenheiten geredet wurde, das konnte nicht festgestellt werden.

In seiner Verteidigungsrede führte Rechtsanwalt Heine zunächst aus, daß Pohl und Dimmid keine Tätigkeit entfaltet hätten, die sie als Leiter einer Versammlung kennzeichnen. Es werde zugegeben, daß es sich hier um eine Versammlung im Sinne des Gesetzes handele, aber nicht um eine solche, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Wenn auch die Baharheit, zu der die Versammlungsteilnehmer beordert werden sollten, den Zweck hatte, die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten durchzuführen, so sei doch der den Versammlungsbesuchern erteilte Auftrag, an diesen Arbeiten mitzuwirken, ebensowenig eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, als wenn man zu einem Schuhmacher sage: Machen Sie mir heute noch die Stiefeln, denn ich brauche sie, um morgen zur Wahl zu gehen. Selbst wenn den Teilnehmern an der Versammlung gesagt worden wäre, was sie bei der Wahl zu thun hätten, so würde auch das noch nicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sein. Der Verteidiger bezog sich auf mehrere Urteile des Kammergerichts, welche scharf zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten unterscheiden und als Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nur solche anerkennen, die von öffentlichen Gesichtspunkten ausgehen.

Das Gericht hob das Urteil auf, soweit es sich auf die Angeklagten Pohl und Dimmid bezieht, da diese beiden nicht als Leiter der Versammlung angesehen werden können. Hinsichtlich der Angeklagten Pohl und Rieck wurde die Berufung verworfen. Das Gericht schließt aus der Einladung im „Vorwärts“, daß eine öffentliche Versprechung der Wahllokalitäten stattfinden sollte. Wenn es dazu nicht kam, so sei das dem Eingreifen der Polizei zuzuschreiben.

## Aus Industrie und Handel.

**Gegen den Spiritusdring,** der bekanntlich kürzlich seine Preise für Konsumsprit wiederum um 5 M. pro Hektoliter erhöht hat, planen die Branntwein-Industriellen in Nordhausen die Gründung eines allgemeinen deutschen Verbandes der Branntwein-Interessenten, der gegen die Profitpolitik des Spiritusdringes energisch vorgehen soll. Den Anstoß zu diesem Zusammenschluß hat nach der „Nordd. Zig.“ das Verhalten des Spiritusdringes im laufenden Jahre gegeben. Im Februar d. J. hat die Zentrale nach einer bereits im Dezember erfolgten, 6 M. betragenden Erhöhung der Spirituspreise um weitere 8 M. pro Hektoliter gesteigert, ohne daß irgend welche Preisveränderung für Roh-Spiritus dazu Anlaß gab! Als nun kürzlich im Monat September die landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien im Spiritusdring einen um 5 M. pro Hektoliter höheren Abschlagspreis für Roh-Spiritus durchsetzten, erhöhte die Zentrale die Forderung für Konsumsprit nicht etwa um die Differenz von 3 und 5 M., sondern wieder um 5 M. pro Hektoliter, so daß augenblicklich der Preisstand für versuete Ware mit 140 M. pro Hektoliter eine bis jetzt im Spiritusgeschäft noch nie da-gewesene Höhe erreicht hat. Der Windertrag der dies-jährigen Kartoffelernte, welcher, nach neueren Berichten aus den verschiedensten Gegenden, nicht so groß sein soll, wie anfangs befürchtet wurde, rechtfertigt derartige Spirituspreise nicht; wesentlich schlechtere Jahreserträge brachten bedeutend niedrigere Spiritusnotierungen. Auch gab die Zentrale bis heute noch keinerlei Terminpreise heraus, so daß der Branntweinhandel, der sich stets im Herbst nach der Ernte, für Monate hinaus zu versorgen pflegt, schwer beeinträchtigt wird.

**Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften** haben sich in den letzten Jahren gewaltig entwickelt. Besonders hat das Jahr 1903 einen bedeutenden Aufschwung gebracht. Ende 1903 hatten die 48 größeren deutschen Gesellschaften insgesamt über 9070 Millionen Mark Kapital und 18 Millionen Mark jährliche Rente versichert. Der Zugang an neuen Versicherungen im Jahre 1903 betrug 865 Mill. Mark Kapital und fast 3 Mill. M. jährliche Rente. Zur Erfüllung ihrer zukünftigen Verpflichtungen stehen diesen Gesellschaften 3027 Millionen Mark zur Verfügung, d. i. mehr als ein Drittel des versicherten Kapitals. Die gesamten Aktiven betragen 3347 Mill. M., wovon 2600 Mill. M. in mündelsicheren Hypotheken, 70 Mill. M. in Grundbesitz und wegen des geringeren Ertragsniveaus der Staatspapiere nur 200 Mill. M. in Wertpapieren angelegt sind.

Die Gesamteinnahme der 48 Gesellschaften betrug im Jahre 1903 mit Einschluß der Ueberträge 3340 Mill. M., wovon 400 Mill. Mark auf Prämien und 120 Mill. M. auf Zinsen entfallen. Die Versicherungskapitalien, die an die Versicherten im Jahre 1903 ausbezahlt waren, beliefen sich auf 185 Mill. M. Außerdem erhielten die Versicherten noch 45 Mill. M. als Dividende.

**Hamburger Schiffsverkehrs.** Nach der Dreivierteljahrs-Statistik über die Hamburgische Seeschifffahrt, die mit dem Ablauf des September alljährlich vom Handelsstatistischen Bureau in Hamburg ausgegeben wird, hat der Schiffsverkehrsbericht des Hamburger Hafens im laufenden Jahr beträchtlich zugenommen. Der Tonnen-gedalt der einkommenden Schiffe betrug 7 288 353 Tonnen netto und weist damit eine Steigerung von 482 497 Tonnen gegen das Vor-jahr auf; die ausgehende Schiffsflotte stellte sich auf 7 272 859 Tonnen und um 411 892 Tonnen höher als im entsprechenden Zeit-raum 1903. Die Anzahl der Schiffe hat gegen 1903 ebenfalls zugenommen; es kamen 11 360 (1903: 10 685) Schiffe ein, und 11 328 (1903: 10 656) Schiffe gingen aus. Diese Steigerung des Seeschiffsverkehrs ist beträchtlicher, als sie in jedem der fünf vorhergehenden Jahre gewesen ist.

**Kartellbestrebungen in der Zementindustrie.** In den ver-schiedenen deutschen Landesteilen bestehen lokale Kartellvereinigungen der Zementwerke, die aber, da sie sich nicht streng an ein bestimmtes Abgabegbiet halten, vielfach einander ins Gehege kommen. Um diese Konkurrenz abzuwehren und eine allgemeine Preislenkung her-zustellen, hatten sich in den letzten Tagen Vertreter der verschiedenen zusammengefunden. Die Verhandlungen sind jedoch gescheitert, da eine sammungsfunden. Die Verhandlungen sind jedoch gescheitert, da eine Einigung über die Abgrenzung der Abgabegiete nicht zu erzielen war. Man hat deshalb vorläufig eine Kommission gewählt, welche die vorhandenen Gegenstände ausleihen soll. Anfang nächster Woche sollen dann die Vertreter der sämtlichen Gruppen wieder in Berlin zusammenkommen, um über die definitive Bildung der Konvention zu beschließen. An den Beitritt der sächsischen Gruppe wird nicht gezweifelt.

**Großschiffahrtsweg Mannheim-Heilbronn.** Gestern fand in Heilbronn eine Konferenz von Vertretern der Neckarufer-Staaten Baden, Hessen und Württemberg statt, um über die von Württemberg vorgeschlagenen Vorarbeiten für den Großschiffahrtsweg Mannheim-

Heilbronn zu beraten. Es wurde beschlossen, eine ständige technische Kommission aus höheren technischen Beamten der drei Ufer-Staaten zu bilden. Der technische Entwurf für die württembergische Redak-tionsstelle soll von dem hydrographischen Bureau in Stuttgart, derjenige für die badische Strecke von der badischen Rhein-Bauinspektion in Mannheim ausgearbeitet werden.

## Gewerkschaftliches.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1903.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen der an der Statistik beteiligten 387 Kartelle beträgt nach dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission 5207, wovon 758 723 Mitglieder angehören. Für 346 Kartelle, welche 1902 und 1903 in der Statistik geführt sind, ist ein Vergleich gegenüber dem Vorjahre möglich und es er-gibt sich für diese ein Zuwachs von 295 Organisationen mit 133 351 Mitgliedern. Der Zuwachs an Organisationen entfällt hauptsächlich auf die mittleren Städte.

Lokale Vereine, welche den Kartellen angeschlossen sind, weist die Statistik für die einzelnen Jahre aus:

1901 in 28 Kartellen	58 Vereine	mit 10 572 Mitgl.
1902 in 36 „	84 „	12 589 „
1903 in 30 „	60 „	9 241 „

Von den im Jahre 1903 den Kartellen angeschlossen 60 Lokal-vereinen sind 56 solche, für deren Verus ein Zentralverband be-steht, und 4 Vereine sind solche, für deren Verus zur Zeit ein Zentralverband noch nicht existiert.

Auffällig ist, daß immer noch eine Anzahl von Zweigvereinen der an die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände den Kartellen fernsteht. Den Kartellen nicht angeschlossen waren 1901 in 189 Orten 328 Gewerkschaften, 1902 in 178 Orten 339 Gewerkschaften und 1903 in 177 Orten 312 Gewerkschaften. Von den 312 den Kartellen im Jahre 1903 nicht angeschlossen Ge-werkschaften sind 305 Zweigvereine von Zentralverbänden, und zwar entfallen hiervon 57 auf die Buchdrucker, 26 auf die Maurer, 21 auf die Zimmerer, 17 auf die Metallarbeiter, je 11 auf Bauarbeiter und Maler, je 10 auf Transportarbeiter und Maschinisten. Bei den übrigen Verbänden ist die Zahl der fernstehenden Zweigvereine nur gering.

Die Mitgliederzahl der in den Gewerkschaftskartellen vereinigten Organisationen betrug 1901 481 718, im Jahre 1902 614 722 und im Jahre 1903 758 723. Es ist also eine Mitglieder-zunahme von 144 001 gegenüber 1902 und eine solche von 277 005 Mitgliedern gegenüber dem Jahre 1901 zu verzeichnen. Nach der Gewerkschaftsstatistik beträgt die Zunahme an Mitgliedern im letzten Jahre in den Zentralverbänden 154 492. Die Zunahme in den Kartellen bleibt also um rund 10 000 Mitglieder hinter der in den Zentralverbänden zurück und es ist damit die erfreuliche Tatsache konstatiert, daß ein nicht geringer Teil des Mitgliederzuwachses auf die kleineren Orte, in welchen Kartelle nicht bestehen, entfällt. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände verteilt sich auf rund 2500 Orte, während Kartelle nur in 413 Orten bestehen. Der größte Mitgliederzuwachs ist aber in den Großstädten vorhanden. Es be-trägt die Zunahme in 19 Großstädten gegenüber 1902 insgesamt 79 582 Mitglieder.

Daß sich die Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache nur auf bestimmte Orte und Bezirke erstreckt, beweist folgende Zusammen-stellung:

Jahr der Orte überhaupt	Darvon Großstädte	Gesamtzahl der Mitglieder	Darvon in Großstädten	
1901	319	21 = 6,6 Proz.	481 718	246 208 = 51,0 Proz.
1902	365	23 = 6,3 „	614 722	388 805 = 55,0 „
1903	387	23 = 5,9 „	758 723	413 470 = 54,5 „

Die Agitation, die vornehmste Aufgabe der Gewerkschafts-kartelle, ist im verflochtenen Jahre nicht in dem Maßstabe betrieben worden, wie dies notwendig gewesen wäre. Es haben nach den vorliegenden diesbezüglichen Angaben 74 Kartelle im Laufe des Jahres nicht eine einzige Agitationsversammlung einberufen. Ins-gesamt wurden von den Kartellen 2206 berufliche und 785 allgemeine Versammlungen abgehalten. Zu wenig Beachtung wurde auch der Frauenagitation geschenkt. Die Kartelle könnten nach dieser Richtung wesentliche Dienste leisten, wenn sie sich die Einsetzung von weiblichen Agitationskommissionen mehr als bisher angelegen sein ließen. Solche Kommissionen haben 26 Kartelle eingerichtet. Weibliche Vertrauenspersonen, welche Beschwerden der Arbeiterinnen an die Fabrikinspektion vermitteln, sind nur in 15 Orten vorhanden.

Die Berichte über die von den Kartellorten geführten Streiks erweisen sich auch für 1903 unzulänglich. Eine Ergänzung der von den Zentralverbänden geführten Streikstatistik scheint die Streik-statistik der Gewerkschaftskartelle nicht zu werden.

Arbeitslosenzählungen wurden von 43 Kartellen insgesamt 49 vorgenommen. Für 1902 berichteten 74 Kartelle über insgesamt 91 Arbeitslosenzählungen.

Ein Auskunfts-bureau unterhalten 103 Kartelle. Nicht einbezogen sind hier die Arbeitersekretariate, die zum größten Teil auch von den Kartellen unterhalten werden.

Ein Gewerkschaftshaus ist angeblich in 24 Orten vorhanden. Einen Versammlungs-saal unterhalten 80 (1902 77), eine Zentralherberge 21 (1902 29) Kartelle und eine Herberge beim Gastwirt haben 177 (1902 160) Kartelle unter ihrer Kontrolle.

Gemeinsame Bibliotheken verzeichnet die Statistik im Jahre 1901 117, im Jahre 1902 165 und 1903 nur 155. Ein Lesezimmer haben 27 Kartelle eingerichtet gegen 24 im Jahre 1902 und 11 im Jahre 1901. An öffentlichen Leseschulen waren be-teiligt im Jahre 1903 8, 1902 19, 1901 9.

Auf dem Gebiete des Arbeiterstudiums könnte von den Kartellen weit mehr getan werden als tatsächlich geschieht. Es waren 1901 von 319 Kartellen in 104 = 32,6 Proz., 1902 von 365 Kartellen in 131 = 35,9 Proz. und 1903 von 387 Kartellen in 121 = 31,2 Proz. der Kartelle Vorschwerdekommissionen für Gewerbeinspektions-sachen eingerichtet.

Die Statistik enthält eine Zusammenstellung derjenigen Kartelle, welche ein eigenes Bureau, sowie derjenigen, welche ein Arbeiter-sekretariat unterhalten, mit Angaben über die Zahl der Angestellten und der Höhe der von diesen bezogenen Gehälter. Es haben danach 5 Kartelle (Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, München und Stuttgart) ein eigenes Bureau, 32 Kartelle unterhalten ein Arbeitersekretariat. Die Zahl der in den Bureaus der Kartelle und in den Sekretariaten angestellten Beamten beträgt 50. An die voll-befahrenden Angestellten werden Jahresgehälter von 900 M. bis 2500 M. gezahlt.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 358 Kar-telle Angaben gemacht. Die Gesamtjahreseinnahme dieser 358 Kar-telle beträgt 435 466 M. Davon entfallen auf feste Beiträge 161 428 M. und auf sonstige Einnahmen (Ueberschüsse von Festlich-keiten, Schriftenverkauf usw.) 268 275 M. Die für Streiks ge-sammelten und verausgabten Beträge sind besonders aufgeführt. Die Gesamteinnahme aus diesen Sammlungen beträgt 821 868 M., wovon für Streikunterstützung 717 525 M. verausgabt worden sind.

Während die Gesamteinnahmen ausschließlich der Streiksamm-lungen gegenüber 1902 ganz bedeutend gestiegen sind, sind die Ge-samtausgaben absolut nur wenig und relativ fast gar nicht gestiegen. Die Gesamtausgaben der 1902 berichtenden 368 Kartelle betragen 285 468 M. und die Ausgaben der 1903 berichtenden 356 Kartelle betragen insgesamt 255 218 M.

Die Streikunterstützung nahm im letzten Jahre die Kartelle finanziell in außerordentlichem Maße in Anspruch. Es verausgabten aus der Kartellkasse 91 Kartelle 15 058 M. für Streiks am Orte und 171 Kartelle 45 812 M. für auswärtige Streiks. Ueber die Streiksammungen sind von 272 Kartellen Angaben gemacht und beträgt das Ergebnis dieser Sammlungen 821 868 M., wovon 717 525 M. für Streiks und Aussperrungen verausgabt worden sind. Die Gesamtausgabe der Kartelle für Streikunterstützung beträgt also 778 438 M., während die Gesamtausgabe für alle anderen Zwecke

nur die Summe von 244 348 M. erreicht. Die Sammlungen es folgten besonders für die Schuhmacher in Birmensdorf und die Textil-arbeiter in Crimmitschau. Der Hauptanteil entfällt auf die letzten Aussperrung.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung in der Selbstmetall-Industrie.

##### Die Situation.

In der gestrigen, wieder sehr stark besuchten Streikerversammlung erstattete Cohen den Situationsbericht. Demnach beträgt die Zahl der Aussperrten mit dem Streikenden und den anlässlich der Aussperrung noch von organisationswegen aus den Betrieben herausgezogenen Arbeitern insgesamt 3967.

Diese Zahl beweist, daß die Fabrikanten auch nicht entfernt ihre eigenen Verluste respektiert haben. Es sind in der Berliner Selbst-metall-Industrie etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt. Wäre nun von den Fabrikanten die Aussperrung in dem Maße erfolgt, wie es ihren Verhältnissen entsprach, dann müßte sich die Zahl der Aussperrten auf mindestens 8000 beziffern. Nun versuchen die Fabrikanten zwar nach außen hin durch Preisnotizen den Anschein zu erwecken, als seien ihre Verhältnisse mit voller Gümmigkeit innegehalten, in Wirklichkeit aber sucht sich das Gros von ihnen, so gut es nur irgend gehen will, um die Verluste heranzudrücken. Dementsprechend ist der Stand der Bewegung für die Arbeiter denn auch ein durchaus günstiger. Fortgesetzt erbielten sich Fabrikanten zu Einzelverhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband. Da es den Arbeitern jedoch in erster Linie auf eine tarifmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für den Gesamtberuf an-kommt, so ist diesen Fabrikanten der Rat erteilt worden, die Arbeit-geberorganisation als solche zu einer Verständigung geneigt zu machen. Es ist auch bei der Verhandlung angefragt worden, ob die Arbeiter im Falle einer Verhandlung von ihren Forderungen etwas ablassen würden. Darauf habe Cohen erklärt: Wenn die Fabrikanten den Beweis erbringen könnten, daß durch die Bewilligung der Arbeiter-forderungen die Konkurrenzfähigkeit der Industrie erschüttert würde, dann würden die Arbeiter in einem oder dem anderen Punkte mit sich reden lassen. Sonst aber müßten die gestellten Forderungen die Grundlage zur Verständigung bilden. Hierzu bemerkte der Redner noch, daß es nach Aussage der Scharfmacher den Fabrikanten auf die Höhe und die Art der Forderungen eigentlich gar nicht an-komme, sondern daß die Aussperrung vorgenommen wurde, weil die Arbeiter überhaupt Forderungen gestellt haben. Es ist also nicht die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, sondern lediglich der Herrenstandpunkt und Scharfmachergeist der Kühnemänner, von dem aus die Arbeiterforderungen als unberechtigt bezeichnet werden. Die stetigen Differenzen bei der Affordalkulation neuer Arbeiten haben die Gürtler und Drücker usw. eben bezogen, die Forderung auf Sicherung eines Mindest-verdienstes zu stellen, und es ist nicht Schuld der Arbeiter, wenn die Fabrikanten die Verechtigung einer derartigen Forderung nicht einsehen wollen. Der Redner betonte, die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß dieser Lohnbewegung steigen von Tag zu Tag. Der Fabrikanten brennt das Feuer auf den Nägeln. Sie müßten jetzt erkennen lernen, daß der vorjährige Streik nur ab-gegraben wurde, um in diesem Jahre fortgesetzt zu werden. Arbeits-willige stehen ihnen so gut wie gar nicht zur Verfügung, und es liegt nur an ihnen, wenn ihre Industrie jetzt wieder enorm ge-schädigt wird. Früher haben die Herren immer gesagt, die Arbeiter müßten nur getrost streiken, sie, die Arbeitgeber, hielten es immer einen Tag länger aus als die Arbeiter. Diesmal aber würden es unter allen Umständen die Arbeiter einen Tag länger aushalten als die Arbeitgeber. (Lebhafte Beifall.)

##### Die Kühnemänner ohne Kleingeld.

Große Heiterkeit erregte es, als Cohen die am Mittwoch erfolgte Auszahlung der Aussperrten-Unterstützung seitens der Unternehmer erwähnte. Durch große Kellameplakate an den Dischafsäulen hatten die Fabrikanten die „treuen“ Metallarbeiter zur Auszahlung der Unterstützungs-gelder aufgefordert. Als diese daraufhin im Bureau der Dresdenerstraße erschienen, wurden ihnen aber unendliche Scherereien bereitet und dann stellte es sich obendrein heraus, daß dem Herrn Generalsekretär Kasse das „Kleingeld“ ausgegangen war. Man nimmt an, daß an die Arbeiter kaum soviel gezahlt werden konnte, wie die Kellameplakate gelöst haben. Mit den Plakaten sollte eben nach außen hin renommieren werden. Die ganze Aktion ist jedoch zu einer Blamage für die Kühnemänner geworden. Die „getreuen“ Metallarbeiter werden von dieser Art „Unterstützung“ wohl für immer „die Kasse voll“ haben.

##### Die Polizei im Dienste der Kühnemänner.

Eine scharfe Kritik wurde sodann von Wiesthal und anderen an dem Verhalten der Polizei gegen die Streikposten geübt. Den Streikposten wird wieder der Aufenthalt in ganzen Straßenzügen verboten. Sicherungen über Sicherungen erfolgen; dazu müssen sich die Streikposten von den Beamten obendrein noch unteroffiziers-mäßige Grobheiten gefallen lassen. Die Gerichte dürften später wieder eine Anzahl von Streikposten-Prozessen zu erledigen haben.

##### Achtung, Holzarbeiter!

Zu dem durch nichts gerechtfertigten Beschluß der Holzindustriellen, die Berliner Tischler auszusperrn, hat die Ortsverwaltung Stellung genommen und beschlossen, den Kollegen zurzeit zu empfehlen, überall dort, wo Aussperrungen stattfinden, ruhig weiter zu arbeiten, selbst wenn die Entlassungen der Kollegen in provokatorischer Weise seitens des Betriebsinhabers vorgenommen werden.

Auf keinen Fall darf ohne vorherige Zustimmung der Ortsverwaltung die Arbeit eingestellt werden. Sobald aus dem weiteren Verlaufe der Aussperrung sich die Notwendigkeit herabstellt, daß andere Maßnahmen getroffen werden müssen, wird die Ortsverwaltung den Vertrauensmännern der Lage entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie mit Aufmerksamkeit alle Kundgebungen der Ortsverwaltung verfolgen und mit uns mit aller Entschlossenheit den uns ausgesetzten Kampf durchzuführen bereit sind.

##### Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

##### Aussperrung der Berliner Tischler.

Die Zahl der Aussperrten betrug bis gestern Abend 112 Mann aus 38 Betrieben. Unter diesen befinden sich die Firmen Franz Berndt, Hilsenbeck u. Kroll, Hante u. Kröber und der Vorsitzende der freien Vereinigung der Holzindustriellen Herr Platten mit einem Aussperrten bei 120 beschäftigten Arbeitern.

Im Klavierarbeiterstreik sind Veränderungen erheblicher Natur nicht eingetreten. Ein weiterer Betrieb mit fünf Arbeitern hat sich dem Streik angeschlossen, während drei Zwischenmeister mit 18 Beschäftigten die Forderungen bewilligt haben. Einige größere Be-triebe sind in Verhandlungen getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 1630.

Die Lohnbewegung der Schlächtergesellen stand zur Erörterung in einer Versammlung, die am Mittwoch im Ruffertsaal in der Kaiser Wilhelmstraße tagte. Die Versammlung, die von einem Meister einberufen war, der die Forderungen der Gesellen bewilligt hat, war wieder sehr zahlreich besucht. Eingeladen waren außer den Gele. r auch alle Meister, die der Innung nicht angehören. Ein Teil derselben hatte der Einladung Folge geleistet. Hiesel begründete wieder die Forderungen und betonte, daß die Gesellen sich nach Kräften bemühen, eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen. Wenn aber alle friedlichen Bemühungen ohne Erfolg bleiben, dann würden die Schlächtergesellen den Kampf für ihre

Forderungen nicht scheuen, sie könnten dabei auch auf die Unterstützung seitens des lauernden Publikums rechnen. In der regen Diskussion wurde durch zahlreiche Beispiele aus der Werkstatt dargelegt, dass die Arbeitsverhältnisse der Schlichtergeräten dringend der Verbesserung bedürfen. Unter anderem wurde auch darauf hingewiesen, dass die Entgelt-Schlichtergeräten seit dem vergangenen Sonntag die Sonntagsarbeit verweigern. Infolgedessen werden die Ladenschlichter erlucht, keine Arbeit nach dem Schlichtergeräten anzunehmen. — Schlichtermeister Schulz wandte sich mit einigen Worten an die anwesenden Meister. Er ersuchte sie, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen und nicht erst zu warten, bis etwa ein Vorkott ausgeteilt wird, der sich in den Arbeitergeräten schwer fühlbar machen werde für die Meister, welche nicht bewilligen.

Die Lohnbewegung der Goldschmittmacher hat bereits teilweise zu guten Erfolgen geführt. Von den 36 Firmen, die in Betracht kommen, hatten bis gestern 18 die Forderungen anerkannt. Mit mehreren anderen Firmen werden Verhandlungen gepflogen, die in den meisten Fällen wohl zu einer Einigung führen werden. Es handelt sich bei dieser Lohnbewegung vorläufig nur um die Karten-Goldschmitt- und Schrägshmittmacher. Da die Arbeitsmethode in den Werkstätten nicht überall dieselbe ist, außerdem eine sehr große Anzahl verschiedener Muster vorhanden ist, ist die Einführung des einheitlichen Affordtarifs mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft. Es wird fast überall im Afford gearbeitet. Bei Lohnarbeit wird für Schmittmacher 36 M. Minimallohn verlangt, für Schaber, Glätter, Einleger usw. im ersten Halbjahre 24 M., im zweiten 27 M. und von da ab 30 M. Die Arbeitszeit soll höchstens neun Stunden täglich betragen und für Ueberzeitarbeit in den ersten zwei Stunden 25 Proz., dann 33 1/2, Sonntags 50 Proz. Zuschlag, bei Affordarbeit in den ersten zwei Stunden 15 Pf. pro Stunde, dann 20 Pf. gezahlt werden.

Der Streik der Jolierer ist beendet. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern ist am Mittwoch eine Einigung erzielt und am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Nur bei der Firma Haal u. Co., die in Berlin nur eine Filiale und in Jelle das Hauptgeschäft hat, befinden sich noch 20 Arbeiter im Auslande, weil diese Firma die Forderungen nicht anerkannt hat. Mit den anderen Firmen der Branche ist ein Tarif auf zwei Jahre, bis 1. Oktober 1906, abgeschlossen. Dieser Tarif bringt nicht unerhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse der Jolierer. Die bisher 10stündige Arbeitszeit ist auf 9 Stunden herabgesetzt, der Stundenlohn ist für Jolierer von 50 auf 60 Pf., für Hilfsarbeiter von 35 auf 45 Pf. erhöht. Bei auswärtigen Arbeiten, die bisher mit einer Zulage von 1,50 M. pro Tag bezahlt wurden, gibt es jetzt 2,50 M. Zulage, und in den näheren Vororten wird eine Zulage von 75 Pf., in den entfernteren Vororten eine solche von 1,25 M. pro Tag gewährt. Diese Zulagen wurden bisher überhaupt nicht gezahlt. Affordarbeit soll möglichst vermieden werden, wenn aber in Afford gearbeitet wird, wird der Lohn garantiert. Durch die Festlegung der 9stündigen Arbeitszeit und die Gewährung höherer Zulagen für auswärtige Arbeiten wird ein Uebelstand beseitigt, der darin bestand, dass sich die auswärtig beschäftigten Jolierer durch regelmäßige Ueberstunden den Mehrerwerb zu verschaffen suchten, der durch den Aufenthalt in fremden Orten nötig ist.

Die Bauanschläger (Sektion des Metallarbeiter-Vereins) nahmen gestern Abend in einer stark besuchten Versammlung erneut Stellung zu ihrer bevorstehenden Lohnbewegung. Wie Lubatich in seinem Referat ausführte, hatten die Bauanschläger ursprünglich beabsichtigt, bereits am gestrigen Donnerstag den Arbeitgebern den neuen Tarif zu unterbreiten und falls derselbe bis Sonnabend nicht anerkannt sei, am kommenden Montag die Arbeit niederzulegen. Da sich die Schlosserinnung neuerdings aber wieder zu Verhandlungen bereit erklärte, — nach Aussage des Obermeisters haben sich die bisherigen Verhandlungen nur infolge eines Mißverständnisses verzögert — so empfahl Redner, erst das Resultat dieser Verhandlungen, die am 13. Oktober beendet sein müssen, abzuwarten und die endgültige Beschlußfassung bis dahin zu verschieben. Mit diesem Vorschlag erklärten sich sämtliche Diskussionsredner sowie die ganze Versammlung einverstanden.

Der Streik der Müllkutscher und Müllfahrer von der Firma C. Scheller dauert unverändert fort. Streikbrecher hatten sich auch am Donnerstag noch nicht gefunden und ist bis zurzeit auch noch nicht ein Wagen vom Hof gefahren. Da sich das Müll nun auf den Höfen der Kunden dieser Firma immer mehr anhäuft, bestärken die in Frage kommenden Hauswirte Herrn C. Scheller mit Anfragen so, daß letzterer allem Anscheine nach das Telefon abgestellt hat, um dadurch den ihm scheinbar recht peinlichen Auseinandersetzungen zu entgehen. Die Portiers und sonstigen Beauftragten der Wirte mühen infolgedessen den Weg per Elektrische u. nach Hildorf machen, um dort die notwendige Auskunft zu erhalten. Am Donnerstag früh ließ Herr Scheller die Streikenden, welche bis zum Ausstand 24 und 27 Mark Lohn pro Woche erhielten, fragen, ob sie für 27 und 30 Mark die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Dieses Angebot, welches die Firma bereits am Montag gemacht hatte, lehnten die Kutscher ganz entschieden ab und blieben auf ihren Forderungen von 33 und 36 Mark bestehen. Herr C. Scheller, welcher im Laufe der Jahre durch das Müllabfahren ein „gemachter Mann“ geworden ist, hegt nun die Absicht, allen seinen Sorgen durch Verkauf seines Geschäfts aus dem Wege zu gehen. Aber auch dabei dürfte er nicht auf seine Rechnung kommen, weil daselbe unter den gegebenen Verhältnissen nicht rentabel ist. — Eine gut besuchte Müllkutscher-Versammlung, welche am Mittwochabend tagte, beschäftigte sich mit dem Streik und erklärten die Versammelten, für strengste Solidarität mit den Streikenden zu sorgen. Kein Kutscher von den anderen Firmen wird sich dazu hergeben, auch nur einen der Firma C. Scheller gehörenden Kasten abzufahren. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Polizei hinsichtlich des Verbots betreffend des „Schalens“ mit zweierlei Maß messe. So sollen die Kutscher von der Wirtschaftsgenossenschaft das Müll ruhig weiter durchsuchen, ohne daß die betreffenden von der Polizei im geringsten bestraft werden. Des weiteren ist eine Kommission gewählt worden, welche die Aufgabe zuteil wurde, mit den Müllabfuhr-Unternehmern in Verbindung zu treten, um dieselben zu ersuchen, gemeinsam einen Tarifvertrag auszuarbeiten, welcher auf mehrere Jahre festgelegt werden soll.

### Deutsches Reich.

#### Konferenz der Parzellierer Deutschlands.

Am 3. und 4. Oktober fand in München eine Konferenz der im Deutschen Holzarbeiter-Verein organisierten Parzellierer über Tariffragen statt. Vertreten waren dabei 17 Städte durch 20 Delegierte; außerdem waren anwesend der Hauptvorsitzende R. Koch-Stuttgart sowie die Mitglieder der bisherigen Tariff-Kommission: Ebermann, Holzappel und Reith-München. Aus dem Bericht der Lohnkommission ist zu entnehmen, daß es den organisierten Parzellierern in verschiedenen Städten bereits gelungen ist, Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen. Das Bestreben der Organisation geht nun dahin, einen allgemeinen, abgestuften Lohnarif im ganzen Reich zur Einführung zu bringen, und um die Normen eines solchen Vertrages festzulegen, wurde die Konferenz einberufen.

Die Beratungen zeitigen in der Hauptsache folgende Beschlüsse:

In allen in Betracht kommenden Orten, wo noch keine Arbeitsnachweise des Holzarbeiter-Vereins bestehen, sind solche einzuführen. Diese Arbeitsnachweise haben sich mit den schon bestehenden gemeinsam dem Zentral-Arbeitsnachweis anzuschließen. Bei zukünftigen Lohnbewegungen in allen Städten ist die Festlegung eines Grundpreises zu erstreben. Die Arbeitszeit ist soweit herabzusetzen, bis sie täglich acht Stunden beträgt. Wird ein Parzellierer von seinem Arbeitgeber nach einer Stadt in Arbeit geschickt, in der ein höherer Tarif oder eine längere Arbeitszeit als in seinem bezw. des Arbeitgebers Wohnort besteht, so ist der Parzellierer verpflichtet, diesen höheren Tarif zu fordern resp. die längere Arbeitszeit einzuhalten. Ueberstunden- und Sonntags-

arbeit ist zu verweigern. Hilfskräfte dürfen nur dann eingestellt werden, wenn keine Bodenleger mehr vorhanden sind. Als Hilfsarbeiter dürfen nur gelernte Holzarbeiter eingestellt werden, die Mitglieder des Holzarbeiter-Vereins sind.

Die Tariff-Kommission, deren Sitz ebenso wie der des Zentral-Arbeitsnachweises in München verbleibt, wird beauftragt, in möglicher Weise mit der Vertretung der deutschen Parzellierfabrikanten in Verbindung zu treten zwecks Herbeiführung einheitlicher, ganz Deutschland umfassender Tarife. Sollte dieser Weg keine Aussicht bieten, zum Ziele zu führen, so hat die Kommission die nötigen Anordnungen im Benehmen mit dem Hauptvorstand und den in Betracht kommenden Jabitellen zu treffen, um die Durchführung einheitlicher Tarife durch Kampf im einzelnen zu erringen.

Endlich wurde noch eine Resolution angenommen, die gegen das Zwischenmeisterverbot als eine für die Arbeiter schädliche Einrichtung protestiert. Es wird jedem Kollegen zur Ehrenpflicht gemacht, unbedingt für Abschaffung der Zwischenmeister einzutreten und nur Meister oder Werkführer als maßgebend anzuerkennen, die von der Firma angestellt und entlohnt werden. Des weiteren wird gegen die Inflation protestiert, daß die Parzellierer in einzelnen Städten auf Verlangen der Arbeitgeber das Material (außer dem Holz) selbst kaufen müssen. Im Interesse der sämtlichen Parzellierer sind die Kollegen verpflichtet, dies strikte abzuwehren und die Lieferung des sämtlichen Materials vom Meister zu fordern.

### Ausland.

Großer Glasbläserstreik in Niederland. Am Montag haben die Glasbläser in den holländischen Städten Leerdam, Kapelle a. d. IJssel, Broinbrecht, Vlaarlingen, Schiedam und Delft einmütig die Arbeit niedergelegt, nachdem am Sonntag in Rotterdam eine von beinahe 1000 Personen besuchte Zusammenkunft in gemeinsamer Abstimmung den allgemeinen Streik in diesen Orten beschlossen hatte. Die Leitung hat der Niederländische Glasbläser-Verein. Der Streik richtet sich gegen eine vom Niederländischen Glasfabrikanten-Verein beschlossene Lohnherabsetzung, die ungefähr 20 bis 25 Proz. ausmachen würde. Die Vertreter des Glasbläser-Vereins verhandelten am Mittwoch voriger Woche mit den Fabrikanten zu verhandeln, wurden aber abgewiesen. Die Zahl der Streikenden ist ungefähr 750. Dazu kommen einige Hundert, die infolge des Streiks nicht weiterarbeiten können.

Die Klemperersperre in Stockholm, die vor ungefähr vier Wochen erfolgte, wird noch immer aufrechterhalten. Zurzeit finden Verhandlungen zwischen den streikenden Parteien statt, an der auch Vertreter des Zentralen Arbeitgeber-Vereins und der Landesorganisation der Gewerkschaften teilnehmen. Die Ausgesperrten haben während des Kampfes eine Genossenschaftsvereinsart unter der Firma „Aktiv“ gegründet, die jetzt 52 Arbeiter beschäftigt.

In Marseille können die Unternehmer noch immer sich nicht in die Sachlage finden. Während sie nun die Forderungen nach dem Vertrage von 1903 anerkennen, suchen sie die Organisationen, welche sie zu dieser Anerkennung zwangen, durch Zurückweisung der organisierten Arbeiter zu schädigen. In einer allgemeinen Versammlung der eingeschriebenen Seeleute wurde deshalb beschloffen, die Arbeiter an Bord der Dampfer der Caillol-Gesellschaft, welche sich weigerte, die einem Syndikat angehörenden Seearbeiter einzustellen, niederzulegen.

## Gerichts-Zeitung.

„Wesentliche Angelegenheiten“. Wegen Verletzung des preussischen Vereinsgesetzes ist in Prenzlau dieser Tage vor der Verurteilungskammer des Landgerichts gegen den Restaurateur Adolph Laß und die Zimmerer Wilhelm Wollenzien und Ferdinand Hadbart, sämtlich aus Straßburg i. L., verhandelt worden. In dem Lokale des genannten Restaurateurs hatte am 4. April d. J. eine Zusammenkunft organisierter Zimmerer stattgefunden. Es wurde darüber gesprochen, daß drei Zimmerer, die gemäß einem früheren Versammlungsbeschluß von dem Geschäftsführer eines Unternehmers die Entlassung eines Nichtorganisierten gefordert, selber ihre Entlassung erhalten hätten. Ein gerade anwesender, sonst aber in der Reichshauptstadt arbeitender Zimmerer erbot sich, den Unternehmer in der Angelegenheit zu interpellieren. Die Ortspolizeibehörde erhielt Kenntnis von der Veranstaltung der nicht angemeldeten „Versammlung“ und wartete mit drei Strafverfügungen von je 15 M. auf. Wider Erwarten bestätigte das örtliche Schöffengericht die polizeilichen Maßnahmen durch eine dreifache Verurteilung. Das Berufungsgericht erblühte aber weder in der Zusammenkunft, die keinen Vorsteher oder Leiter hatte, eine „Versammlung“, noch in den Vorkommnissen eines Arbeitsbetriebes „öffentliche Angelegenheiten“. Laß und Wollenzien wurden daher freigesprochen, die Verurteilung des nicht erschienenen Hadbart, dessen Verteidiger ohne schriftliche Vollmacht war, wurde aber verworfen.

Ein verurteilter Arzt. Großes Interesse in ärztlichen Kreisen erregte eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II gegen den praktischen Arzt Dr. Joseph Blümel in Strausberg verhandelt wurde. Der Angeklagte ist seit dem Jahre 1878 praktischer Arzt und lebt in Strausberg eine umfangreiche Praxis aus. Am Geburtstage des Kaisers wurde er aus dem Feste, dem er beiwohnte, weggerufen, um bei der Arbeiterfrau Wiczorek zu Egerndorf, die er schon vormittags einmal besucht hatte, die Entbindung vorzunehmen. Er mußte dabei die Hände anwenden und soll nach der Behandlung der Anklage infolge eines von ihm begangenen Kunstfehlers den Tod der Wöchnerin verursacht haben. Die Frau ist am nächsten Morgen nach der Entbindung gestorben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und durch die vom Medizinalrat Dr. Pfeifer und Kreisarzt Dr. Schulz-Berlin vorgenommene Obduktion wurde festgestellt, daß von dem behandelnden Arzte ein medizinischer Mißgriff begangen sein mußte. Der Angeklagte stellte dies entschieden in Abrede und versicherte, daß er bei dem Entbindungsgakte mit der größten Vorsicht und durchaus nach den Vorschriften der ärztlichen Kunst, die er in seiner langen Praxis in unzähligen Fällen befolgt habe, vorgegangen sei. — Rechtsanwält Dr. Horwiz behauptete auf Grund der Angaben des Angeklagten, daß die todbringenden Wutungen der Frau auf andere Ursachen als auf die dem Arzte zur Last gelegte Verletzung zurückzuführen seien. Als Sachverständige wurden Medizinalrat Dr. Ruge und Professor Dr. Dührssen vernommen, die die Möglichkeit zugaben, daß die Blutungen ohne Verschulden des Arztes entstanden sein können. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm jedoch nur fahrlässige Körperverletzung für erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängnis.

## Versammlungen.

Die ordentliche Generalversammlung des Vereins „Freie Volkshilfe“ fand am 29. September im Gewerkschaftshaus statt. Herr Simon Achenstein sprach in einem interessanten Vortrag über: „Das Verbrechen im Drama.“ In dem Geschäftsbericht erklärte der Vorsitzende Dr. Conrad Schmidt, daß die Umorganisation der Abteilungen ohne Schwierigkeiten hätte bewerkstelligt werden können. Der Verein hat nach wie vor 10 000 Mitglieder, hunderte von Neumeldungen konnten leider nicht mehr berücksichtigt werden. Dem „Geh von Verdingungen“ und der „Komödie der Liebe“ sollen als dritte Vorstellung gewissermaßen als Vorpiel der Schillerleiste Laubes „Karlshäuser“ folgen. Des weiteren hat man an eine Aufschwungung von „Kabale und Liebe“, „Die Räuber“ und „Wallensteins Lager“ gedacht. Zum hundertjährigen Todestage will die Volkshilfe eine Motone in den großen Räumen des National-Theaters veranstalten. Die Kunstabend, mit denen im vorigen Jahre begonnen wurde, werden fortgesetzt. Der Magistrat hat dem Vereine für sechs Abende den Bürgeraal des Rathauses überlassen. Die Leitung der Veranstaltungen hat der bewährte Vereinsregisseur Herr Witte-Wild übernommen. Am ersten Abend sollen Gedichte Mörikes und Eichendorffs deklamiert und in Kompositionen von Wolf

und Schumann gesungen werden. Ferner ist ein Schiller-Weilhöfen, ein Goethe-Mozart, ein Wäckerle, ein Karikaturen-Abend u. a. m. in Aussicht genommen. Im National-Theater sollen für die Vereinsmitglieder im Laufe des April 5 Opernaufführungen veranstaltet werden.

Der Kassierer gab einen allgemeinen Ueberblick über die Vereinsverhältnisse. Genaue Ziffern konnten vor Abschluß des Quartals nicht vorgelegt werden.

In der Diskussion wurde nach dem Stande des Prozesses mit der Theateragentur Bloch gefragt; es hat sich seit der letzten Generalversammlung in der Stellung der Parteien nichts geändert. Von anderer Seite wurde der Gedanke einer Heibel-Aufführung angeregt, den der Vorstand in Erwägung ziehen wird. Herr Menz bewertete sich über die Heraushebung des Eintrittsgeldes zum Herbst auf 60 Pf., eine eigentlich nur nominelle Erhöhung, für das Mehr von 10 Pf. zugleich auch der Programmzettel geliefert wird. Die Generalversammlung hätte dieserhalb befragt werden müssen. Der Verein für Volksunterhaltung erhebe bei seinen Konzerten in der Philharmonie ein niedrigeres Eintrittsgeld. Herr Vigoda trat dem Redner sehr energisch entgegen und wies vor allem darauf hin, daß die Konzerte jenes Vereins durch die Eintrittsgelder keineswegs gedeckt würden; es seien eben Wohlthatigkeitsveranstaltungen, wie sie die freie Volkshilfe nicht bieten kann noch will. Ein Vorstandsmittglied hob hervor, daß, von anderem abgesehen, eine Festlegung des Preises nicht so lange im Voraus, wie Herr Menz meine, möglich sei. Man müßte sich da nach den Kosten richten.

Rummelsburg. Am Dienstag fand in Weigels Lokal eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Oehling Bericht über den Bremer Parteitag erstattete. Genossin Jung gab einen kurzen Bericht über den Bremer Frauenkongress und forderte zum Schluß die Frauen und Mädchen auf, den Männern als Ergießer der Kinder zur Seite zu stehen, und damit auch zugleich der Partei zu nützen. Ueber den ersten Bericht entspann sich eine lebhaftige Debatte, an welcher sich Pruschke, John und Ritter beteiligten. In der Angelegenheit Schipfel wandte sich die Mehrheit der Redner trotz der Einmütigkeit des Parteitages gegen den Parteitagsbeschuß, Pruschke kritisierte die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Südemum und bedauerte, daß der Parteitag nicht Schritte getan zur Zentralisierung der Wahlkreise. Betreffs der Resolution Lindemann sprach sich John im Interesse der Kommune für eine recht gründliche Durchführung derselben für Rummelsburg aus. Stülzki wünscht eine regere Agitation in der Alkoholfrage durch unsere Presse und weist auf die letzten traurigen Vorgänge, die zur Verurteilung einiger Parteigenossen führten, hin. Kollstadt bemängelt, daß die Schiedsgerichtsfrage auf dem Parteitag nicht die nötige Würdigung gefunden hat. Im allgemeinen war die Versammlung darin einig, daß der Parteitag die Partei einen guten Schritt vorwärts gebracht hat.

Zu dem Bericht über die Parteiverammlung im ersten Wahlkreise erhalten wir vom Genossen Dr. Karl Liebknecht nachstehende Berichtigung:

In dem heutigen Berichte des „Vorwärts“ über die Dienstadt-Versammlung des ersten Kreises heißt es: „Ich hätte mich „auf die Verhandlungen des österreichischen Parteitages verirrt“. Tatsächlich hatte Genosse Arons diese Verhandlungen berührt; ich habe nur mit drei oder vier Sätzen gegen Arons Stellungnahme zu ihnen polemisiert.

Der Bericht läßt mich weiter sagen: Die Bezeichnung „politischer Massenstreik“ komme für die politischen Organisationen in Frage; der Massenstreik sei in besonderem Maße „noch eine scharfere Waffe als Organisation und Agitation“. Tatsächlich habe ich das erstere gar nicht geäußert und den Massenstreik ausdrücklich als den wichtigsten Schlag gekennzeichnet, der mit der Waffe Organisation geführt werden kann.

## Vermischtes.

Der Desbrandant Jenner verhaftet. Wie aus Hamburg berichtet wird, ist der Kassendirektor Jenner, reifte Jänisch, aus Wien, der vor mehreren Monaten nach Unterschlagung von 250 000 Kronen aus Wien flüchtig wurde, gestern Abend in St. Pauli auf der Straße verhaftet worden. Jenner leistete bei der Verhaftung verzweifelte Gegenwehr und erlitt dabei Verletzungen, so daß er in das Hafentrankenhaus gebracht werden mußte.

San der Cholera. Nach amtlicher Meldung aus Petersburg erkrankten an der Cholera in Saku vom 27. September bis 4. Oktober 111 Personen, und es starben 61. In Saratow erkrankten in demselben Zeitraum 13 Personen, von denen 5 starben. Die Zahl der täglichen Erkrankungen in Saratow übersteigt nicht 18.

Der Leutnant Freiderr Rind v. Baldestein in Karlsruhe, der infolge des Chistolens mit der Frau Rechtsanwält Dr. Schlesinger-Mannheim in letzter Zeit viel genannt wurde, ist, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden.

Exleutnant Wisse und sein Verleger. Aus Braunschweig wird der „Berl. Zig.“ unter dem 5. d. Mts. berichtet: In dem Zivilprozeß des Leutnants a. D. Wisse gegen seinen Verleger Richard Sattler hier selbst stand heute Termin an. Nach längeren Erörterungen zwischen den Parteien wurde die Sache vertagt. Interessant ist die seitens des besagten Verlegers aufgestellte Behauptung, die Vertreter Wisses hätten bei den Vertragsverhandlungen ausdrücklich betont, es würde nicht schaden, wenn das Buch „Aus einer kleinen Garnison“ in Deutschland der Beschlagnahme anheimfalle. Dann sollte der Roman in der Schweiz vertrieben werden und die Bücher in roter Farbe den Aufdruck erhalten: „In Deutschland verboten.“ Die Behauptung wird lächerlicherweise bestritten.

Der kleine Graf Kwiselitz aus Wroblewo ist, wie man weiß, immer noch Gegenstand eines Gerichtsfalles, da die aus dem Berliner Prozeß bekannte Weichenstellerin Meyer den kleinen Grafen als ihren Sohn reklamiert. Sie ist vom Posenen Gericht in erster Instanz abgewiesen worden, will aber die weiteren Instanzen in Anspruch nehmen und hat zu diesem Zweck das Armenrecht nachgesucht. Das ist ihr jetzt bewilligt worden.

400 Tonnen Dynamit explodiert. Ein Holzschuppen, der 400 Tonnen Dynamit enthielt, ist in Sopotok (New Jersey) explodiert. Zum Glück wurde niemand durch die Explosion verletzt.

Arzeneischwindel im großen. Die „Ab. Zig.“, unser köhner Parteiblatt, berichtet: Ein gefährliches Treiben ist in einer hiesigen Fabrik chemisch-pharmazeutischer Präparate aufgedeckt worden. Tinkturen, wie sie die Ärzte täglich in großen Mengen bezordnen, werden von der Firma ballon- und tanweise hergestellt und zentnerweise an größere Firmen geliefert. Anstatt nun, wie es das Deutsche Arzneibuch vorschreibt, die Präparate mit Drogen herzustellen, wurden daselbst nahezu sämtliche Tinkturen mit ätherischen Oelen und Couleur angefertigt, so daß sie auch nicht im allerentferntesten irgend eine Heilwirkung besitzen. Die großen Kosten des Kampfers zu sparen, wurde Spiritus camphoratus durch Zusatz von Nigellöl hergestellt, damit er die Probe auf den teuren Kampfer bestand. Wir hatten Gelegenheit, Einblick zu gewinnen in einige Privatvorschriften der Firma, bei denen die Abweichungen gegen diejenigen des Deutschen Arzneibuches deutlich ins Auge sprangen. Die Staatsanwaltschaft hatte der Firma einen sechsstündigen Besuch ab, beschlagnahmte einen Teil der Korrespondenz und nahm Proben vom gesamten Lagerbestande.

Ein Vulkan verkauft. Der Vulkan Popocatepetl ist nach langen Verhandlungen an ein Syndikat amerikanischer Kapitalisten verkauft worden. Der Krater des erloschenen Vulkans enthält Rinne, deren Ertrag auf 60 000 000 Tonnen Schwefel geschätzt wird. Das Syndikat hat mehrere Millionen Dollar für den Vulkan gezahlt und wird noch große Summen für die Ausbeutung und Verwertung ausgeben.

Touristen-Unfall. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in Bernatt (Schweiz). Die Pferde einer Postkutsche, in welcher sich 8 Touristen befanden, gingen durch und stürzten mit dem Wagen einen 45 Fuß tiefen Abhang hinab. Der Wagen ging in Trümmer; vier Personen wurden sofort getötet, die übrigen schwer verletzt.

# Handlungsgehülfen!

## Die Wahlen

zu den

## Kaufmannsgerichten

stehen vor der Tür!

— Wählen kann, wer 25 Jahre alt und in Berlin beschäftigt ist. —

Auskunft erteilt

293/1

## Zentral-Verband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands.

Bezirk Berlin.

Neue Friedrichstr. 20, I.

Wir empfehlen

### Mosel-Wein

1899er Lieserer, leicht, flüchtig . . . . . für 1/2 Flasche M. 1.—.

Das ganze Wachstum direkt vom Produzenten Herrn Jakob Hower-Pauly in Lieser angekauft.

### Rhein-Wein

1899er Dürkheimer, angenehm, mild . . . . . für 1/2 Flasche M. 1.—.

Das ganze Wachstum direkt von den Produzenten D. Hessel's Erben, Wwe. Hendrich in Dürkheim angekauft.

### Bordeaux-Wein

1899er Chât. La Marche, Fronsac, mild . . . . . für 1/2 Flasche M. 1.—.

Bei grösseren Bezügen, die in unseren Preislisten angegebenen Ermässigungen.

## M. Kempinski & Co.

BERLIN W.

Leipziger Strasse 25.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Achtung! Einsetzer! Achtung!**

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die **Bezirkssitzungen** statt. Bitte Beteiligung erwarten. Die Kommission.

Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (Zimmer 10):

### Kommissions-Sitzung.

Hierzu wird der Kollege Hardor aus Schönberg, Hohenriedbergstraße wohnhaft, aufgefordert, bestimmt zu erscheinen.  
Der Obmann.

## Hafenarbeiter.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Königstadt-Kaffee, Holzmarktstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Verhandlungsangelegenheiten (unter anderem unsere Krankenzusicherung).
  2. Verschiedenes.
- Es ist jedem Mitgliede ist es in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand.

## Selbständige Möbelpolierer

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Schuhmacher, Stallstr. 126j

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu der heutigen rapiden Preissteigerung unserer Materialien. [293/12] Der Einberafer.

## Zentralverband der Stukkateure Deutschlands

Filiale Berlin.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Große Zahlstellen-Besprechung.

Zur Verhandlung steht neben wichtigen Verhandlungsangelegenheiten als Hauptpunkt: „Die Beteiligung an den Gewerbegerichtswahlen am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags von 12-5 Uhr.“

Die Zahlstellen des Verbandes sind:

1. N., Dunderstr. 88, bei Grobler.
2. NW., Stephanstr. 30, bei Poppe.
3. W., Bülowstr. 60, bei Kumke.
4. Charlottenburg, Reichenstr. 3, im Volkshaus.
5. Rixdorf, Prinz Handjersstr. 66/67, bei Köhl.
6. SO., Rantaustr. 101, bei Glaser.
7. Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 100, bei Selke.
8. Wedding, Werlichstr. 39, bei Schulze.
9. Steglitz, Schloßstr. 118, bei Wagendorf.
10. C., Kaiserstr. 17, bei Peters.
11. C., Petersburgerstr. 81, bei Peschel Nachf.
12. Weissensee, Sedanstr. 83c, Aach.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung. 175/7

## Achtung! Einladung

### Delegierten-Ergänzungswahl

zum Montag, den 17. Oktober er., im Restaurant Roaf, Wilhelmshof, Tempelhofer, Berlinstr. 9. Zu wählen sind: 7 Kassennmitglieder und 3 Arbeiterdeputierte.

Die Wahl der Kassennmitglieder findet von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr nachmittags, die der Arbeiterdeputierten von 7 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassennmitglieder und Arbeiterdeputierte, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Kassennmitglieder haben als Legitimation das Quittungsbuch mitzubringen. 275/10

Tempelhofer, den 6. Oktober 1904.

Der Vorstand

der gemeinsamen Cris-Brandenkasse für Tempelhofer und Hafengebiet.

W. Kunze, Vorsitzender.

## General-Versammlung

der

### Franken-Hütervereins- u. Begräbnis-Kasse

der Federzrichter Berlins

am Sonntag, den 16. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, Reinerstr. 11 bei Feind. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 2. Wahl der Revisoren. 3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 7, Absatz 3 des Statuts. 4. Geschäftliches. 1917

Der Vorstand: A. H. Gustav Busse.

## Partei- und Gewerkschaftslokal.

Gutes, reelles Sommer- und Wintergeschäft, ohne Konkurrenz in größerer Provinzialstadt, Handgrundstück mit Restaurant, Saal, Bäume, Garten und Regelpflanz, ist fruchtbarhalter unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Zur Anzahlung sind mindestens 6000 M. erforderlich. 1935

Offerten unter V. 2 an die Exped. des „Vorwärts“.

E. Möbis, Uffern, Koppenstr. 82.\*

## Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Geschäftsbüro Berlin, Prinzenstr. 46, verleiht gegen Anzahlung gegen eine Bettfeder 3 Pfd. 50 Pf. für eine halbe Feder 3 Pfd. 25 Pf. für eine Feder 3 Pfd. 1.75 für eine Feder 3 Pfd. 2.25. Von diesen Preisen werden 2 bis 4 Pfund zum großen Übermaß Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Bitte Anzeigenschein.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Bundes „Solidarität“.

## Touren

am Sonntag, den 9. Oktober 1904.

1. Abteilung: mitt. 1 1/2 Uhr nach Teltow (Seehof). Start: Rums, Bülowstr. 50.
2. Abt.: früh 6 1/2 Uhr nach Trabbin (Vereinslokal). mitt. 1 1/2 Uhr: Teltow, Seehof (Berling).
3. Abt.: mitt. 2 Uhr nach Baumgartenweg (Hilfermann). Start: Schleifische Brücke.
4. Abt.: mitt. 1 Uhr nach Dersdorf (Forscht). Start: Andreasplatz.
5. Abt.: mitt. 2 Uhr nach Hirschgarten (Radfahrer). Start: Schleifische Brücke.
6. Abt.: mitt. 1 Uhr nach Rowames (Bollgarten, Brickerstr. 81). Start: Brandenburger Tor.
7. Abt.: mittags 1 Uhr nach Hennigsdorf. Start: Diefel, Kaiserstr. 123.
- 8./9. Abt.: mittags 1 1/2 Uhr nach Sanktmitel (Bürgerhäuser). Start: Weisfeldebrücke. 28/20

Am Sonnabend findet das Herbstfest der 8. Abteilung statt. Ebenso werden die Mitglieder aufmerksam gemacht, daß am 9. Oktober abends eine kleine Tour stattfindet.

Der Vorstand.

W. Kunze, Vorsitzender.

## Möbel, 2950\*

ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigne Tischler-Werkstatt. Berlin O.

Wiehr, Petersburgerstr. 62.

## Steppecken

Gelegenheitskauf!

Kattun, buntfarbig 2<sup>95</sup>

Wollatlas, alle Farben 4<sup>95</sup>

Similiseide, alle Farben 6<sup>00</sup>

Normal-Schlafdecken 2<sup>00</sup>, 3<sup>00</sup>

Spezial-Haus

Emil Lefèvre,

Berlin S. Oranienstrasse 158.

Eigene Werkstätten!

# Möbelfabrik.

Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei

## Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6, am Kottbuser Thor.

BERLIN SO.,

**Günstige Kaufgelegenheit**  
in Herren- und Knaben-Garderobe neu sowie alt, von den feinsten Herrschaften getragen, verkaufe ich, um meinen großen Lagerbestand zu räumen, zu enorm billigen Preisen. 37/11  
Gerson Sreth, Prinzenstr. 75, Spezialhaus für Monatsgarderobe.

## Ausnahme-Woche für Steppdecken.

- |                    |        |                          |               |        |
|--------------------|--------|--------------------------|---------------|--------|
| Dunen-Decken       | 18 Mk. | Seiden-Atlas, alle Farb. | 20, 15, 12 u. | 10 Mk. |
| Seldenart. Lasting | 7 50   | Excelsior Cloth          |               | 4 75   |
| Wollatlas          | 7 Mk.  | Satin, gemustert         |               | 4 50   |
| Purpur, echt rot   | 4 Mk.  | Türkisch-Cretonne        |               | 2 25   |
|                    | 2 50   |                          |               | 2 25   |
|                    | 2 50   |                          |               | 2 25   |

Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises.  
**Steppeckenfabrik**  
**B. Hurwitz, Rotes Schloss**  
vis-à-vis dem National-Denkmal.  
Telephon I. 8911. 58170\*

**Möbelverkauf,**  
passende Gelegenheit für Draufleute. Die Wobellabel Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 M., hochbegabte Einrichtungen bis zu 10 000 M. und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Stausend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verbleiben gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Büchertische, Vertikos 36, Salonparniture, Tischgarnituren 105, Ruhebetten, Stellen mit Matratzen 40, geschmückte Schäfte, Bücherständer, Ganzschlaf mit Sattelstühlen 85, Schreibstisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmer, Speisezimmer in Eichen, aus Buchen, Salons, Wilmahagons, auch Jugendstil, sehr billig. Gelaupte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 3882\*

**Wildfleisch** a Pfd. 25, 40 Pfg. Blatt 50 u. 60 Pfg.  
**Hasenrücken** pfd. 1,25.  
**Oderbruch. Gänse** 55 u. 60 auch ausgesch.  
Junge Enten, tolle Suppenhühner v. 1.50.  
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.  
Dr. Benno Chajes  
Küche Chajes  
Vernahhite  
Martin Lutherstraße 54.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstatt.  
Lieferant: Cris- u. Hilfs-Brandenkassen  
Berlin C.,  
30. Finien-Strasse 30.  
NB. alle Bruchbänder mit elastischen Bälotten, angenehm und weich am Körper. 4432\*

**Zahn-Klinik.** Preislose Teilzahlung. Invalidenstr. 145.  
Olga Jacobson.

**Kranz-u. Blumenbinderei**  
von H. Eckert,  
98. Kottbuser Damm 98.\*

Die Engelmacherin Wiese vor Gericht.

Am Mittwoch begann die Verhandlung in dem schon erwähnten Nordprozess vor dem Schwurgericht in Hamburg. Die Angeklagte wird als ein Ausbund von Häßlichkeit geschildert. Zunächst handelt es sich in der Verhandlung um die Ermordung des Kindes Verita Blank. Das Kind ist spurlos verschwunden und die Angeklagte sagt aus, daß ein Herr Frank es mit nach London genommen habe. Die Angeklagte bestreitet, daß dieser Mann mit ihrer Tochter in unzüchtigen Verkehr getreten sei. Die Mutter des Kindes, das Dienstmädchen Martha Blank, sagt folgendes aus: Acht Tage, ehe die Wiese verhaftet wurde, kam sie zu mir und sagte, eine Frau Wöfling habe sie denunziert, daß sie das Kind ermordet habe. Ich solle mit nach dem Stadthaus kommen und sagen: Ich habe gesehen, wie eine feine englische Dame das Kind abgeholt habe. Ich erwiderte: Das tue ich nicht, ich habe nicht gesehen, daß eine englische Dame das Kind mitgenommen hat. — Vorf.: Nun, Angeklagte, was sagen Sie dazu? — Angekl.: Das ist Lüge, das habe ich nicht gesagt.

Eine weitere Zeugin ist Frau Wöfling: Die Wiese habe ihr das Kind in Kostpflege gegeben. Es sei ausgemacht worden, daß sie 20 M. monatlich im voraus erhalte. Die ersten 20 M. hatte sie erhalten. Als die Angeklagte aber die zweite Zahlung leisten sollte, sagte sie: Sie könne das nicht, da sie von Fräulein Blank noch nichts erhalten habe. Sie habe der Angeklagten schließlich das Kind wiedergebracht. Die Angeklagte sagte: Es ist gut, daß das Kind hier ist, es kommt morgen zu einer feinen Herrschaft nach England.

Vor dem Untersuchungsrichter hatte die Wiese erzählt, eine Frau Miösga habe das Kind der Blank nebst einem anderen mit nach Amerika zu ihrem Liebhaber, einem Bootsmann Drest, genommen. Sie habe dringenden Verdacht, daß die Miösga gar nicht die Kinder ins Ausland geschafft habe. Einige Zeit nach der Fortschaffung der Kinder habe sie die Miösga aufgesucht, um zu sehen, wo die Kinder wären. Sie sei auf den Boden gekommen, und habe dort ein großes abetriebenes Paket liegen sehen. Die Miösga habe später erklärt, es sei Fleisch darin. Einige Tage später habe sie die Miösga mit dem Paket vor ihrer Haustür getroffen. Sie, die Wiese sei ihr heimlich gefolgt und habe gesehen, wie sie nach einem schwimmenden Ponton in der Hafenstraße gegangen sei und von dort, das Paket mit einem Stein beschwert, in die Elbe geworfen habe. Dies sei zwischen dem 19. und 20. April geschehen. Sie habe den Verdacht gehabt, daß in dem Paket Kinderleichen enthalten seien, habe aber nicht daran gedacht, Anzeige zu erstatten. Die von der Angeklagten bezeichnete Straße im Elbstrom ist durch Laucher untersucht worden, aber ohne Erfolg. Diese Aussage änderte sie noch wiederholt ab.

Unter allgemeiner Spannung wird Paula Verkefeld, die uneheliche Tochter der Angeklagten, ein schlankes, sehr bleiches, hübsches Mädchen als Zeugin in den Saal gerufen. Sie würdigt die Mutter nicht eines Blickes. Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt sie, daß sie Zeugnis ablegen wolle. Sie behauptet alsdann auf Befragen: Sie sei am 16. Mai 1882 geboren. Bis zu ihrem zehnten Lebensjahre sei sie bei ihrem Vater Dettinghausen gewesen. Alsdann sei sie bei der Mutter und danach bei der Großmutter gewesen. Nach vollendetem vierzehnten Lebensjahre sei sie in Dienst getreten. Sie habe bei verschiedenen Herrschaften in Hamburg und Harburg gedient. Sie sei alsdann nach England gegangen, um mehr Geld zu verdienen. — Vorsitzender: Wer veranlaßte Sie, nach London zu gehen? — Zeugin: Meine Mutter. — Vorsitzender: Wußten Sie Ihrer Mutter auch Geld schicken? — Zeugin: Die Mutter wollte alles haben. — Vorsitzender: Wann gingen Sie nach England? — Zeugin: Im Februar 1902. — Vorf.: Sind Sie im Frühjahr 1903 in Hamburg gewesen? — Zeugin: Nein. — Vorf.: Wann sind Sie wieder in Hamburg gewesen? — Zeugin: Vor einem Jahre, als ich zum Untersuchungsrichter vorgelesen wurde. — Vorf.: Es wird Ihnen bekannt sein, daß Ihre Mutter behauptet, Sie seien im April 1903 in Hamburg gewesen, seien in Gemeinschaft mit einem gewissen Frank nach London gereist und hätten ein kleines Kind mitgenommen? — Zeugin: Das ist nicht wahr. — Vorf.: Ihre Mutter hat behauptet, Sie seien von Ihrem Dienstherrn, Herrn Dr. Goldschmidt in London in geeignete Umstände versetzt worden. Haben Sie mit Dr. Goldschmidt unzüchtigen Verkehr gehabt? — Zeugin: Nein, niemals. — Vorf.: Haben Sie einen Mann Namens Frank gekannt? — Zeugin: Jawohl. — Vorf.: Wodurch haben Sie den Frank kennen gelernt? — Zeugin: Durch eine Anzeige. — Vorf.: Wie lautete die Anzeige? — Zeugin: Eine junge Dame bittet einen edelgeborenen Herrn um 30 Mark Unterstützung, gegen dankbare Rückzahlung. — Vorf.: Wer hat die Anzeige geschrieben? — Zeugin: Die Wiese. — Vorf.: Sie meinen Ihre Mutter? — Zeugin: Ja wohl. — Auf weiteres Befragen bemerkt die Zeugin, sie habe mit Frank intimen Verkehr gehabt; dieser sei etwa 37 Jahre alt gewesen. — Vorf.: Was mag Frank von Beruf gewesen sein? — Zeugin: Er sah kaufmännisch aus. — Auf Befragen des Staatsanwalts gibt die Zeugin nach längerem Zögern zu, daß sie den Frank schon vor der Anzeige gekannt habe. — Die folgende Zeugin ist Frau Miösga. Die Zeugin gibt auf Befragen des Vorsitzenden zu, sie habe mit einem Mann Namens Dursi ein intimes Verhältnis unterhalten und sei auch mit diesem in Amerika gewesen. — Hofenarbeiter Miösga, Gatte der Vorzeugin: Seine Frau habe von der Frau Wiese einmal ein Kind in Pflege genommen. Sie habe es aber nur eine Nacht in Pflege gehabt. Es sei ein Knabe gewesen. Von einem Fleischpaket sei ihm nichts bekannt, dagegen habe auf seinem Boden einmal ein Paket Ase gelegen. — Es wird danach durch den englischen Dolmetscher Casotto die kommissarische Aussage des Dr. Goldschmidt in London verlesen. Dieser hat bekundet: Paula Verkefeld sei vom Februar 1902 bis dahin 1903 nicht aus London fort gewesen. Er habe mit der Verkefeld niemals intimen Verkehr gehabt, die Verkefeld habe auch niemals versucht, ihm ein Kind unterzuschleusen. Die Angaben der Wiese müsse er als Lügengeschwätz bezeichnen, oder es müsse eine Namensverwechslung vorliegen. Er habe auch niemals ein Kind bei der Paula Verkefeld gesehen. Im Jahre 1902 hatte er für häusliche Zwecke keine andere Person in seinem Hause als Paula Verkefeld.

Kriminalkommissar Hasler: Er sei in London gewesen, wohin sich Frank gewandt haben solle, er habe keine Spur von diesem Manne entdecken können. Wenn ein Mann Namens Frank existiert hätte, dann würde er entdeckt worden sein. — Die Verhandlung wird gegen 5 1/2 Uhr nachmittags auf Donnerstagvormittag 10 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Morgen Sonnabend veranstaltet der Künstlerverein „Jugendkraft“ bei Seydand in Maricoborn ein Vergnügen; am Sonnabend, 15. Oktober, hält der Mandolinen-Club Tegel im Strandhof Tegel ein Konzert ab. Zu beiden Vergnügungen in diesen der Arbeiterkreis nicht zur Verfügung stehenden Lokalen versucht man, in Arbeiterkreisen Billigkeit abzufragen. Man wolle diese Karten zurückweisen und die Lokale meiden.

Die Lokalkommission. Erster Wahlkreis. Zu der am Sonntagvormittag 11 Uhr stattfindenden Urania-Vorstellung sind noch Willels in Beschränkter Anzahl bei Weihnacht, Gräuser, 21, und am Tage der Vorstellung vor der Urania zu haben. Zur Aufführung gelangt: „Im Kammer der Jungfrau“.

Das Mitglied der Prekmission im zweiten Wahlkreis, Genosse S. König, wohnt jetzt Hasenheide 56, Portal III, 3 Tr.

Johannisthal. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr ist bei Palm in Rudow Versammlung. Gen. Böde spricht über die Notwendigkeit der Organisation.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung über den Konflikt zwischen Provinzial-Schulkollegium und Magistrat.

Die Stadtverordneten von Berlin haben gestern zu Gericht gesessen über den neuesten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde, der von der preussischen Regierung durch Vermittelung des Provinzial-Schulkollegiums versucht, aber vom Berliner Magistrat vorläufig zurückgewiesen worden ist. Sie haben ein vernichtendes Urteil gefällt, und das Urteil war einstimmig. Einstimmig wurde auch eine Vertrauenskundgebung für den Magistrat angenommen, die von freisinniger Seite beantragt worden war und auch von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Unseren Parteigenossen bot sich diesmal die angenehme, leider nur zu seltene Gelegenheit, der vom Magistrat und der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung in diesem Streit bewiesenen Haltung voll zustimmen zu können.

Die Anfrage, die von den freisinnigen Fraktionen an den Magistrat gerichtet worden war, um eine öffentliche Besprechung der Angelegenheit herbeizuführen, wurde vom Stadt. Cassel (alte Linke) begründet. Herr Cassel dankte dem Magistrat für die Entschiedenheit, mit der er bisher seinen Standpunkt gewahrt habe, und zeigte dann, daß das Vorgehen der Regierung völlig unberechtigt und auch durchaus unnötig sei. Aufsehen erregte die den Akten der Schuldeputation entnommene Mitteilung, daß früher die Regierung selber sich z. B. den Polen gegenüber bezüglich der Vergabe von Schulräumen ganz anders gestellt hat, und zwar damals im Gegensatz zur städtischen Schuldeputation. Auch darüber machte Herr Cassel recht interessante Angaben, in welche Handlungstellung die städtische Verwaltung im Punkte der Schule allmählich von der Regierung gedrängt worden ist, wieviel sie sich in neuerer Zeit von den staatlichen Organen hat bieten und gefallen lassen müssen.

Oberbürgermeister Rischner beantwortete die Anfrage. Er begann damit, daß er der lauslos zuzuhörenden Versammlung die neueste Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vorlas, die allem, was bisher dagewesen, die Krone aufsetzt. Da der Magistrat nicht gehorchen und der freireligiösen Gemeinde, dem Turnverein, Pächte, dem polnischen Turnverein usw. die ihnen bewilligten Räume nicht wieder entziehen mag, weil er auf den Gemeindeful-Grundstücken selber Herr zu sein glaubt und es bleiben will, so hat das Provinzial-Schulkollegium die Rektoren der betreffenden Schulen angewiesen, die Räume verschlossen zu halten und den Vereinen den Zutritt zu wehren. Die königliche Behörde schreibt also nicht davor zurück, städtische Beamte dazu zu zwingen, daß sie den Anweisungen der ihnen unmittelbar vorgelegten städtischen Behörde zuwiderhandeln! Unser Genosse Singer bezeichnete das als offene Proklamation der Anarchie. Die Versammlung nahm die Bekanntheit dieser neuesten Tat mit einem Sturm der Enttäuschung auf. „Ungehört, ungehört!“ rief man auf allen Seiten, und noch andere, schärfere Worte klangen aus dem allgemeinen Tumult heraus. Herr Rischner trug dann eine Reihe von Einzelverkommnissen vor, um näher zu erläutern, wie die Regierung ihr Aufsichtsrecht handhabt. Beim Anhören all dieser schier ungläublichen Dinge wechselte die Versammlung zwischen grenzenlosem Erschauern und schallenden Heiterkeitsausbrüchen. Der Herr Oberbürgermeister sprach so, daß man in jedem Augenblicke erwarten mußte, er selber werde die Selbstverwaltung der Gemeinden für ein Märchen erklären.

Dieses Wort ist einst in der Stadtverordneten-Versammlung von unserem Genossen Singer geprägt worden. Damals verwahrten sich die Freisinnigen noch dagegen; aber als gestern Singer, der die Besprechung der Anfrage eröffnete, sie daran erinnerte, mußten sie verstummen. Es war eine bittere Bille, die sie da hinuntergeschluckten. Unser Redner hob anerkennend hervor, daß jetzt der Magistrat sich mannhaft gezeigt hat. Aber er mußte hinzufügen, daß der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung Jahrzehnte hindurch der Regierung gegenüber eine Lauheit und Nachgiebigkeit bewiesen haben, die den Gegnern der Selbstverwaltung zu ihrem Vorgehen den Anreiz gab und Mut machte. Genosse Singer richtete an die Vertreter des Freisinn die Mahnung, nun vom passiven Widerstand zum aktiven überzugehen. Mit Neben sei jetzt nichts mehr getan, die Nichterfüllung des Kommandos der Schulaufsicht sei jetzt das allein Richtige.

Die Redner der übrigen Fraktionen verzichteten aufs Wort. Nur Herr Cassel machte gegen den Vorwurf der Lauheit einen Abwehrversuch. Die von ihm beantragte Vertrauenskundgebung für den Magistrat wurde, wie schon gesagt, einstimmig angenommen. Sie spricht die Erwartung aus, daß der Magistrat auch in Zukunft die Rechte der Stadtgemeinde fest und entschieden wahren werde. Was er tun wird, das wird man schon in den aller nächsten Tagen sehen, wenn die Rektoren den Vereinen die Türen verschließen werden. Wird er den aktiven Widerstand leisten, den Singer empfahl?

Vom Schlachtfelde des Herrn Budde.

Der „Werkst.“ der Eisenbahner befaßt sich mit den Zuständen auf den Berliner Rangierbahnhöfen und empfiehlt dem sozialistischen Eisenbahnminister, sich dort einmal umzusehen. „Viele Rangierer“, so schreibt das Blatt, „kennen Ruhepausen von 38 Stunden überhaupt nicht, da höheren Ortes immer noch 24 Stunden für genügend erachtet werden. Viele sind nicht in stande, sich warmes Mittagessen zu beschaffen, da die kurze Zeit und die späte Gewährung dieser einständigen Pause — oft erst nach 8 Uhr nachmittags — jede Möglichkeit, nach Hause zu gehen, ausschließt.“

Die Folgen dieser Zustände zeigen sich in den häufigen Unglücksfällen auf den Rangierbahnhöfen. Eine Zusammenstoßung, die der „Werkst.“ bringt, redet eine erschütternde Sprache. Es sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf den Bahnhöfen in und um Berlin verunglückt:

- 1. Hilfsrangiermeister, Post, Spandauer Güterbahnhof, tot.
- 2. Rangierer Gröning, Anhalter Bahnhof, tot.
- 3. Rangierer Brauer, Tempelhofer Rangierbahnhof, tot.
- 4. Rangiermeister Wabro, Ostbahnhof, tot.
- 5. Rangierer Thimian, Lehrtor Bahnhof, Weine schwer verletzt.
- 6. Bahnarbeiter Schulat, Bahnh. Jannowitzbrücke, tödlich verletzt.
- 7. Rangierer Altentrich, Spandauer Güterbahnhof, tot.
- 8. Rangierer Weichenborn, Anhalter Güterbahnhof, tot.
- 9. Rangierer Nicolai, Potsdamer Bahnhof, tot.
- 10. Rangierer Rillinski, Ostbahnhof, tot.
- 11. Rangierer Wolter, Friedenauer Güterbahnhof, tot.
- 12. Rangiermeister Spittler, Bahnh. Nieder-Schöneweide, tot.
- 13. Rangierer Reimann, Ostbahnhof, tot.
- 14. Schaffner Fischer, Ostbahnhof, beim Rangieren getötet.
- 15. Stationsassistent Nidel, Bahnhof Rixdorf, tot.

- 16. Rangierer Tobold, Bahnhof General-Papestraße, tot.
- 17. Stationsassistent —, Bahnhof Kaulsdorf, schwer verletzt.
- 18. Bremser Heine, Güterbahnhof Moabit, tot.
- 19. Weichensteller Hübischer, Potsdamer Bahnhof, Weine und ein Arm abgefahren.
- 20. Arbeiter Kostod, Großkreuz bei Potsdam, ein Bein abgefahren.
- 21. Rangierer Benquitt, Bahnhof Grunewald, ein Bein abgefahren.
- 22. Ein Rangierer in Dramenburg, tot.
- 23. Rangierer Diba, Güterbahnhof Wehensee, schwer verletzt.
- 24. Rangierer Diez, Güterbahnhof Wehensee, schwer verletzt.
- 25. Rangierer Naaf, Güterbahnhof Hoppegarten, tot.
- 26. Ein Rangierer, Wildparkstation, Fuß abgefahren.
- 27. Rangierer Dornbusch, Bahnhof Lichtenberg, tot.
- 28. Rangierer Gersdorf, Bahnhof Lichtenberg, tot.
- 29. Rangierer Rehle, Bahnhof Adlershof, tot.
- 30. Rangiermeister Hh, Anhalter Bahnhof, tot.
- 31. Hilfsbremser Lehman, Eberswalde, schwer verletzt.
- 32. Rangierer Kelsch, Bahnhof Grunewald, tot.
- 33. Ein Rangierer, Bahnhof Jüterbog, tot.

Dieses ist, wie schon bemerkt, die Statistik für Berlin und seine Vororte. Eine grauenhafte Statistik! Ist aber bis jetzt, so fragt der „Werkst.“, irgend etwas geschehen, um diese erschreckend hohe Ziffer herabzumindern? Noch immer hat man sich nicht zum achtungsdigen Dienst entschließen können, noch sind die Rangierkolonnen nicht in derselben Stärke wieder wie vor dem Sparersah des Exministers Ziele, trotz des gesteigerten Verkehrs und der enormen Leberschüsse, die jährlich erzielt werden. Noch immer ist die Beleuchtung der Rangierbahnhöfe vielfach eine jaunerwolle, noch geht die Fürsorge dieser Staatsbehörde nicht so weit, alle Rangierer mit Winterkleidung zu versehen, trotz dem diese Arbeiten zumeist im Freien ausgeführt werden müssen und die Rangierer jederzeit allen Unbilben der Witterung ausgesetzt sind. Viele Aufenthaltsträume entsprechen selbst nicht den einfachsten Bedürfnissen, zum Teil sind andrangierte Güterwagen dazu vorhanden, durch welche das geflügelte Wort „Arbeiterfürsorge“ geradezu verhöhnt wird. Sollen alle diese Zustände, denen alljährlich Hunderte von Menschen zum Opfer fallen, so bleiben?

Täglich treffen jetzt Rastentransporte von Hasen in Berlin ein und die Händler wissen sich vor dieser Fülle kaum zu retten. Das milde Wetter der letzten Tage ist der Hasenjagd sehr günstig gewesen; besonders in Schlesien sind diesmal bedeutend mehr Hasen geschossen worden als in früheren Jahren. In den Berliner Mischhallen sind riesige Mengen von Hasen aufgestapelt. Für die Händler ist die große Fülle nicht angenehm. Vorläufig werden noch recht wenig Hasen gekauft; die Folge ist eine bedeutende Verbilligung. Während in früheren Jahren um die jetzige Jahreszeit Hasen immer einen Preis von mehr als 3 M. erzielen, werden sie in diesem Jahre in einzelnen Fällen schon mit 2 M. verkauft.

Die Champignon-Ernte lockt jetzt täglich Hunderte von Personen nach dem Tempelhofer Feld. Schon in der frühesten Morgenstunde finden sich zahlreiche Sucher ein, welche mit Ebelpilzen den Heimweg wieder antreten. Wenn dann einige Stunden darauf die Spätaufsteher kommen, so finden sie nur noch kleine unscheinbare Pilze vor; die größten und schönsten haben längst ihre Reizmer gefunden. Auf dem Pflanzmarkt im allgemeinen herrscht in diesem Jahre großer Mangel, Pfefferlinge, Steinpilze usw. sind nur wenig vorhanden.

Die neue Fahrbrücke über die Oberspreewälder See, die für die Orte Ober-Schöneweide und Nieder-Schöneweide eine noch bessere Verbindung schaffen soll, ist in der Hauptsache bereits fertig. Die eiserne Brückenkonstruktion, die den hier ziemlich breiten Fluß in drei Spannungen von zusammen 170 Meter überspannt, ist aufgestellt, und an der Befestigung der Fahrbrücke wird gearbeitet. Die beiden Orte sind nun durch drei Brücken miteinander verbunden. Die neue Brücke liegt zwischen der alten, hölzernen Fahrbrücke und der neueren Fußgängerbrücke, die etwa 1000 Meter von einander entfernt sind. In Ober-Schöneweide hat sie ihren Zugang von der Salske- und Edisonstraße aus. In Nieder-Schöneweide wird im Anschluß an die Brücke eine neue Straße angelegt, die geradewegs nach dem Bahnhof der Ostlicher Bahn führt. Der Weg von dem mittleren Teil Ober-Schöneweides nach dem Bahnhof Nieder-Schöneweide wird durch die neue Brücke und die neue Straße erheblich abgekürzt.

Das abgesperrte Wasser. In welcher unangenehmen Situationen Mieter durch ihren Hauswirt kommen können, das haben jetzt die Bewohner eines großen Hauses der Andalsstraße erfahren, in dem sich auch ein bekanntes Restaurant befindet. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf sie die Nachricht, daß die Deputation der städtischen Wasserwerke die Wasserlieferung für das Grundstück einstellen werde, falls der Besitzer des Hauses bis zu einer bestimmten Frist nicht den unabhängigen Wasserpreis entlegen werde. Tatsächlich haben seit gestern nachmittags die Mieter, die doch dem Vermieter für die Benutzung der Wasserleitung gezahlt haben, kein Wasser. Die Folgen, welche diese Wasserentziehung für sie haben kann, gehen aus folgendem Satz einer uns vorliegenden Zuschrift des königlichen Polizeipräsidenten, Abteilung IIa, an einen der Mieter hervor: „Da die Mietsleute des Grundstückes, welche sämtlich für Wasserversorgung eingerichtet sind, durch die Absperrung der Wasserleitung unbrauchbar werden, so fordere ich Sie hierdurch im allgemeinen gesundheitspolizeilichen Interesse auf, die von Ihnen und Ihren Haushaltungsangehörigen in dem genannten Hause bewohnten Räume nach Ablauf von drei Tagen nach dem Beginn der Wasserabsperrung bis zu deren Ende nicht mehr zum dauernden Aufenthalt von Menschen zu benutzen oder benutzen zu lassen, widrigenfalls eine hiermit angedrohte Strafe von 50 M., an deren Stelle im Falle der Uneinigkeit eine fünfjährige Haftstrafe tritt, gegen Sie festgesetzt werden wird.“

Das Verschwinden des Liebespaars aus Adlershof hat eine traurige Aufklärung gefunden. Die Leichen des 19 Jahre alten Tischlers Quersich und der 17jährigen Martha Malten sind jetzt im Kanal zwischen Adlershof und Grünau zusammengebunden aufgefunden worden. Quersich war Mitglied des Holzarbeiter-Verbands. Die Leichen wurden nach der Halle des Friedhofes in Adlershof gebracht; die Beerdigung soll Sonnabend nachmittags 3 Uhr erfolgen.

Auf einen sehr gefährlichen Hochkapfer wird die hiesige Kriminalpolizei aus Brüssel aufmerksam gemacht. Dort erschien ein Mann in mittleren Jahren in einem Juwelenladen, stellte sich der Verkäuferin, die allein anwesend war, als Baron de Santignac vor und wünschte zur Hochzeit seines Bruders einige Geschenke zu kaufen, die 5000 bis 6000 Frank kosten dürften. Nach längerem Anschauen fiel seine Wahl auf zwei Übergänge mit Brillanten, einen Damenting mit Perlen und Brillanten und einen Herrenchring mit einem großen Brillanten. Diese Schmuckstücke kosteten zwar 7250 M. Herr de Santignac wollte aber auch so viel ansetzen, nur verlangte er einen Nachlaß von 5 Proz. Da die Verkäuferin diesen nicht bewilligen konnte, so rief sie den Geschäftsinhaber, der dem Verlangen des Kunden entsprach. Der Käufer ließ sich nun die Schmuckstücke in ein Kästchen packen und dieses rot umschmieren und mit der Aufschrift „Baron de Santignac, Rentier, Arlan, versehen. Dann verließ er es mit seinem Bescheid mit dem Zeichen O. S. und hat den Geschäftsmann um die Rechnung. Während der Juwelier diese ausgab, ließ sich der Baron von dem Ladenräufler noch eine Uhrkette aus dem Schaufenster nehmen und kaufte sie auch noch. Jetzt las er die Rechnung durch, öffnete seine Brieftasche und zählte eins, zwei, drei, vier, bis er stockte und feststellte, daß seine Brieftasche zur Begleichung der Rechnung doch nicht ausreichte. Sofort legte er die Uhrkette und das verriegelte Kästchen auf den Ladentisch und ging weg, um sich von einem Freunde den Betrag, der ihm noch fehlte, zu holen. Vergebens

Markte der Futtermittel auf seine Rückkehr. Endlich stieg ihm der Verdacht auf, daß er einem Gauner in die Hände gefallen sei, öffnete das Schmalzfaßchen und fand darin einen Kuchenschnitt aus dem "Petit Journal" und einige Kieselsteine. Der Kunde hatte unbemerkt das Kästchen mit einem anderen, ebenso verschmürten und verriegelten vertauscht. Baron de Santignac, der den nicht ganz neuen Kniff wahrscheinlich auch noch anderswo versuchen wird, ist etwa 40 Jahre alt und befehle.

Die Große Berliner sucht die Erhöhung des Straßenbahn-Abonnements humoristisch zu verteidigen. Sie gibt für ihre Angehörigen ein Blatt heraus, worin ein Fahrer H. gestattet wird, "ein Wort zur Abonnementserhöhung" zu sagen. Dieser Angestellte läßt seine vorschrittsmäßige Begeisterung für die neue Maßnahme der Direktion in folgenden Worten erschallen: "Wir sind 7000 Angestellte, die Lohnendes, langjähriges Brot, ja sogar Lebensstellung von unserer Direktion haben, und da haben wir alle ein großes Interesse daran, daß unsere Verwaltung finanziell gutdastet. Von einer solchen können wir immer noch mehr fordern als von einer Gesellschaft, der das Messer schon an der Kehle sitzt. Mögen die Straßenbahn-Abonnenten und der Verkehrsverein, dessen Mitglieder ein so menschenfreundliches Herz haben, daß sie gegen die "Anderthalb Mark-Erhöhung" zum Nutzen der unbemittelten Abonnenten kämpfen, doch auch an die 7000 Straßenbahner denken."

Eine Gesellschaft, die künstliche Maßnahmen treffen muß, um die fetten Gewinne, die sie einheimst, nach außen hin nicht zu hoch erscheinen zu lassen, malt die Perspektive an die Wand, daß ihr das Messer an der Kehle sitzt. Das zeugt von einem nicht alltäglichen Sinn für Humor.

Seine schwarzen Fassen. Am 23. September berichteten wir, daß der aus Warschau nach hier zurückgekehrte Schlosser Theodor Schadow an den schwarzen Poden erkrankt sei. Alle Vorsichtsmaßnahmen waren getroffen, um die Ansteckungsgefahr zu beseitigen. Gestern ist Herr Schadow aus der Charité, wo er in Behandlung war, entlassen worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Krankheit, an der er litt, gar nicht die schwarzen Poden waren; die Diagnose auf seinem Entlassungsschein lautet auf Windpocken.

Nach Unterschlagung von 5000 Mark ist der 20 Jahre alte Buchhalter Wilhelm Ulrich aus der Adalbertstr. 80 flüchtig geworden. Der junge Mann war seit zwei Jahren in der Seifenfabrik von Richterlein in der Linienstr. 39 angestellt und besorgte u. a. auch die Lohnzahlungen an die Arbeiter. Nach seinem Verschwinden entdeckte man einen Hehlbetrag von 5000 Mark. Der Ungetreue hat sich das Geld nach und nach angeeignet und besitzt davon wahrscheinlich nicht viel mehr.

Eine gefährliche Freisahrt machte vor einigen Tagen ein 23 Jahre alter Pole namens Johann Michowski. Der junge Mann, der nur polnisch spricht, suchte in Deutschland Arbeit. Als er bis Frankfurt a. D. gekommen war, ging ihm das Geld aus. Um nun doch Berlin, das Ziel seiner Sehnsucht, möglichst bald zu erreichen, setzte er sich in Frankfurt heimlich hinten auf den Puffer eines Kurierzuges, der ohne Aufsicht bis zum Schließens Bahnhof durchfährt. Hier aber wurde der "Blinde Passagier" bei dem Versuch, unbemerkt vom Bahnhof zu entkommen, ertappt und zur Feststellung seiner Persönlichkeit nach der Polizeiwache gebracht. Er war so bestürzt, daß man in ihm kaum noch einen Menschen erkannte. Jetzt wird er die Fahrt nachträglich wohl noch ziemlich teuer bezahlen müssen, aber er ist wenigstens in Berlin.

Um ein hübsches Kunstwerk ist der Zoologische Garten bereichert worden. Der Bildhauer Professor Ernst Moriz Seyger hat dem Garten eine Wiederholung des "Härendrums" geschenkt, dessen Original die Stadt Breslau vor kurzem erwarb. Der Vorwurf zeigt einen drolligen Malaienbüren, der auf einem Baumstamm hoch. Die und Baumstamm sind in Bronze hergestellt. Nicht man an der Halokette des Büren, so speit er Wasser, das in ein granitenes Becken fällt. Das Werk ist am Zugang zur Waldschene aufgestellt.

60 Jahre auf dem Droschkenbod. Der Droschkenkutscher August Schröder, der jetzt im 87. Lebensjahre steht, feiert am nächsten Sonntag den Tag, an dem er vor 60 Jahren zum erstenmal den Droschkenbod bestiegen hat. Noch heute geht er bei einem Fuhrherrn in der Blumenstraße seinem schweren Berufe nach, und er ist während seiner langen Dienstzeit stets seiner Droschke zweiter Güte treu geblieben.

Theater. An dem Schiller-Abend, den die Direktion des Schiller-Theaters am Sonntag, den 9. Oktober, im Bürgeraal des Rathauses veranstaltet, wirken die Damen Feldhammer und Sitten, die Herren Holtzhaus und Reimer mit. Den einleitenden Vortrag hält Herr Dr. Raphael Löwenfeld. "Frühen" ist der Titel eines neuen Original-Schauspiels von Karl Emil, dessen Uraufführung in nächster Zeit im Luisen-Theater stattfinden wird. — Zentral-Theater. Am Samstagabend gelangt, wie bereits angegeben, "Schmuggler Susi", Operette in 3 Akten von Benno Jacobson und Louis Windhopp. Musik von Victor Albert, zur Aufführung. — Im Belle-Alliance-Theater ist das Gastspiel von August Junkermann nach wie vor von größtem Erfolge begleitet; "Untel Dräsig" bleibt daher noch auf dem Repertoire. Nächsten Sonntagmorgen geht das Schauspiel "Deborah" in Szene. — Rational-Theater. Herr Reims hat sich von seinem Unwohlsein erholt, so daß heute (Freitag) "Nigoleto" mit Herrn Reims in der Titelrolle in Szene gehen kann. Als Separatstück debütiert der Bassist Herr Wislitz von der Wiener Hofoper. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Ein Novitäten-Konzert veranstaltet der Dirigenten-Verein in Berlin und der Umgegend Sonntag mittags 12 Uhr im Saale der Aktienbrauerei Friedrichshagen. Es wirken an dem Konzert, das ein beachtenswertes Programm aufweist, eine Anzahl dem Arbeiter-Sängerbund angehörende Gesangsvereine mit. Karten im Vorverkauf 25 Pf.

Der Alkoholgegnerbund, Ortsverein Groß-Berlin, wird seine volkstümlichen Vorträge diesen Winter wieder aufnehmen. Er ladet zu seiner öffentlichen Vereinsversammlung am Samstag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, in dem Bürgeraal des Rathauses jedermann ein. Thema: Täuschungen.

Die Freie Hochschule Berlin (Generalsekretär Dr. phil. Walter Blichner, Berlin W. 30, Frobenstraße 10 II) kündigt für das Herbstquartal (Oktober bis Dezember) folgende Vortragsreihen an: Rundgänge durch den Zoologischen Garten (Direktor Dr. Hed und Dr. Heimroth); Goethes Weltanschauung im Faust (Dr. Bruno Wille); Die Weltanschauung in Hofens Dramen (Th. Kappstein); Nietzsche's Zarathustra (Dr. H. Benzig); Was wissen wir über Jesus Christus? (Th. Kappstein); Menschenerziehung (Dr. H. Benzig); Die deutsche Mythik und ihre Voraussetzungen (Dr. H. Steiner); Kaiser Wilhelm I. (Dr. H. Maurerbrecher); Einfluss der Kultur auf unser Verleben (Dr. med. W. Berig); Wanderungen durch den menschlichen Körper (Dr. med. W. Hirschfeld); Das Geschlechtsleben und seine Gehege. Regierter Kurus nur für Herren (Dr. M. Hirschfeld); Weibliche Hygiene (Frau Elise Perzig, Dr. med.); Einführung in die Frauenfrage (Frau Elise Lüders, Schriftstellerin); Einführung in die Lichtbildkunst oder Photographie (Dr. W. Meyer); Einführung in die Geometrie (Dr. M. Apel); Einführung in die Algebra (Dr. M. Apel); Raffael, Leonardo und Michelangelo, mit farbigen Projektionsbildern (Dr. A. Koepfen); Die Kunst des Vortrags (Direktor Dr. Wöfel); Die für das praktische Leben wichtigsten Gebiete des bürgerlichen Rechts (Rechtsanwalt Hugo Caro); Einführung in die Nationalökonomie (A. Damaschke); Französische Vorträge und Kurse (Prof. Duberlier); Italienische Vorträge und Kurse (Prof. Speranza).

Die Vorträge finden statt: Im Rathaus (Bürgeraal und Zimmer 109); im Köllnischen Gymnasium (C. Anferstraße 2/5); in der Charlottenstraße (W., Steglitzerstraße 20); in der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule (C. 10, Niederwallstraße 12); in der X. Realschule (N. 24, Auguststraße 21); im Zoologischen Garten und in der Reicherschen Hochschule am Savigny-Platz 7.

Programme, die alles weitere enthalten, sind unentgeltlich zu haben u. a. bei Wertheim, Leipzigerstraße (an der Theaterkasse) und in sämtlichen Filialen des Zigaretengeschäfts von Roser u. Wolff.

Das „Berliner Verkehrs-Lexikon“ (Verlag von Max Schönbberger, 40 Pf.) ist soeben erschienen. Der Lokalverkehr der Eisenbahnen, der Elektrischen, der Dampfer etc. ist sehr übersichtlich und genau behandelt und der Fernverkehr weist auf einen Blick die kompliziertesten Eisenbahn-Verbindungen durch ganz Deutschland nach.

## Aus den Nachbarorten.

Für den Neubau einer evangelischen Kirche in Schöneberg soll jetzt mit der Ausarbeitung der Pläne begonnen worden sein. Es ist kaum ein halbes Jahr verflossen, seit die Nattonalkirche im Friedenauer Ortsteil fertiggestellt wurde, und abermals scheint das Bedürfnis nach einer Stätte zur Verteidigung christlicher Erbauung vorhanden zu sein. Daß hierzu am Orte selbst, von angrenzenden Gotteshäusern ganz zu schweigen, zu wenig Gelegenheit geboten ist, dürfte füglich nicht behauptet werden — jedoch, der zu einem solchen Bau gehörige Raum wird wohl hierbei nicht in Betracht kommen. Wenn auch immer behauptet wird, die hiesige Kirchengemeinde selbst besitze kein Vermögen, so scheint dem doch nicht so zu sein, es gehören ihr im Gegenteile am Orte noch ganz ansehnliche Ländereien, in deren Angelegenheit die Kommune zu ihrem Leidwesen schon oft unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Man denke nur an die Eisenachstraße, die wegen der Haltung der beteiligten kirchlichen Körperschaften bisher nicht hat weitergeführt werden können. Die geplante Kirche soll neben der alten in der Schöneberger Dorfstraße auf dem Pfarrgrundstück zu stehen kommen. Gewisse Kreise scheinen sich mit der Hoffnung zu tragen, daß auch die Kommune zu den Vorkosten beitragen wird. Wir möchten indes wünschen, daß sie die Hand auf den Stadtsäckel hält, es sind am Orte eine Anzahl wichtigerer Aufgaben zu erfüllen, wofür das Geld im Interesse der Allgemeinheit gewiß besser angewandt wird.

Die Krankenfürsorge des Kreises Nieder-Barnim. Uns wird geschrieben: Bekanntlich hat die Gemeinde Rankow beschlossen, aus eigenen Mitteln ein Krankenhaus zu errichten; sie will nach einem Beschluß, der in der letzten Sitzung gefaßt wurde, zu diesem Zwecke bei der Kreis-Sparkasse ein Darlehen in der Höhe von 300 000 M. verzinsbar mit 3 1/2 Proz. aufnehmen. Die Amortisation soll im Jahre 1906 beginnen und eine einprozentige sein. Zu gleicher Zeit lag ein Antrag des Landrates und des Kreis-Ausschusses vom Nieder-Barnimer Kreise vor, in welchem die Körperkassen sich erboten, die Amortisation der Krankenhans-Bauschuld auf den Kreisfonds zu übernehmen und auch auf einen Teil im Kuratorium des Krankenhauses zu verzichten, wenn — Rankow dem Kreise 20 anzig Betten zur Verfügung stelle, und zwar solange wie Rankow zum Kreisverband gehört. Nachdem bereits die Bau- und die Rechnungskommission diesen Antrag abgelehnt hatte, beschloß auch das Plenum einstimmig die Ablehnung dieses Antrages. Aus den Verhandlungen in den Kommissionen ist hervorzuhellen, daß der Kreis ein Drittel der vorläufig in Aussicht genommenen sechzig Betten für sich in Anspruch nimmt und dafür außer den Verpflegungskosten ganze dreitausendsechshundert Mark der Gemeinde Rankow bietet, während diese außer den 12 000 Mark der Verzinsung der Bauschuld noch sämtliche Kosten, welche ein Krankenhaus mit sich bringt, aus eigenen Mitteln zu beden hat. Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß der Nieder-Barnimer Kreis, welcher der bedürftigste der preussischen Monarchie ist, laut Etat für das Rechnungsjahr 1904 folgendes für die Gesundheitspflege des Kreises ausgibt: Zur Unterstützung der die unentgeltliche Krankenpflege durch ausgebildete Pflegerinnen ausübenden Krankenpflege-Stationen 10 000 M., zur Durchführung von Maßnahmen für die Gesundheitspflege und für die Unterstützung der Raubmitteln 8000 M., außerdem kommen hinzu drei Freistellen in der Taubstummenanstalt in Briesen mit 1060 M., drei Freistellen für Epileptische in Potsdam mit 1080 M., drei Freistellen in einer Augenklinik 300 M., sechs Freistellen in der Kinderheilstätte des See-Hospizes in Kolberg 270 M., vier Freistellen in der Kinderpflegeanstalt Lenzheim 180 M. Diese winzigen Beträge werden bei einer Einnahme von 1 152 100 M. für Krankenpflege ausgegeben. Wahrscheinlich, es wird die höchste Zeit, daß die Vororte vom Kreise loskommen!

Der Nixdorfer Männerchor (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Deutschen Birtshaus zu Nixdorf, Bergstr. 136, sein fünfstes populäres Konzert. Mitwirkende sind die Konzertsängerin Fräulein Dora Rabig und das „Trio moderno de Paris“. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Nixdorf. Der Schuhmachermeister Theodor Schmidt, Hermannstraße 37/38, übergab dieser Tage seinem verheirateten Wesellen Wilhelm Knape einen Hundertmarkschein zur Bezahlung eines Bescholds. K. unterließ jedoch das Geld und verbrachte es in Berliner Damenfreizeiten. Als er auch der letzten Groschen ausgegeben hatte, kehrte er nach Nixdorf zurück, wo ihn die inzwischen benachrichtigte Kriminalpolizei in Haft nahm.

In Wilmsdorf will man der Großen Berliner Straßenbahn durch Einrichtung eines ausgedehnten Omnibusbetriebes Konkurrenz machen. Um zwischen den einzelnen Stadtbezirken von Wilmsdorf eine bessere Verbindung zu schaffen, hat sich die Wilmsdorfer Gemeinde-Verkehrsdeputation mit dem Plane der Einführung von Omnibuslinien beschäftigt und beschlossen, der Gemeindevertretung die Einrichtung von drei Linien zu empfehlen, und zwar: 1. Zoologischer Garten—Wilhelmsdane, 2. Zoologischer Garten—Kurfürstendamm—Galenice und eine 3. Linie als Verbindung des Nordens von Wilmsdorf mit Schöneberg über den Victoria-Luisen-Platz. Ferner sollen der Fünfspennig-Tarif und der Nachtverkehr zur Einführung gelangen.

Sterbefälle und Sterblichkeit in Charlottenburg. Die Sterblichkeit der Charlottenburger Bevölkerung hat in den letzten 30 Jahren sehr bedeutend abgenommen. Während im Jahre 1871 noch 44 Sterbefälle auf 1000 Einwohner kamen, hat sich die Zahl jetzt auf 14 reduziert, und Charlottenburg steht heute unter den 44 deutschen Großstädten am günstigsten, trotzdem es 1881 noch eine der ungünstigsten Sterblichkeitsziffern aufwies. Seine Sterblichkeitsziffer (31,0) wurde damals nur von Breslau, München und Königsberg i. Pr. übertroffen, aber keine deutsche Großstadt hat in den 20 Jahren von 1881 bis 1901 eine ähnlich starke Abnahme der Sterblichkeit gezeigt wie gerade Charlottenburg. Die Sterbeziffer für Berlin ist während dieser Zeit von 28,8 auf 19,0, also um 9,8 Promille gefallen, die für Charlottenburg von 31,0 auf 14,5, d. h. um 16,5 Promille. Allerdings läßt sich aus der Kleinheit der Sterbeziffer allein kein festerer Schluß auf die günstigeren Lebensbedingungen und die geringere Sterblichkeit ziehen. Eine verhältnismäßig niedrige Zahl der Geburten verringert naturgemäß die Sterbeziffer, da die große Sterblichkeit in den ersten Lebensmonaten einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtsterblichkeit ausübt. Ebenso verringert sich die Sterbeziffer, wenn der Anteil der in den mittleren Altersklassen befindlichen Personen sehr groß ist, da die geringe Sterblichkeit dieser Altersstufen wesentlich die Gesamtsterblichkeit herabdrückt. In Charlottenburg ist sowohl die Geburtenzahl eine recht niedrige als auch die in den mittleren Altersklassen stehende Bevölkerung verhältnismäßig groß. Es muß daher durch beide Umstände die Sterblichkeitsziffer in Charlottenburg herabgedrückt werden. Um annähernd eine Schätzung dieser Einflüsse zu erhalten, wurden für das Jahr 1903 die Sterbeziffern für das männliche und weibliche Geschlecht in der üblichen Weise ermittelt, dann aber berechnet, wie groß diese Sterbeziffern sein würden, wenn die Verteilung der Bevölkerung nach Altersklassen in Charlottenburg proportional dieselbe wäre, wie sie in dem gesamten Deutschen Reich zur Zeit der letzten Volkszählung war. Es ergab sich (ausschließlich der Totgeburt) für das männliche Geschlecht eine Sterbeziffer von 15,78, für das weibliche eine solche von 11,73. Wenn die Altersverteilung so angenommen wurde, wie sie im

Deutschen Reich durchschnittlich ist, dabei aber die Sterblichkeitsbedingungen für jedes Alterjahr so, wie sie in Charlottenburg sind, so ergab sich für das männliche Geschlecht die Sterbeziffer 19,58, für das weibliche 14,98. Es wird also durch den Umstand, daß in Charlottenburg infolge der geringen Geburtenzahl die Bevölkerung der ersten Lebensjahre verhältnismäßig zu wenig und wegen der starken Zuwanderung die Bevölkerung der mittleren Altersklassen verhältnismäßig zu stark vertreten ist, die Sterbeziffer des männlichen Geschlechts um 3,8, die des weiblichen um 3,2, im Durchschnitt also um 3,5 Promille erniedrigt. Immerhin bleibt, auch wenn man diese 3,5 Promille hinzurechnet, die Sterbeziffer in Charlottenburg noch weit hinter der im Deutschen Reich zurück. Es müssen also die Sterblichkeitsverhältnisse der Charlottenburger Einwohnerschaft als weit günstiger bezeichnet werden als die durchschnittlichen Sterblichkeitsverhältnisse des deutschen Volkes.

Allerdings sind die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen Stadtteilen sehr ungleich. Noch günstiger als der Durchschnitt von ganz Charlottenburg sind die reichen und wohlhabenden Bezirke, während die eigentlichen Arbeiterbezirke eine höhere Sterblichkeitsziffer aufweisen.

Ueber die Todesursachen im einzelnen nur wenige Bemerkungen. Es starben im Jahre 1903 von je 100 000 männlichen Personen 1506, darunter 175 an Tuberkulose, 137 an Lungenerkrankung, 80 an anderen Krankheiten der Atmungsorgane. Die Tuberkulose machte ungefähr 1/3 aller Todesursachen aus. In besonders hohem Maße wurden die mittleren Lebensalter von dieser Krankheit heimgesucht. Im Alter von 15—20 Jahren entfielen 43 Proz. aller Todesfälle auf Tuberkulose, im Alter von 20—25 Jahren 46 Proz., im Alter von 25—30 Jahren 48 Proz. Von da an nimmt der Prozentsatz schnell ab. Ähnlichen Verhältnissen begegnen wir beim weiblichen Geschlecht; hier findet man im Alter von 25—30 Jahren sogar bei mehr als 50 Proz. aller Todesfälle Tuberkulose als Ursache angegeben.

Die Sterbefälle der Kinder im ersten Lebensjahre zeigen ein starkes Anwachsen in den Sommermonaten Juli, August und September. Es starben im Jahre 1903 durchschnittlich von 100 000 Einwohnern 412 Kinder im ersten Lebensjahre, in den Monaten Juli, August, September betragen diese die Dauer des ganzen Jahres erhöhten Zahlen 644, 788 und 528, im Monat Januar nur 247. Hiernach starben in den heißen Augusttagen täglich ungefähr dreimal soviele Kinder als in den Tagen des Januar. Die starke Kindersterblichkeit in den Sommermonaten ist wesentlich Störungen der Ernährung durch schädliche Veränderung der Milch und dadurch verursachte Krankheiten des Verdauungsapparates zuzuschreiben. Es hat sich gezeigt, daß bei Kindern, die mit Muttermilch ernährt wurden, in weit geringerem Grade der Unterschied von Sommer und Winter in der Sterblichkeit sich geltend macht als bei solchen, die mit Tiermilch oder anderen Surrogaten oder Brustmilch ernährt wurden.

## Gerichts-Zeitung.

Von psychologischem Interesse war die Verhandlung wegen vorläufiger Verhaftung, welche gestern von dem Schwurgericht des Landgerichts II gegen den Arbeiter Wilhelm Hamer Schmidt verhandelt wurde. Am Abend des 9. Januar d. J. brannte eine zum Rittergute Markee bei Rauen gehörige Getreideheune nieder. Dem Besitzer wurde dadurch ein bedeutender Schaden zugefügt. Es war zweifellos, daß böswillige Veranlassung vorlag, doch wäre der Täter schwerlich entdeckt worden, wenn dieser sich nicht aus freien Stücken bei der Behörde gemeldet hätte. Dies tat der bisher völlig unbefangene Angeklagte, er gab an, daß er wegen seiner Tat Reue fühle. Dies Geständnis wiederholte der Angeklagte im geistigen Termine. Er sei stets ein Freund vom Schnapsgeiz gewesen. Im Jahre 1891 sei seine Frau gestorben, von der er unbeschreiblich viel gehalten habe. Von dieser Zeit an habe er jede Willenskraft und jeden Halt verloren, er habe keine Lust mehr zum Arbeiten gehabt, seinen kleinen Haushalt aufgelöst, das Mobiliar verkauft und sich bei anderen Leuten eingemietet. Er habe große Mengen Schnaps zu sich genommen, wohl 1 1/2 Liter täglich. Einmal sei er auch in der Charité am Säuferwahnstium behandelt worden. Am Abend des 9. Januar sei er von Berlin zurückgekommen, wo er sich einige Tage bei Verwandten aufgehalten habe. Er sei wie gewöhnlich betrunken, aber noch vollständig Herr seiner Sinne gewesen. Als er von Rauen nach seinem Heimatdort gegangen sei, habe er an der Scheune vorbeigehen müssen, und dabei sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen: „Die müßt Du antesten!“ Er sei sofort zur Ausführung geschritten. Jemand einen Weidegrund für sein Tun könne er nicht angeben, er sei dem Eigentümer keineswegs unfreundlich gesinnt, wie er überhaupt mit allen Leuten in Frieden lebe. Dies Geständnis fand durch die Weisaufnahme Bestätigung. Die Zeugen schilderten den Angeklagten als einen guten Mann, der früher auch ein tüchtiger Arbeiter gewesen sei, wenn er auch damals schon dem Schnaps häufig in übertriebener Weise zugesprochen habe. Es fragte sich nun, ob der Angeklagte bei der Begehung der Tat zurechnungsfähig war, wie er selbst allerdings behauptete. Die medizinischen Sachverständigen Gerichtsarzt Dr. Stoermer und Medizinalrat Dr. Witzenzweig, begutachteten, daß man es zweifellos mit einem durch Alkohol zugrunde gerichteten, kranken Mann zu tun habe, daß seine freie Willensbestimmung bei Begehung der Tat aber ausgeschlossen war, können sie nicht bejahen. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig unter Zubilligung von mildernden Umständen, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Herber, Bedenken geltend machte, ob der Angeklagte nicht doch die Tat in einem Zustande der Unzurechnungsfähigkeit begangen habe. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch im Sinne des Staatsanwalts ab, worauf der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden, verurteilt wurde.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedenschaft Berlin). Freitag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Paphos Haus, Landsbergerstr. 39: Mitgliederversammlung.

## Briefkasten der Redaktion.

Z. M. Frohne, Republik oder Monarchie. — 415. Rein. — 2. 2. 1. Ja. 2. Nein. — 1870. In Paris anfragen. — Tokio. Die Adresse ist gut. — Polonia. Verbotten! Doch ist Polen nicht verloren. — N. W. Ja. — Mitteilser. 1325. Florian Geier. — Hannover. 1. 1899. 2. Das Protokoll enthält die gegen den Abg. M. Sch. gerichteten Resolutionen; darunter die Nummer 82, Seite 68; außerdem die Resolution auf Seite 267. — 2. M. Aumt. Geschäftsstelle: W. Derflingerstr. 16. — N. A. Rein. — H. C. Am 19. Januar 1893 wurden in Berlin äußere Stadt als niedrige Temperatur seit 1870—31 Grad Celsius beobachtet.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gesüner: 7 Uhr.

100 2. Eine Kautionsfrau unterliegt nicht der Krankensicherungs-pflicht. — 2. Wertende C. 11. Nach Ansicht der katholischen Kirche: Rein. — 2. 20. 1. 2. W. 50. Ja. — Pilgerstud 4047. Wegen Pflege eines Kindes können Sie sich an die Waisenanstalt wenden. „Ugen“ wird ein Kind jedoch nur durch Adoptionsvertrag, der geschichtlich oder notariell zu schließen ist und gerichtlicher Genehmigung bedarf. Die Ueberlassung eines Kindes in der von Ihnen erwähnten Weise wäre unzulässig. — Vereingete Profetarien. Rein. — Jude 14. Der Polizei steht eine Person über Annoncen oder den sonstigen Inhalt der Zeitung nicht zu. Hat sie in einem bestimmten Falle darauf aufmerksam gemacht, daß eine Annonce zu beanstanden sei, wie Sie schreiben, so steht die Einschickung über Aufnahme oder Nichtaufnahme des Antrags demnach der Zeitung völlig frei. Dem von Ihnen angeführten Anmerk. wurde mit Recht die Aufnahme verweigert, weil seine Aufnahme eine Bekämpfung wegen Geheimnisschuld nach sich ziehen kann. Ob die gleichlautende Annonce anderswo unbekanntet erscheint, ist rechtlich völlig gleichgültig. Teilen Sie in der Annonce mit, aus welchen Angelegenheiten Ihr Mittel besteht, so vermeiden Sie die Beanstandung nach der rechtlichen Seite hin. — W. R. Ja. — C. R. 42. In Berlin hat die Dumbsteuer-Ordnung vom 19. Januar 1895 die Hundsteuer auf 20 Mark festgesetzt. Die ältere Hundsteuer-Ordnung

vom 2. Juni 1892 ist durch diese neuere ersetzt. — **G. S. 100.** Soweit die Sachlage ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuern, die die Verhältnisse nach vorangegangener, bis am 15. erfolgter Kündigung überseits zum 1. zu lösen, da von Ihnen nur ein mündlicher Monatsvertrag abgeschlossen zu sein scheint. Sie sind jedoch, auch falls diese Annahme zutreffen sollte, keineswegs berechtigt, die von Ihnen gekaufte Einrichtung ohne Zustimmung des Wertes aus dem Hause zu entfernen, da das Retentionsrecht an diesen Gegenständen für die volle Mietdauer Ihres Verkäufers dem Wert zusteht. — **G. S. 99.** Wein. — **Erbschaft 1000.** Um milderlichen tritt der antipathische, habgierige, tierische Charakter vieler Menschen bei Erbstrittigkeiten zutage. Sie können sich damit trösten, daß Ihre Mitreden diesen Zug mit den verlotterten Rücksichtlichkeiten beiderlei Geschlechts teilen. Haben Sie jahrelang Ihre Schwiegermutter befohlen und in deren Räumen ohne Mißgunst gewohnt, so ist darauf ja die stillschweigende, durch Handlungen betätigte Willensübereinstimmung zu entnehmen, daß Kost und Wohnungsverhältnisse unentgeltlich oder gegen einander abgegolten sein sollte. Macht Ihre Schwiegermutter jetzt Mißgunstansprüche geltend, so beantragen Sie, die Klage abzuweisen, eventuell die Klager zur Zahlung angemessener Kosten zu verurteilen. Daß ein Gericht Sie verurteilen wird, ist trotz des Gläubigercharakters der Rechtsprechung nicht anzunehmen. — **M. S. 100.** Wird ein Testament errichtet, wozu zu raten ist, so sind dessen Bestimmungen maßgebend. Stirbt Ihr Mann testamentlos vor

Ihnen, so erben Sie  $\frac{1}{2}$  Ihre Stiefkinder  $\frac{1}{2}$  des Nachlasses. Haben Sie vor 1900 in der Markt geerbt, so steht Ihnen die Wahl zwischen dem eben dargelegten Recht aus dem bürgerlichen Gesetzbuch und dem mündlichen Erbschaft zu. Nach letzterem ist aus dem Vermögen beider Eheleute eine gemeinsame Masse zu bilden. Dem überlebenden Ehegatten steht das Recht auf die Hälfte dieser Masse zu. Zu dem Nachlaß und dem Vermögen gehören stets auch die Schulden.

**Marktbreise von Berlin am 5. Oktober.** Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,55—17,53 M., mittel 17,51—17,49 M., geringe 17,47—17,45 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,75—13,74 M., mittel 13,73—13,72 M., geringe 13,71—13,70 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,50—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,30 M. Hafer\*, gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00—25,00 M. Linen 60,00—28,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Rübölroh 4,80—4,16 M. Deu 9,40—7,10 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schod 4,50—3,20 M. \*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

**Wasserstand am 5. Oktober.** Elbe bei Ruffig — 0,52 Meter, bei Dresden — 1,97 Meter, bei Magdeburg + 0,25 Meter. — Unstrut bei

Witterungsüberblick vom 6. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.
Frankfurt	744	SW	6	Regen	10	Saarbrücken	748	SW	2	Heiter	1
Ober-Rhein	739	SW	6	bedeckt	12	Petersburg	740	SW	3	bedeckt	9
Frankfurt	746	SW	3	Regen	12	Wien	750	SW	3	bedeckt	9
Frankfurt	750	SW	5	bedeckt	14	Paris	755	SW	3	bedeckt	14
Frankfurt	755	SW	6	Regen	13						
Frankfurt	755	SW	12	bedeckt	13						

Weiter-Prognose für Freitag, den 7. Oktober 1904.  
Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Freitag, den 7. Oktober.  
Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
Opernhaus. 1. Sinfonie-Wend der Königl. Kapelle.  
Mittags 12 Uhr: Sinfonie-Musik.  
Neues königl. Opern-Theater.  
Die Frau von Messina oder: Die feindlichen Brüder.  
Deutsches. Rettungskübel.  
Berliner. Alt-Heidelberg.  
Festung. Traumulus.  
Weihen. La Traviata.  
Thalia. Der Weiberkönig.  
Central. Der Bettelstudent.  
Deutsche Volksbühne. Klar zum Gefecht.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Johannisfeuer.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
König Lear.  
National. Rigoletto.  
Belle-Alliance. Onkel Bräsig.  
Neues. Die Kronpräsidenten.  
Kleines. Nachtsyl.  
Reichshallen. Eine Hochzeit.  
Lustspielhaus. Ein wahrhaft guter Mensch.  
Trianon. Gastons Frauen.  
Süssen. Hamlet.  
Casino. Mutter Gräbert.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.  
Palast. Vom Himmel zur Hölle. — Spezialitäten.  
Herrnsfeld-Theater. Nur eine Nacht. — Um andern Morgen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sängers.  
Passage-Theater. Dida. Spezialitäten. — Anfang 8 Uhr.  
Herrnsfeld-Theater. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater: Im Sommer der Jungfrau.  
Um 4 Uhr: Die Insel Rügen.  
Im Hofaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Grundlagen der Chemie.  
Invalidentheater. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Johannisfeuer.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Johannisfeuer.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Tallman.**

**Kleines Theater**  
Sereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr:  
**Fräulein Julie.**  
Sonntag, Fräulein Julie.  
Sonntag, Nachtsyl.  
Montag: Des Pastors Riecke.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.  
Täglich abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Der Weiberkönig.**  
(Guido Thielscher, Lina Abarbanell, Fritz Helmendorf, Josephina Dora in den Hauptrollen.)  
Sonntag, nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr bei halben Preisen: Charleys Tante.

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**König Lear.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Grossstadtluft.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**König Lear.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Grossstadtluft.**

**Neues Theater.**  
Anfang 7 Uhr:  
**Die Kronpräsidenten.**  
Sonntag und Sonntag:  
**Die Kronpräsidenten.**  
Montag: Erdgeist.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Täglich abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**August Junkermann**  
als  
**Onkel Bräsig.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr & halben Preisen: Deborah.

**Original SINGER Nähmaschinen**  
Man beachte die Fabrikmarke.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipzigerstrasse 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

**Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.**  
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
Flaschen-Abteilung: Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 6221\*

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlfeste Adlershof.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser stolzes **Queitsch** plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Adlershofer Kirchhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
90/5 Die Ortsverwaltung.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Gattin und Mutter sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Walter Kanahe unseren herzlichsten Dank.  
1905  
**August Kühne** nebst Kindern.

**Böhm. Brauhaus**  
Landsberger Allee.  
Heute, Freitag, den 7. Oktober, sowie jeden Freitag:  
**I. Soiree**  
der beliebten Fritz  
**Steidl-Sänger**  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.)  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: Suggenhausen, Reich-Platz.  
Jeden Mittwoch: Klions Festsalle, Galenbeide.  
Jede Woche völlig neues Programm

**Sanssouci.**  
Kollischer Thor — Stat. der Hochbahn.  
Donnerst., Sonn-, Mont., Hoffmanns Nord. Sängers.  
Nach jeder Soiree: Tankränzchen.  
Jed. Dienstag u. Mittwoch: Theater-Abend.  
Dienstag, den 11. Oktober: Kaiser Josef II. und die Schwestern.  
Alle ausgegebenen Vorzugskarten gelten.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sängers (Weibel, Pietro, Britton, Steidl, Plattner, Böhme, Böhmam, Walden, Schrader).  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Feldschlößchen.**  
Rüderstraße 142.  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
Die Regimentstochter.  
Bauderville in vier Akten nach dem Französischen von D. Ennery und Karl Bouvier.  
Nach der Gr. Familien-Ball.  
Entree 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf.  
Anfang 8 Uhr.

**Weimanns Volksgarten-Theater.**  
Badstraße 56, Gesundbrunnen.  
Nächste Vorstellung: Sonntag, den 7. Oktober.  
**Die Anna-Liese.**  
Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen von D. Verh.  
Heute Freitag: **FriscHe Wurst**  
in bekannter label-loser Qualität.  
Lindenstr. 69, Hofpark.  
Freitag- und Samstag.  
Sitzungsnummer. Tel. Amt IV, 8927.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Im Bannkreis der Jungfrau.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**  
Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Grundlagen der Chemie.  
Invalidentheater. Sternwarte. str. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Rosa**  
das gelehrte Pferd!

**Apollo-Theater.**  
Die Attraktionen des neuen Oktober-Programms.  
Hierauf:  
**Berliner Luft.**  
Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingsluft. Operette von Josef Strauß.  
**Metropol-Theater**  
Josef Giampietro a. D. Bender. Josephl. Grünfeld. Frid-Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Eine Hochzeit.**  
(Una Nuit de Noce).  
Schwan in 3 Akten von H. Brown und H. Parre.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

**Kasino-Theater.**  
Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.  
Zum erstenmal:  
**Gastons Frauen.**  
Schwan in 3 Akten von Viktor de Cellens und Pierre Weber.  
Anfang 8 Uhr.

**Zirkus Schumann.**  
Heute, Freitag, den 7. Oktober, abends präzis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
Zum 14. Male:  
Unendlich köstlicher Beifall:  
Das große mimische Drama in 8 Bildern:  
**Michael Strogoff** oder:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Genialste, hier noch nie gesehene Licht- und Wasser-Effekte.  
Vorher die großartigen Spezialitäten.  
U. a.: Zum erstenmal auf dem Kontinent:  
Die 40 Stroboile d. Ross. Parnellott.  
Höchst originell:  
**Berliner Taxameter.**  
Der russische Champion  
**Georg Lurich.**  
Die infomischen Reiterpostbiere.  
Herr Albert Carré, Preisrichter.  
Sämtliche Clowns und Auguste mit ihren neuesten Späßen.  
Direktor **Alb. Schumanns** neueste Monstre-Dressuren.  
Sonntag, den 9. d. M.: 2 große Galavorstellungen. Nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr (1 Kind frei) und abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Zum 16. Male: **Michael Strogoff** oder: **Der Kurier des Zaren.**

**Gebüder Herrnsfeld-Theater**  
Ueber 200 Mal: der größte Herrnsfeld-Schlager  
**Nur eine Nacht**  
zwei Akte aus einer Ehe, und  
**Am andern Morgen**  
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Auf. (auch Sonntags) 8 Uhr.

**Skala-Theater.**  
Friedrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
**Sensationelles Programm!**  
**Familie Schmeckes**  
Komie mit Gesang in einem Akt, sowie  
**30 international. Spezialitäten.**  
Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Dienstag, Donnerstag, Samstag, Sonntag.  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Reiterpark:  
**Tanz.**

**Palast-Theater.**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.  
**III. Elite-Vorstellung.**  
**Kean**  
oder: Genie und Leidenschaft.  
Schauspiel in 5 Akten v. Alex. Dumas, unter Mitwirkung namhafter Gäste.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Gastspiel der Opern-Gesellschaft des Kapellmeister Herrn von Althausen: **Der Troubadour.**  
Große Oper in 4 Akten von Verdi mit bedeutend verstärktem Orchester.

**Zirkus Busch.**  
Komischer Gala-Abend.  
**Eine Zebra-Komödie.**  
**10 dress. Elefanten.**  
15 Polarbären von Mr. Henriksen.  
Die berühmte französische Reiterfamilie Lécousson. Clowen Pinta mit seiner dress. Gänsehunde. Budapests Stierkämpfe. Sigerl-Clowen Daniels.  
**Süd-West-Afrika.**  
Sonntag in beiden Vorstellungen: 15 Polarbären. 10 dress. Elefanten.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.  
**Das grossartige Oktober-Programm:**  
**Hans Frey,** Humorist.  
**Geschw. Fiocati,** Tanzduo.  
**Engelski-Truppe,** Russ. Ges. u. Tanz-Ensemble die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.  
**Dida**  
14 neue erstklass. Nummern.

**Palast-Theater.**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.  
**III. Elite-Vorstellung.**  
**Kean**  
oder: Genie und Leidenschaft.  
Schauspiel in 5 Akten v. Alex. Dumas, unter Mitwirkung namhafter Gäste.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Gastspiel der Opern-Gesellschaft des Kapellmeister Herrn von Althausen: **Der Troubadour.**  
Große Oper in 4 Akten von Verdi mit bedeutend verstärktem Orchester.

**Otto Pritzkows Abnormitäten - Ausstellung**  
Münzstr. 16, am Alexanderpl.  
**Feodora, das Weib mit den Löwentatzen.**  
Lebend! Lebend!  
32 Jahre alt, 70 cm. groß.  
**Charlesto, das rätselhafte medizinische Wunder.**  
**Nada und Anemos,** Gedankenleser.  
Eintritt 10 Pf.

**Lustspielhaus**  
Friedrichstr. 236.  
**Biederleute.**  
Von Robert Brück.  
Sonntag: Biederleute.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Rose von Avignon.**  
Schauspiel von Charl. Virch. Heister.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Einsige Sonnabende sind zu Vereins-schließzeiten frei.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm.  
LIANE DE VRIES  
Pariser Sängers.  
Edi Stadler, Jodler.  
Die Asahi, japanische Akrobaten.  
Merton und Elliot, Papier-Manipulatoren.  
Pas de Deux oriental.  
Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.  
Die Harmony Four, amerik. Quartett.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Howard de Grey, Barfußkünstlerin.  
Permano Eros, Clowns.  
Agost-Familie, Jongleure.  
Larive, französische Soubrrette.  
Das Motogirl.  
Romsakoffs, weibliche Kosaken.  
Der Biograph.

**Palast-Theater.**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.  
**III. Elite-Vorstellung.**  
**Kean**  
oder: Genie und Leidenschaft.  
Schauspiel in 5 Akten v. Alex. Dumas, unter Mitwirkung namhafter Gäste.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Gastspiel der Opern-Gesellschaft des Kapellmeister Herrn von Althausen: **Der Troubadour.**  
Große Oper in 4 Akten von Verdi mit bedeutend verstärktem Orchester.

**Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.**  
Frankfurter-Allee 85.  
Das vorzügl. Oktober-Programm.  
30 Nummern.  
**Neu! Der mysteriöse Elefant**  
(Runder der Dresfur).  
**Neu! Der Schneider in tausend Aengsten.**  
Große Fosse.  
Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

# Grosser Ausverkauf wegen Geschäftsauflösung!

Unser seit 15 Jahren bestehendes Geschäft

## Ecke König- und Spandauer Strasse

sind wir, wegen baupolizeilicher Beschränkungen, gezwungen aufzulösen.

### Der Ausverkauf geschieht zu ganz enorm billigen Preisen.

# L. Katz & Co.

Unser Spezialgeschäft bleibt nach wie vor  
**„Spandauer Strasse 45 am Molkenmarkt“.**

## Adolf Cohn jr.

Inh. Ludwig Cohn

### Kaufhaus für Damenputz

Special-Abteilung für

== Trauerhüte und Kinderhüte ==

Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 114

Tel. VII. 3060. — Ecke Andreasstrasse. — 246L\*

Der Verkauf findet von jetzt ab zu sehr billigen, jedoch streng festen Preisen statt.

Jeder Gegenstand ist mit deutlichen Zahlen zu dem billigsten, festen Verkaufspreis ausgezeichnet.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**H. Preuss,** Swinemünderstr. 66, 1. Etage, Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949) bekannte billigste Bezugsquelle f. Händler, Neu-Etablierungen etc. Spezialität: **Pre-Ussina-Cigarren** geschl. geg. Specialmarken f. Renner, in allen Preislagen überall käuf.

## Möbel Rich. Rosien

315L\* N., Schwedterstrasse 26.

Zur Saison empfehle meiner geehrten Kundschaft mein reichhaltiges Möbellager zur gef. Besichtigung.

Abonnenten des „Vorwärts“ gewähre bei Bar-Einkauf

== 4 Prozent Rabatt. ==



**Album und Ledermorengarbit Oskar Gundau.** Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckgegenstände zu bill. Preisen.

**Achtung! Vereine!** Totensonntag ist frei geworden. F. Scholz, Gr. Frankfurterstr. 74.



## Hut-Centrale

Oranienstr. 2. Großes Specialgeschäft für Filz- u. Seiden-Hüte.

Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

**Uhren, Grammophone, Goldwaren** sowie sämtliche Zubehöre; Reparaturen, Platten billigst. **Franz Henschke,** N., Swinemünderstr. 39. Tel. Amt III. 5008.

# Soeben erschienen: Fritz Reuters sämtliche Werke.

Neue u. zugleich billigste Ausgabe. In 4 eleganten Leinenbänden 6,- M. In 4 eleganten Halbfranzbänden 11,- M. Preis der bisher billigsten Ausgabe 10,- M.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts, Linden-Strasse 60, Laden.**

Jedes **5 Pfennig.** Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Bekanntmachung.** Spottbillig Betten, Gardinen, Stores, Portieren, Herrengarderoben, Damenläden, Wandkleidhaus Weidenweg neuziehen.

**Brantente.** Trauringe, Herrenuhren, Damenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckgegenstände, Aussteuerwäse spottbillig. Weidenweg neuziehen. 753\*

**Wingler.** Regulateure, Preischwinger, Spiegel, Wandkleidhaus Weidenweg neuziehen. 753\*

**Stannenerregend.** Tischdecken, hochlegante Teppiche. Wandkleidhaus Weidenweg neuziehen. 753\*

**Spottbillig.** Gardinenreste, Bettwäsche, Bettmatten. Wandkleidhaus Weidenweg neuziehen. 753\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 797\*

**Hochverehmte Herren-Anzüge.** Winterpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18,00-38,00. Deutsches Versandhaus, Bägerstr. 63 I. \*

**Herrenanzüge, Lederzieher,** wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelegt, läuft man am billigsten nur direkt beim Schneidermeister Rüstzell, Rosenfelderstr. 15, III. 146/19\*

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Dörfelcher Markt 4, Bahnhofstr. 142/12\*

**Gardinen-Specialgeschäft** Blumenstr. 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsquelle. 2545K\*

**Sofas,** größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35b. 28\*

**1000 neue Nähmaschinen** gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre freie Garantie. Wellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landwehrstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 188\*

**Krawattenstoffe,** große Auswahl. Ballnertheaterstr. 30. 1780B\*

**Reichgestickte** Portieren, Woll- 7,50, Tuch 9,00, Filz 10,50, die komplette Dekoration. Teppichhaus Emil Ledere, Oranienstr. 158. \*

**Möbel.** Ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung höheren Preisen bei ganz geringer Anzahlung zu billigen Preisen, liefert die Möbel-fabrik August Krause, Schäferstr. 72, kein Laden, Verkauf von 1 und im Fabrikgebäude. 2481K\*

**Teppiche** mit Farbenleber-Fabrik-überzieher Große Frankfurterstr. 9, parterre. 787\*

**Hochlegante Herrenanzüge** und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen.

**Fahrräder,** Teilzahlungen, hundert-fünfundzwanzig Mark, Invalidenstr. 149 (Eingang Bergstr.), Stalgerstr. 40. 45\*

**Gastlocherhaus!** Einlocher- 1,00, Dreilocher- 2,00, Gaslocher- 3,00, Dreilocher- 4,00, Gaslocher- 5,00, Dreilocher- 6,00, Gaslocher- 7,00, Dreilocher- 8,00, Gaslocher- 9,00, Dreilocher- 10,00, Gaslocher- 11,00, Dreilocher- 12,00, Gaslocher- 13,00, Dreilocher- 14,00, Gaslocher- 15,00, Dreilocher- 16,00, Gaslocher- 17,00, Dreilocher- 18,00, Gaslocher- 19,00, Dreilocher- 20,00, Gaslocher- 21,00, Dreilocher- 22,00, Gaslocher- 23,00, Dreilocher- 24,00, Gaslocher- 25,00, Dreilocher- 26,00, Gaslocher- 27,00, Dreilocher- 28,00, Gaslocher- 29,00, Dreilocher- 30,00, Gaslocher- 31,00, Dreilocher- 32,00, Gaslocher- 33,00, Dreilocher- 34,00, Gaslocher- 35,00, Dreilocher- 36,00, Gaslocher- 37,00, Dreilocher- 38,00, Gaslocher- 39,00, Dreilocher- 40,00, Gaslocher- 41,00, Dreilocher- 42,00, Gaslocher- 43,00, Dreilocher- 44,00, Gaslocher- 45,00, Dreilocher- 46,00, Gaslocher- 47,00, Dreilocher- 48,00, Gaslocher- 49,00, Dreilocher- 50,00, Gaslocher- 51,00, Dreilocher- 52,00, Gaslocher- 53,00, Dreilocher- 54,00, Gaslocher- 55,00, Dreilocher- 56,00, Gaslocher- 57,00, Dreilocher- 58,00, Gaslocher- 59,00, Dreilocher- 60,00, Gaslocher- 61,00, Dreilocher- 62,00, Gaslocher- 63,00, Dreilocher- 64,00, Gaslocher- 65,00, Dreilocher- 66,00, Gaslocher- 67,00, Dreilocher- 68,00, Gaslocher- 69,00, Dreilocher- 70,00, Gaslocher- 71,00, Dreilocher- 72,00, Gaslocher- 73,00, Dreilocher- 74,00, Gaslocher- 75,00, Dreilocher- 76,00, Gaslocher- 77,00, Dreilocher- 78,00, Gaslocher- 79,00, Dreilocher- 80,00, Gaslocher- 81,00, Dreilocher- 82,00, Gaslocher- 83,00, Dreilocher- 84,00, Gaslocher- 85,00, Dreilocher- 86,00, Gaslocher- 87,00, Dreilocher- 88,00, Gaslocher- 89,00, Dreilocher- 90,00, Gaslocher- 91,00, Dreilocher- 92,00, Gaslocher- 93,00, Dreilocher- 94,00, Gaslocher- 95,00, Dreilocher- 96,00, Gaslocher- 97,00, Dreilocher- 98,00, Gaslocher- 99,00, Dreilocher- 100,00, Gaslocher- 101,00, Dreilocher- 102,00, Gaslocher- 103,00, Dreilocher- 104,00, Gaslocher- 105,00, Dreilocher- 106,00, Gaslocher- 107,00, Dreilocher- 108,00, Gaslocher- 109,00, Dreilocher- 110,00, Gaslocher- 111,00, Dreilocher- 112,00, Gaslocher- 113,00, Dreilocher- 114,00, Gaslocher- 115,00, Dreilocher- 116,00, Gaslocher- 117,00, Dreilocher- 118,00, Gaslocher- 119,00, Dreilocher- 120,00, Gaslocher- 121,00, Dreilocher- 122,00, Gaslocher- 123,00, Dreilocher- 124,00, Gaslocher- 125,00, Dreilocher- 126,00, Gaslocher- 127,00, Dreilocher- 128,00, Gaslocher- 129,00, Dreilocher- 130,00, Gaslocher- 131,00, Dreilocher- 132,00, Gaslocher- 133,00, Dreilocher- 134,00, Gaslocher- 135,00, Dreilocher- 136,00, Gaslocher- 137,00, Dreilocher- 138,00, Gaslocher- 139,00, Dreilocher- 140,00, Gaslocher- 141,00, Dreilocher- 142,00, Gaslocher- 143,00, Dreilocher- 144,00, Gaslocher- 145,00, Dreilocher- 146,00, Gaslocher- 147,00, Dreilocher- 148,00, Gaslocher- 149,00, Dreilocher- 150,00, Gaslocher- 151,00, Dreilocher- 152,00, Gaslocher- 153,00, Dreilocher- 154,00, Gaslocher- 155,00, Dreilocher- 156,00, Gaslocher- 157,00, Dreilocher- 158,00, Gaslocher- 159,00, Dreilocher- 160,00, Gaslocher- 161,00, Dreilocher- 162,00, Gaslocher- 163,00, Dreilocher- 164,00, Gaslocher- 165,00, Dreilocher- 166,00, Gaslocher- 167,00, Dreilocher- 168,00, Gaslocher- 169,00, Dreilocher- 170,00, Gaslocher- 171,00, Dreilocher- 172,00, Gaslocher- 173,00, Dreilocher- 174,00, Gaslocher- 175,00, Dreilocher- 176,00, Gaslocher- 177,00, Dreilocher- 178,00, Gaslocher- 179,00, Dreilocher- 180,00, Gaslocher- 181,00, Dreilocher- 182,00, Gaslocher- 183,00, Dreilocher- 184,00, Gaslocher- 185,00, Dreilocher- 186,00, Gaslocher- 187,00, Dreilocher- 188,00, Gaslocher- 189,00, Dreilocher- 190,00, Gaslocher- 191,00, Dreilocher- 192,00, Gaslocher- 193,00, Dreilocher- 194,00, Gaslocher- 195,00, Dreilocher- 196,00, Gaslocher- 197,00, Dreilocher- 198,00, Gaslocher- 199,00, Dreilocher- 200,00, Gaslocher- 201,00, Dreilocher- 202,00, Gaslocher- 203,00, Dreilocher- 204,00, Gaslocher- 205,00, Dreilocher- 206,00, Gaslocher- 207,00, Dreilocher- 208,00, Gaslocher- 209,00, Dreilocher- 210,00, Gaslocher- 211,00, Dreilocher- 212,00, Gaslocher- 213,00, Dreilocher- 214,00, Gaslocher- 215,00, Dreilocher- 216,00, Gaslocher- 217,00, Dreilocher- 218,00, Gaslocher- 219,00, Dreilocher- 220,00, Gaslocher- 221,00, Dreilocher- 222,00, Gaslocher- 223,00, Dreilocher- 224,00, Gaslocher- 225,00, Dreilocher- 226,00, Gaslocher- 227,00, Dreilocher- 228,00, Gaslocher- 229,00, Dreilocher- 230,00, Gaslocher- 231,00, Dreilocher- 232,00, Gaslocher- 233,00, Dreilocher- 234,00, Gaslocher- 235,00, Dreilocher- 236,00, Gaslocher- 237,00, Dreilocher- 238,00, Gaslocher- 239,00, Dreilocher- 240,00, Gaslocher- 241,00, Dreilocher- 242,00, Gaslocher- 243,00, Dreilocher- 244,00, Gaslocher- 245,00, Dreilocher- 246,00, Gaslocher- 247,00, Dreilocher- 248,00, Gaslocher- 249,00, Dreilocher- 250,00, Gaslocher- 251,00, Dreilocher- 252,00, Gaslocher- 253,00, Dreilocher- 254,00, Gaslocher- 255,00, Dreilocher- 256,00, Gaslocher- 257,00, Dreilocher- 258,00, Gaslocher- 259,00, Dreilocher- 260,00, Gaslocher- 261,00, Dreilocher- 262,00, Gaslocher- 263,00, Dreilocher- 264,00, Gaslocher- 265,00, Dreilocher- 266,00, Gaslocher- 267,00, Dreilocher- 268,00, Gaslocher- 269,00, Dreilocher- 270,00, Gaslocher- 271,00, Dreilocher- 272,00, Gaslocher- 273,00, Dreilocher- 274,00, Gaslocher- 275,00, Dreilocher- 276,00, Gaslocher- 277,00, Dreilocher- 278,00, Gaslocher- 279,00, Dreilocher- 280,00, Gaslocher- 281,00, Dreilocher- 282,00, Gaslocher- 283,00, Dreilocher- 284,00, Gaslocher- 285,00, Dreilocher- 286,00, Gaslocher- 287,00, Dreilocher- 288,00, Gaslocher- 289,00, Dreilocher- 290,00, Gaslocher- 291,00, Dreilocher- 292,00, Gaslocher- 293,00, Dreilocher- 294,00, Gaslocher- 295,00, Dreilocher- 296,00, Gaslocher- 297,00, Dreilocher- 298,00, Gaslocher- 299,00, Dreilocher- 300,00, Gaslocher- 301,00, Dreilocher- 302,00, Gaslocher- 303,00, Dreilocher- 304,00, Gaslocher- 305,00, Dreilocher- 306,00, Gaslocher- 307,00, Dreilocher- 308,00, Gaslocher- 309,00, Dreilocher- 310,00, Gaslocher- 311,00, Dreilocher- 312,00, Gaslocher- 313,00, Dreilocher- 314,00, Gaslocher- 315,00, Dreilocher- 316,00, Gaslocher- 317,00, Dreilocher- 318,00, Gaslocher- 319,00, Dreilocher- 320,00, Gaslocher- 321,00, Dreilocher- 322,00, Gaslocher- 323,00, Dreilocher- 324,00, Gaslocher- 325,00, Dreilocher- 326,00, Gaslocher- 327,00, Dreilocher- 328,00, Gaslocher- 329,00, Dreilocher- 330,00, Gaslocher- 331,00, Dreilocher- 332,00, Gaslocher- 333,00, Dreilocher- 334,00, Gaslocher- 335,00, Dreilocher- 336,00, Gaslocher- 337,00, Dreilocher- 338,00, Gaslocher- 339,00, Dreilocher- 340,00, Gaslocher- 341,00, Dreilocher- 342,00, Gaslocher- 343,00, Dreilocher- 344,00, Gaslocher- 345,00, Dreilocher- 346,00, Gaslocher- 347,00, Dreilocher- 348,00, Gaslocher- 349,00, Dreilocher- 350,00, Gaslocher- 351,00, Dreilocher- 352,00, Gaslocher- 353,00, Dreilocher- 354,00, Gaslocher- 355,00, Dreilocher- 356,00, Gaslocher- 357,00, Dreilocher- 358,00, Gaslocher- 359,00, Dreilocher- 360,00, Gaslocher- 361,00, Dreilocher- 362,00, Gaslocher- 363,00, Dreilocher- 364,00, Gaslocher- 365,00, Dreilocher- 366,00, Gaslocher- 367,00, Dreilocher- 368,00, Gaslocher- 369,00, Dreilocher- 370,00, Gaslocher- 371,00, Dreilocher- 372,00, Gaslocher- 373,00, Dreilocher- 374,00, Gaslocher- 375,00, Dreilocher- 376,00, Gaslocher- 377,00, Dreilocher- 378,00, Gaslocher- 379,00, Dreilocher- 380,00, Gaslocher- 381,00, Dreilocher- 382,00, Gaslocher- 383,00, Dreilocher- 384,00, Gaslocher- 385,00, Dreilocher- 386,00, Gaslocher- 387,00, Dreilocher- 388,00, Gaslocher- 389,00, Dreilocher- 390,00, Gaslocher- 391,00, Dreilocher- 392,00, Gaslocher- 393,00, Dreilocher- 394,00, Gaslocher- 395,00, Dreilocher- 396,00, Gaslocher- 397,00, Dreilocher- 398,00, Gaslocher- 399,00, Dreilocher- 400,00, Gaslocher- 401,00, Dreilocher- 402,00, Gaslocher- 403,00, Dreilocher- 404,00, Gaslocher- 405,00, Dreilocher- 406,00, Gaslocher- 407,00, Dreilocher- 408,00, Gaslocher- 409,00, Dreilocher- 410,00, Gaslocher- 411,00, Dreilocher- 412,00, Gaslocher- 413,00, Dreilocher- 414,00, Gaslocher- 415,00, Dreilocher- 416,00, Gaslocher- 417,00, Dreilocher- 418,00, Gaslocher- 419,00, Dreilocher- 420,00, Gaslocher- 421,00, Dreilocher- 422,00, Gaslocher- 423,00, Dreilocher- 424,00, Gaslocher- 425,00, Dreilocher- 426,00, Gaslocher- 427,00, Dreilocher- 428,00, Gaslocher- 429,00, Dreilocher- 430,00, Gaslocher- 431,00, Dreilocher- 432,00, Gaslocher- 433,00, Dreilocher- 434,00, Gaslocher- 435,00, Dreilocher- 436,00, Gaslocher- 437,00, Dreilocher- 438,00, Gaslocher- 439,00, Dreilocher- 440,00, Gaslocher- 441,00, Dreilocher- 442,00, Gaslocher- 443,00, Dreilocher- 444,00, Gaslocher- 445,00, Dreilocher- 446,00, Gaslocher- 447,00, Dreilocher- 448,00, Gaslocher- 449,00, Dreilocher- 450,00, Gaslocher- 451,00, Dreilocher- 452,00, Gaslocher- 453,00, Dreilocher- 454,00, Gaslocher- 455,00, Dreilocher- 456,00, Gaslocher- 457,00, Dreilocher- 458,00, Gaslocher- 459,00, Dreilocher- 460,00, Gaslocher- 461,00, Dreilocher- 462,00, Gaslocher- 463,00, Dreilocher- 464,00, Gaslocher- 465,00, Dreilocher- 466,00, Gaslocher- 467,00, Dreilocher- 468,00, Gaslocher- 469,00, Dreilocher- 470,00, Gaslocher- 471,00, Dreilocher- 472,00, Gaslocher- 473,00, Dreilocher- 474,00, Gaslocher- 475,00, Dreilocher- 476,00, Gaslocher- 477,00, Dreilocher- 478,00, Gaslocher- 479,00, Dreilocher- 480,00, Gaslocher- 481,00, Dreilocher- 482,00, Gaslocher- 483,00, Dreilocher- 484,00, Gaslocher- 485,00, Dreilocher- 486,00, Gaslocher- 487,00, Dreilocher- 488,00, Gaslocher- 489,00, Dreilocher- 490,00, Gaslocher- 491,00, Dreilocher- 492,00, Gaslocher- 493,00, Dreilocher- 494,00, Gaslocher- 495,00, Dreilocher- 496,00, Gaslocher- 497,00, Dreilocher- 498,00, Gaslocher- 499,00, Dreilocher- 500,00, Gaslocher- 501,00, Dreilocher- 502,00, Gaslocher- 503,00, Dreilocher- 504,00, Gaslocher- 505,00, Dreilocher- 506,00, Gaslocher- 507,00, Dreilocher- 508,00, Gaslocher- 509,00, Dreilocher- 510,00, Gaslocher- 511,00, Dreilocher- 512,00, Gaslocher- 513,00, Dreilocher- 514,00, Gaslocher- 515,00, Dreilocher- 516,00, Gaslocher- 517,00, Dreilocher- 518,00, Gaslocher- 519,00, Dreilocher- 520,00, Gaslocher- 521,00, Dreilocher- 522,00, Gaslocher- 523,00, Dreilocher- 524,00, Gaslocher- 525,00, Dreilocher- 526,00, Gaslocher- 527,00, Dreilocher- 528,00, Gaslocher- 529,00, Dreilocher- 530,00, Gaslocher- 531,00, Dreilocher- 532,00, Gaslocher- 533,00, Dreilocher- 534,00, Gaslocher- 535,00, Dreilocher- 536,00, Gaslocher- 537,00, Dreilocher- 538,00, Gaslocher- 539,00, Dreilocher- 540,00, Gaslocher- 541,00, Dreilocher- 542,00, Gaslocher- 543,00, Dreilocher- 544,00, Gaslocher- 545,00, Dreilocher- 546,00, Gaslocher- 547,00, Dreilocher- 548,00, Gaslocher- 549,00, Dreilocher- 550,00, Gaslocher- 551,00, Dreilocher- 552,00, Gaslocher- 553,00, Dreilocher- 554,00, Gaslocher- 555,00, Dreilocher- 556,00, Gaslocher- 557,00, Dreilocher- 558,00, Gaslocher- 559,00, Dreilocher- 560,00, Gaslocher- 561,00, Dreilocher- 562,00, Gaslocher- 563,00, Dreilocher- 564,00, Gaslocher- 565,00, Dreilocher- 566,00, Gaslocher- 567,00, Dreilocher- 568,00, Gaslocher- 569,00, Dreilocher- 570,00, Gaslocher- 571,00, Dreilocher- 572,00, Gaslocher- 573,00, Dreilocher- 574,00, Gaslocher- 575,00, Dreilocher- 576,00, Gaslocher- 577,00, Dreilocher- 578,00, Gaslocher- 579,00, Dreilocher- 580,00, Gaslocher- 581,00, Dreilocher- 582,00, Gaslocher- 583,00, Dreilocher- 584,00, Gaslocher- 585,00, Dreilocher- 586,00, Gaslocher- 587,00, Dreilocher- 588,00, Gaslocher- 589,00, Dreilocher- 590,00, Gaslocher- 591,00, Dreilocher- 592,00, Gaslocher- 593,00, Dreilocher- 594,00, Gaslocher- 595,00, Dreilocher- 596,00, Gaslocher- 597,00, Dreilocher- 598,00, Gaslocher- 599,00, Dreilocher- 600,00, Gaslocher- 601,00, Dreilocher- 602,00, Gaslocher- 603,00, Dreilocher- 604,00, Gaslocher- 605,00, Dreilocher- 606,00, Gaslocher- 607,00, Dreilocher- 608,00, Gaslocher- 609,00, Dreilocher- 610,00, Gaslocher- 611,00, Dreilocher- 612,00, Gaslocher- 613,00, Dreilocher- 614,00, Gaslocher- 615,00, Dreilocher- 616,00, Gaslocher- 617,00, Dreilocher- 618,00, Gaslocher- 619,00, Dreilocher- 620,00, Gaslocher- 621,00, Dreilocher- 622,00, Gaslocher- 623,00, Dreilocher- 624,00, Gaslocher- 625,00, Dreilocher- 626,00, Gaslocher- 627,00, Dreilocher- 628,00, Gaslocher- 629,00, Dreilocher- 630,00, Gaslocher- 631,00, Dreilocher- 632,00, Gaslocher- 633,00, Dreilocher- 634,00, Gaslocher- 635,00, Dreilocher- 636,00, Gaslocher- 637,00, Dreilocher- 638,00, Gaslocher- 639,00, Dreilocher- 640,00, Gaslocher- 641,00, Dreilocher- 642,00, Gaslocher- 643,00, Dreilocher- 644,00, Gaslocher- 645,00, Dreilocher- 646,00, Gaslocher- 647,00, Dreilocher- 648,00, Gaslocher- 649,00, Dreilocher- 650,00, Gaslocher- 651,00, Dreilocher- 652,00, Gaslocher- 653,00, Dreilocher- 654,00, Gaslocher- 655,00, Dreilocher- 656,00, Gaslocher- 657,00, Dreilocher- 658,00, Gaslocher- 659,00, Dreilocher- 660,00, Gaslocher- 661,00, Dreilocher- 662,00, Gaslocher- 663,00, Dreilocher- 664,00, Gaslocher- 665,00, Dreilocher- 666,00, Gaslocher- 667,00, Dreilocher- 668,00, Gaslocher- 669,00, Dreilocher- 670,00, Gaslocher- 671,00, Dreilocher- 672,00, Gaslocher- 673,00, Dreilocher- 674,00, Gaslocher- 675,00, Dreilocher- 676,00, Gaslocher- 677,00, Dreilocher- 678,00, Gaslocher- 679,00, Dreilocher- 680,00, Gaslocher- 681,00, Dreilocher- 682,00, Gaslocher- 683,00, Dreilocher- 684,00, Gaslocher- 685,00, Dreilocher- 686,00, Gaslocher- 687,00, Dreilocher- 688,00, Gaslocher- 689,00, Dreilocher- 690,00, Gaslocher- 691,00, Dreilocher- 692,00, Gaslocher- 693,00, Dreilocher- 694,00, Gaslocher- 695,00, Dreilocher- 696,00, Gaslocher- 697,00, Dreilocher- 698,00, Gaslocher- 699,00, Dreilocher- 700,00, Gaslocher- 701,00, Dreilocher- 702,00, Gaslocher- 703,00, Dreilocher- 704,00, Gaslocher- 705,00, Dreilocher- 706,00, Gaslocher- 707,00, Dreilocher- 708,00, Gaslocher- 709,00, Dreilocher- 710,00, Gaslocher- 711,00, Dreilocher- 712,00, Gaslocher- 713,00, Dreilocher- 714,00, Gaslocher- 715,00, Dreilocher- 716,00, Gaslocher- 717,00, Dreilocher- 718,00, Gaslocher- 719,00, Dreilocher- 720,00, Gaslocher- 721,00, Dreilocher- 722,00, Gaslocher- 723,00, Dreilocher- 724,00, Gaslocher- 725,00, Dreilocher- 726,00, Gaslocher- 727,00, Dreilocher- 728,00, Gaslocher- 729,00, Dreilocher- 730,00, Gaslocher- 731,00, Dreilocher- 732,00, Gaslocher- 733,00, Dreilocher- 734,00, Gaslocher- 735,00, Dreilocher- 736,00, Gaslocher- 737,00, Dreilocher- 738,00, Gaslocher- 739,00, Dreilocher- 740,00, Gaslocher- 741,00, Dreilocher- 742,00, Gaslocher- 743,00, Dreilocher- 744,00, Gaslocher- 745,00, Dreilocher- 746,00, Gaslocher- 747,00, Dreilocher- 748,00, Gaslocher- 749,00, Dreilocher- 750,00, Gaslocher- 751,00, Dreilocher- 752,00, Gaslocher- 753,00, Dreilocher- 754,00, Gaslocher- 755,00, Dreilocher- 756,00, Gaslocher- 757,00, Dreilocher- 758,00, Gaslocher- 759,00, Dreilocher- 760,00, Gaslocher- 761,00, Dreilocher- 762,00, Gaslocher- 763,00, Dreilocher- 764,00, Gaslocher- 765,00, Dreilocher- 766,00, Gaslocher- 767,00, Dreilocher- 768,00, Gaslocher- 769,00, Dreilocher- 770,00, Gaslocher- 771,00, Dreilocher- 772,00, Gaslocher- 773,00, Dreilocher- 774,00, Gaslocher- 775,00, Dreilocher- 776,00, Gaslocher- 777,00, Dreilocher- 77